



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF 2007



Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Juli 2007

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	31
Analysen und Berichte	33
Entwurf des Bundeshaushalts 2008 – Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011	35
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2006	51
Bericht zur Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ am 24. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	63
Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	67
Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	73
Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie	93
Statistiken und Dokumentationen	99
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	102
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	125
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	129

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

das Bundeskabinett hat am 4. Juli den vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegten Entwurf zum Bundeshaushalt 2008 und die Finanzplanung des Bundes bis 2011 beschlossen. Die Bundesregierung bleibt auch weiterhin ihrer finanzpolitischen Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung treu. So sinkt die Neuverschuldung im Haushalt 2008 auf 12,9 Mrd. €, die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushalts erreicht mit 4,6 % den niedrigsten Stand seit 1973. Gleichzeitig werden aber auch wichtige zusätzliche Akzente in den Politikfeldern Bildung, Forschung, Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz, Infrastruktur sowie bei der Verbesserung der inneren und äußeren Sicherheit gesetzt. Auch wenn auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt naturgemäß konjunkturelle Unwägbarkeiten auftauchen können und auch immer wieder neue Hindernisse zu überwinden sein werden – am Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2011 sollte bei der Neuverschuldung des Bundes „die Null“ geschafft sein.

Das wirtschaftliche Umfeld für durchgreifende Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung ist gegenwärtig außerordentlich günstig. Der Blick auf die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden zeigt, dass sich diese im Jahr 2006 ebenfalls sehr positiv entwickelt haben, indem sie insgesamt um 8 % gestiegen sind. Wichtig ist dabei vor allem eines: Die Entwicklung der Lohnsteuer und der Steuern vom Umsatz verdeutlicht, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland an Stabilität und Breite gewonnen hat. Denn die Zuwächse bei diesen Steuern signalisieren, dass sich das Wachstum nicht mehr allein aus der günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung und aus Exporterfolgen speist, sondern auch aus mehr



Beschäftigung, steigenden Einkommen und höherem Konsum in Deutschland.

Im 1. Halbjahr 2007 hatte Deutschland den Ratsvorsitz in der Europäischen Union inne. Während dieser Zeit konnten zahlreiche europäische Vorhaben in der Finanz- und Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden. Eine der wichtigsten Entscheidungen war die Einigung über den sogenannten Eigenmittelbeschluss: Die Finanzierung der EU ist nun bis in das Jahr 2013 geklärt. Mit Portugal und Slowenien, die Deutschland als Ratspräsidentschaften folgen, wurden Vereinbarungen getroffen, die die Kontinuität der politischen Arbeit im Rat der Finanzminister sichern.

Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fand am 24. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen eine Konferenz unter dem Titel „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ statt. Ziel war es, vor dem Hintergrund von Demografie, Globalisierung, damit auch zunehmender internationaler Kapitalmobilität und intensivem Steuerwettbewerb Wege zu langfristig tragfähigen steuerpolitischen Antworten zu finden. Zukunftsfähige Steuersysteme müssen nicht nur möglichst einfach sowie gerecht ausgestaltet sein, sondern auch stabile Einnahmen – unter Vermeidung von Verzerrungen – generieren. Die durchaus kontrovers geführte Diskussion zeigt: Die optimale Lösung für alle europäischen Staaten gibt es wohl nicht und die Aufgabe, das Steuersystem zukunftsfähig zu gestalten und zu erhalten, wird nie

endgültig zu lösen sein, sondern sich mit wechselnden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellen. Mit Blick auf Deutschland kann man festhalten, dass die gerade beschlossene Unternehmensteuerreform den Standort Deutschland attraktiver und unser System der Unternehmensbesteuerung auf absehbare Zeit international wettbewerbsfähig macht.

Regelmäßig werfen wir einen Blick auf die wirtschaftliche Lage sowie die Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgewählter Volkswirtschaften. Im Einklang mit der positiven Entwicklung der Weltwirtschaft zeigt die aktuelle Analyse ein positives Bild der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den betrachteten Staaten. Vielfältige Reformen belegen zudem das Bestreben vieler Länder, durch politische wie wirtschaftliche Innovationen die Zukunftsfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu sichern.

Auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm wurden Leitlinien für die internationale Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden beim Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie verabredet. Die Staats- und Regierungschefs unterstützen ausdrücklich die deutsche Initiative zur besseren Zusammenarbeit in diesem internationalen Kampf. Kernstück ist die Einrichtung eines elektronischen Informationssystems „INFO_IPR“ zur Verbesserung des Datenaustauschs zwischen den Zollbehörden.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	29
Termine	31

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Juni beliefen sich auf 134,6 Mrd. €. Sie lagen um 3,8 Mrd. € (+ 3,0%) über dem Ergebnis des 1. Halbjahres 2006. Mit 3,2 Mrd. € war die im Zusam-

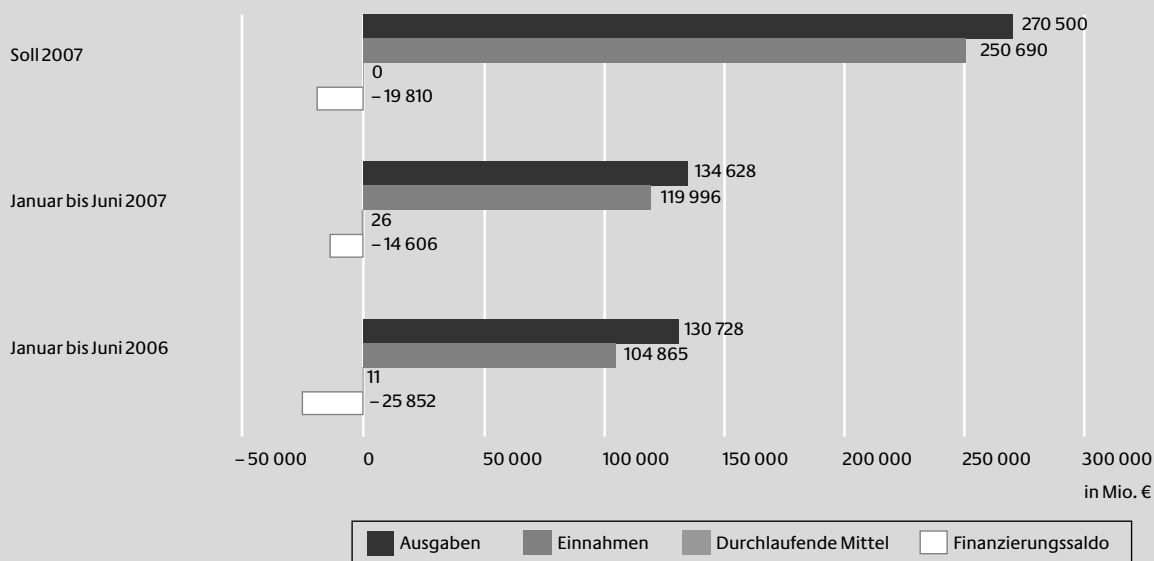
menhang mit der Erhöhung des allgemeinen Mehrwertsteuersatzes seit diesem Jahr eingeführte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung, wie bereits in den

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2007	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Juni 2007
Ausgaben (Mrd. €)	270,5	134,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,6	3,0
Einnahmen (Mrd. €)	250,7	120,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,7	14,4
Steuereinnahmen (Mrd. €)	220,5	107,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	8,2	18,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 19,8	- 14,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 0,6
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 19,6	- 13,9

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Vormonaten, für den Ausgabenzuwachs ausschlaggebend.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Ergebnis des Vorjahreszeitraums mit 120,0 Mrd. € um 15,1 Mrd. € (+ 14,4 %). Die positive Einnahmen-

entwicklung setzte sich somit auch im Juni fort. Die Steuereinnahmen stiegen im Vergleich zum Ergebnis bis einschließlich Juni 2006 um 18,4 %. Diese Entwicklung beruhte wie bereits in den Vormonaten im Wesentlichen auf Mehreinnahmen bei

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 732	49 046	23 749	17,6	22 838	17,5	4,0
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 059	4 318	2 542	1,9	2 200	1,7	15,5
Verteidigung	27 795	28 222	13 486	10,0	12 889	9,9	4,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 620	7 627	3 904	2,9	3 978	3,0	- 1,9
Finanzverwaltung	3 151	3 383	1 422	1,1	1 370	1,0	3,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 047	13 249	5 288	3,9	5 105	3,9	3,6
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	695	0	0,0	399	0,3	- 100,0
BAföG	1 072	1 130	650	0,5	645	0,5	0,8
Forschung und Entwicklung	7 004	7 293	2 596	1,9	2 815	2,2	- 7,8
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	134 509	138 007	73 979	55,0	72 544	55,5	2,0
Sozialversicherung	74 431	75 745	42 954	31,9	42 359	32,4	1,4
Arbeitslosenversicherung	0	6 468	3 234	2,4	0	0,0	X
Grundsicherung für Arbeitsuchende	38 677	35 920	18 014	13,4	19 278	14,7	- 6,6
darunter: Arbeitslosengeld II	26 414	21 400	11 805	8,8	13 747	10,5	- 14,1
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 017	4 300	2 180	1,6	1 948	1,5	11,9
Wohngeld	956	1 000	260	0,2	301	0,2	- 13,6
Erziehungsgeld	2 801	1 940	1 234	0,9	1 412	1,1	- 12,6
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 798	2 574	1 379	1,0	1 507	1,2	- 8,5
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	897	926	377	0,3	386	0,3	- 2,3
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 488	2 005	670	0,5	608	0,5	10,2
Wohnungswesen	1 002	1 446	560	0,4	512	0,4	9,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 654	6 088	2 945	2,2	2 858	2,2	3,0
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 123	742	306	0,2	256	0,2	19,5
Kohlenbergbau	1 562	1 823	1 662	1,2	1 582	1,2	5,1
Gewährleistungen	794	1 150	309	0,2	365	0,3	- 15,3
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 012	10 991	4 203	3,1	3 816	2,9	10,1
Straßen (ohne GVFG)	6 195	5 740	1 952	1,4	2 032	1,6	- 3,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 295	10 177	3 776	2,8	3 338	2,6	13,1
Bundeseisenbahnvermögen	5 361	5 421	2 336	1,7	2 355	1,8	- 0,8
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 409	3 488	1 300	1,0	794	0,6	63,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 412	40 010	19 640	14,6	19 236	14,7	2,1
Zinsausgaben	37 469	39 278	19 189	14,3	18 842	14,4	1,8
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	134 628	100,0	130 728	100,0	3,0

den Steuern vom Umsatz und der Einkommensteuer. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 13,0 Mrd. € um 1,5 Mrd. € unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (– 10,5 %). Dies war hauptsächlich durch nicht wiederholbare positive Einmaleffekte in 2006 begründet.

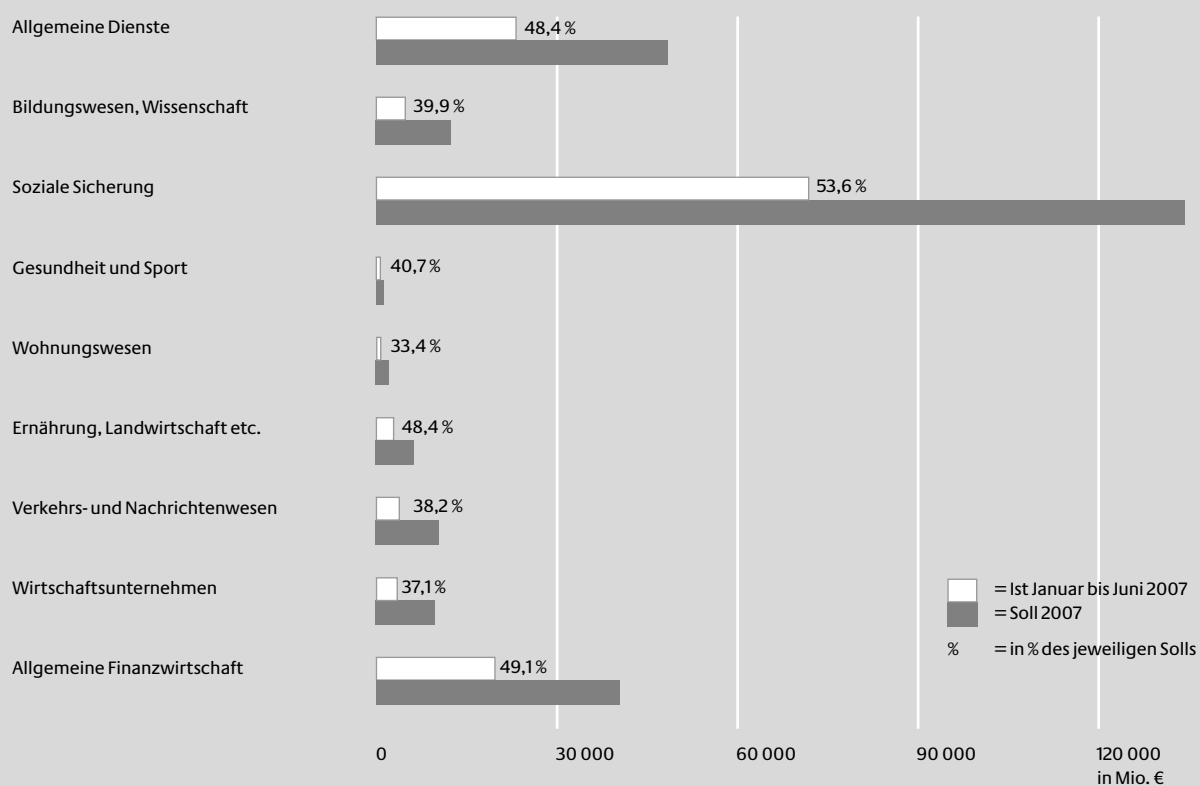
Der Finanzierungssaldo bis einschließlich Juni fiel infolge der günstigen Einnahmentwicklung mit – 14,6 Mrd. € gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres deutlich geringer aus. Zwar lassen sich aus dem Monatsergebnis Juni 2007 noch keine belastbaren

Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis ableiten, es ist jedoch davon auszugehen, dass die im Haushaltsplan 2007 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € deutlich unterschritten wird. Das Maß der Unterschreitung wird im Wesentlichen davon abhängen, in welchem Umfang sich aus dem von der Bundesregierung angestrebten Ausbau der Betreuung von Kleinkindern unter drei Jahren noch für das Haushaltsjahr 2007 finanzielle Belastungen für den Bund ergeben und im laufenden Jahr Privatisierungsmaßnahmen umgesetzt werden.

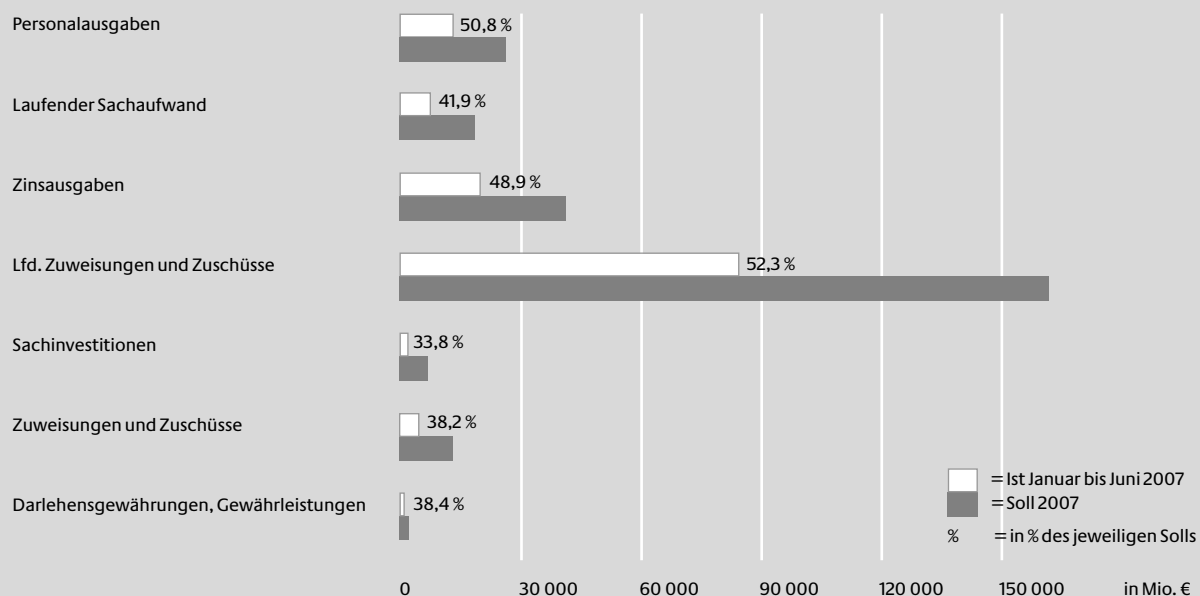
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	238 330	247 040	125 486	93,2	122 802	93,9	2,2
Personalausgaben	26 110	26 204	13 308	9,9	13 292	10,2	0,1
Aktivbezüge	19 730	19 761	9 850	7,3	9 810	7,5	0,4
Versorgung	6 380	6 443	3 458	2,6	3 482	2,7	– 0,7
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	7 837	5,8	7 449	5,7	5,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 450	1 517	537	0,4	621	0,5	– 13,5
Militärische Beschaffungen	8 517	8 654	3 518	2,6	3 140	2,4	12,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	3 782	2,8	3 688	2,8	2,5
Zinsausgaben	37 469	39 278	19 189	14,3	18 842	14,4	1,8
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	84 968	63,1	83 025	63,5	2,3
an Verwaltungen	13 937	14 770	6 447	4,8	6 377	4,9	1,1
an andere Bereiche	142 079	147 697	78 677	58,4	76 707	58,7	2,6
darunter:							
Unternehmen	14 275	18 002	7 185	5,3	6 599	5,0	8,9
Renten, Unterstützungen u.a.	32 256	27 847	14 885	11,1	16 887	12,9	– 11,9
Sozialversicherungen	91 707	97 633	54 460	40,5	51 306	39,2	6,1
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	184	0,1	193	0,1	– 4,7
Investive Ausgaben	22 715	23 957	9 142	6,8	7 926	6,1	15,3
Finanzierungshilfen	15 603	17 096	6 823	5,1	5 657	4,3	20,6
Zuweisungen und Zuschüsse	12 916	13 674	5 218	3,9	4 157	3,2	25,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 109	2 778	1 068	0,8	1 015	0,8	5,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	537	0,4	484	0,4	11,0
Sachinvestitionen	7 112	6 860	2 319	1,7	2 270	1,7	2,2
Baumaßnahmen	5 634	5 326	1 784	1,3	1 767	1,4	1,0
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	321	0,2	301	0,2	6,6
Grunderwerb	536	505	214	0,2	202	0,2	5,9
Globalansätze	0	– 496	0		0		
Ausgaben insgesamt	261 046	270 500	134 628	100,0	130 728	100,0	3,0

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Juni 2007



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Juni 2007



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2006	Soll 2007	Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2007		Ist-Entwicklung Januar bis Juni 2006		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	203 903	220 530	106 990	89,2	90 334	86,1	18,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	159 693	175 627	88 152	73,5	74 056	70,6	19,0
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	80 347	81 766	42 323	35,3	35 886	34,2	17,9
davon:							
Lohnsteuer	52 122	53 890	25 245	21,0	23 162	22,1	9,0
veranlagte Einkommensteuer	7 466	8 266	3 833	3,2	1 595	1,5	140,3
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	5 952	5 580	4 658	3,9	3 954	3,8	17,8
Zinsabschlag	3 359	3 610	2 757	2,3	1 997	1,9	38,1
Körperschaftsteuer	11 449	10 420	5 829	4,9	5 179	4,9	12,6
Steuern vom Umsatz	77 732	92 347	45 392	37,8	37 718	36,0	20,3
Gewerbesteuerumlage	1 614	1 514	436	0,4	451	0,4	- 3,3
Energiesteuer	39 916	40 521	13 770	11,5	14 206	13,5	- 3,1
Tabaksteuer	14 387	14 100	6 378	5,3	6 390	6,1	- 0,2
Solidaritätszuschlag	11 277	11 479	6 197	5,2	5 507	5,3	12,5
Versicherungsteuer	8 775	10 620	6 416	5,3	5 454	5,2	17,6
Stromsteuer	6 273	6 500	3 644	3,0	3 212	3,1	13,4
Branntweinabgaben	2 166	1 976	910	0,8	907	0,9	0,3
Kaffeesteuer	973	980	564	0,5	464	0,4	21,6
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 689	- 14 632	- 7 415	- 6,2	- 7 344	- 7,0	1,0
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 586	- 16 450	- 6 593	- 5,5	- 7 440	- 7,1	- 11,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 677	- 3 900	- 1 870	- 1,6	- 1 693	- 1,6	10,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 6 710	- 3 355	- 2,8	- 3 579	- 3,4	- 6,3
II. Sonstige Einnahmen	28 903	30 160	13 007	10,8	14 532	13,9	- 10,5
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 768	4 259	3 720	3,1	2 934	2,8	26,8
Zinseinnahmen	885	465	259	0,2	209	0,2	23,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	9 459	11 167	2 216	1,8	3 651	3,5	- 39,3
Einnahmen zusammen	232 806	250 690	119 996	100,0	104 865	100,0	14,4

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Juni 2007

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) übertrafen im Juni 2007 das Vorjahresergebnis um + 12,6 %. Während das Aufkommen der gemeinschaftlichen Steuern mit + 15,2 % kräftig zulegte, ergab sich bei den reinen Bundessteuern nur ein leichter Zuwachs von + 1,2 %. Die Ländersteuern verbesserten sich um + 8,8 %.

Die kumulierte Veränderungsrate von Januar bis Juni 2007 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 13,9 % und liegt damit immer noch deutlich über dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung (+ 10,1 %).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das Juni-Ergebnis des Vorjahres um + 15,2 %. Kumuliert ergibt sich für den Bund derzeit eine Zuwachsrate von + 18,1 %.

Der konjunkturelle Aufschwung und die damit einhergehende Belebung am Arbeitsmarkt sorgen weiterhin für eine positive Entwicklung bei der Lohnsteuer (+ 8,8 %). Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie ein kräftiger Anstieg bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr.

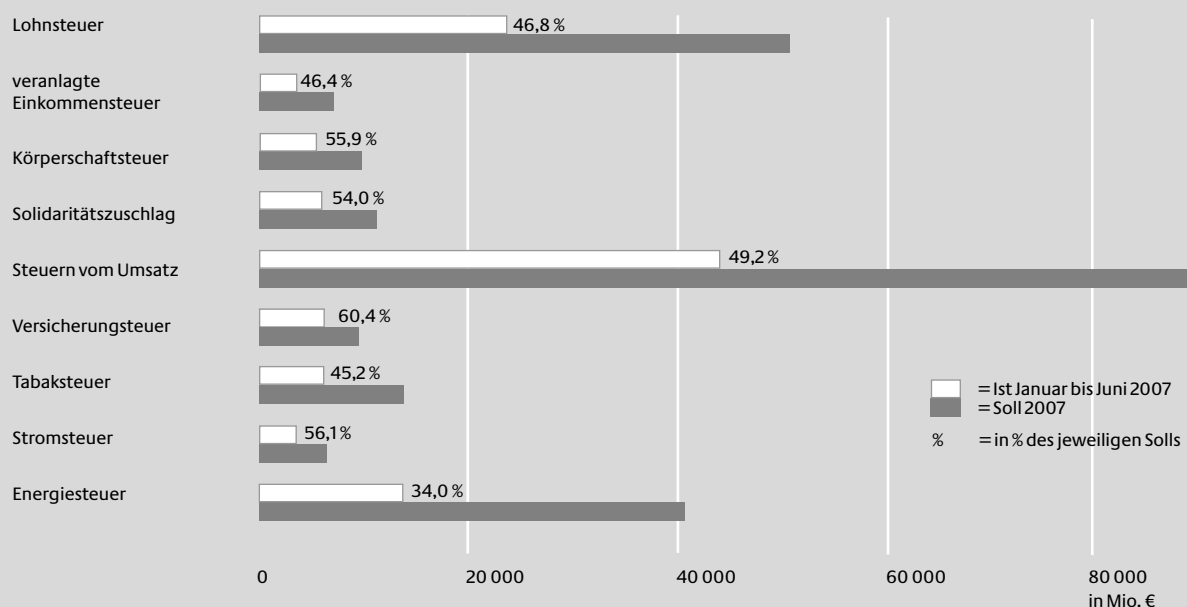
Die Kasseneinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer lagen im Juni 2007, dem zweiten Vorauszahlungsmonat des Jahres, um + 16,9 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Zurückzuführen ist dieser Zuwachs hauptsächlich auf einen kräftigen Anstieg der eingegangenen Vorauszahlungen. Das Bruttoaufkommen – vor Abzug von Eigenheimzulage, Investitionszulage und Arbeitnehmererstattungen – legte ebenfalls deutlich um + 12,1 % zu, blieb aber hinter dem Ergebnis des Vorauszahlungsmonats März 2007 (+ 18,0 %) zurück.

Wie bei der veranlagten Einkommensteuer sorgte auch bei der Körperschaftsteuer (+ 19,7 %) die gute Gewinnsituation der Unternehmen über den Anstieg der Vorauszahlungen für ein deutliches Aufkommensplus. Allerdings ist rund die Hälfte des Zuwachses auf die niedrige Vorjahresbasis in einem Bundesland zurückzuführen. Im Folgemonat wird eine entsprechend höhere Basis für den Ausgleich dieses Effekts sorgen.

Nach den starken Ausschlägen in den ersten Monaten des Jahres setzte sich bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag die bereits im Mai zu beobachtende Beruhigung mit einem relativ moderaten Anstieg von + 8,5 % weiter fort.

Die Zuwächse beim Zinsabschlag (+ 66,1 %) sind nach wie vor sehr kräftig, was neben der gestiege-

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Juni 2007



nen Durchschnittsverzinsung in erster Linie auf die Kürzung des Sparerfreibetrages ab dem 1. Januar 2007 zurückzuführen ist.

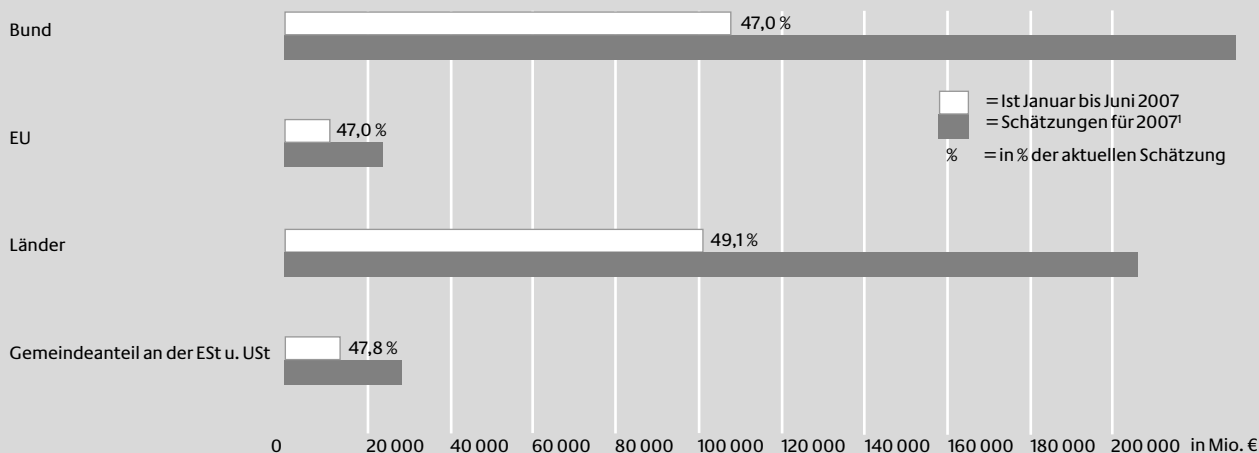
Das Ergebnis bei den Steuern vom Umsatz lag mit einem Plus von 17,1 % unter den Erwartungen. Hier zeigen sich neben den infolge der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes erzielten Mehreinnahmen als gegenläufige Effekte die Auswirkungen der Konsumzurückhaltung in den ersten Monaten des Jahres, die insbesondere das Ergebnis von ins Jahr 2006 vorgezogenen Käufen dauerhafter Konsumgüter ist. Während die Binnen-Umsatzsteuer um + 18,8 % zulegte, stieg das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer um + 12,5 %.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern im Juni 2006 lag um + 1,2 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Während die Versicherungsteuer (+ 14,1 %) infolge der Steuersatzanhebung und der Solidaritätszuschlag (+ 12,6 %) im Zuge der positiven Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen

kräftig zulegten, gab die Entwicklung bei den Verbrauchsteuern wenig Anlass zur Freude. Dabei dürfte der Aufkommensrückgang bei der Energiesteuer (– 1,5 %) in erster Linie in Einschränkungen der Nachfrage nach Heizöl und Erdgas als Heizstoff begründet sein. Das Minus bei der Tabaksteuer (– 8,7 %) spiegelt den im Vorjahresvergleich vergleichsweise schwachen Konsum von versteuerten Fertigzigaretten wider. Bei der Branntweinsteuer war im Juni 2007 ebenfalls ein Rückgang zu verzeichnen (– 2,1 %), während die Stromsteuer mit 1,5 % im Plus lag.

Der Anstieg von + 8,8 % bei den reinen Ländersteuern ergibt sich aus starken Zuwächsen bei der Erbschaftsteuer (+ 28,2 %), der Grunderwerbsteuer (+ 13,1 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 40,3 %). Aufkommensrückgänge waren bei der Kraftfahrzeugsteuer (– 4,2 %) und der Biersteuer (– 3,3 %) zu verzeichnen.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Juni 2007



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2007).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2007	Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Juni	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2007 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	11 159	8,8	62 708	8,4	131 350	7,1
veranlagte Einkommensteuer	7 473	16,9	9 020	X	22 150	26,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 234	8,5	9 317	17,8	12 590	5,8
Zinsabschlag	603	66,1	6 342	39,3	9 240	21,1
Körperschaftsteuer	6 035	19,7	11 658	12,6	23 600	3,1
Steuern vom Umsatz	13 315	17,1	83 038	16,8	172 600	17,7
Gewerbesteuerumlage	11	X	1 037	- 3,7	3 694	- 3,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	6	85,7	821	- 3,1	2 970	- 6,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	39 837	15,2	183 942	16,8	378 194	12,5
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 090	- 1,5	13 770	- 3,1	40 000	0,2
Tabaksteuer	1 174	- 8,7	6 378	- 0,2	14 500	0,8
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	161	- 2,1	909	0,5	1 970	- 8,8
Versicherungsteuer	590	14,1	6 416	17,6	10 480	19,4
Stromsteuer	794	1,5	3 644	13,4	6 450	2,8
Solidaritätszuschlag	1 498	12,6	6 197	12,5	12 100	7,3
übrige Bundessteuern	115	0,0	758	14,6	1 482	4,0
Bundessteuern insgesamt	7 422	1,2	38 071	4,8	86 982	3,3
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	323	28,2	2 156	11,7	4 066	8,1
Grunderwerbsteuer	526	13,1	3 434	13,3	6 330	3,3
Kraftfahrzeugsteuer	720	- 4,2	4 842	- 2,7	8 800	- 1,5
Rennwett- und Lotteriesteuer	137	40,3	821	- 3,6	1 695	- 4,5
Biersteuer	75	- 3,3	374	1,4	773	- 0,8
sonstige Ländersteuern	17	98,8	220	- 5,0	343	- 1,8
Ländersteuern insgesamt	1 798	8,8	11 846	4,0	22 007	1,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	325	2,0	1 954	4,8	4 200	8,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	90	- 35,9	1 870	10,4	3 900	6,1
BNE-Eigenmittel	392	- 43,9	6 593	- 11,4	14 050	- 3,7
EU-Eigenmittel insgesamt	807	- 30,3	10 417	- 5,3	22 150	0,0
Bund³	24 243	15,2	108 455	18,1	230 528	13,0
Länder³	21 196	12,2	103 755	11,6	211 110	8,3
EU	807	- 30,3	10 417	- 5,3	22 150	0,0
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	3 134	12,8	13 186	17,0	27 596	10,4
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	49 381	12,6	235 813	13,9	491 384	10,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Juni weiter gestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Mai bei 4,38 % lag, notierte Ende Juni bei 4,54 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 4,12 % Ende Mai auf 4,18 % Ende Juni. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni 2007 liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der

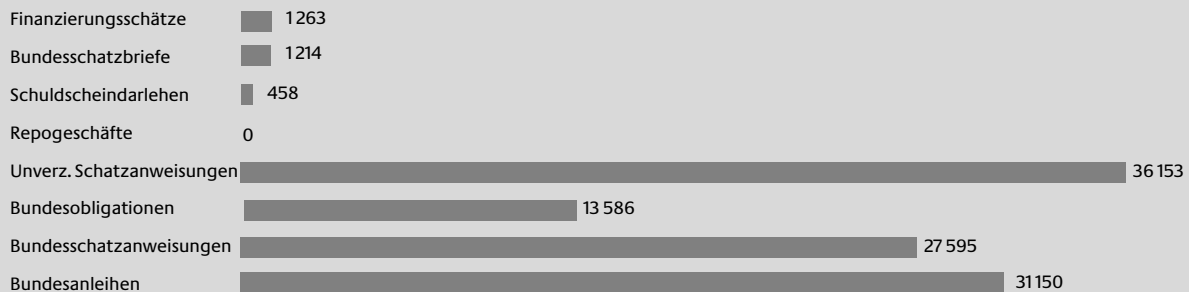
Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

Die europäischen Aktienmärkte zeigten im Juni ein uneinheitliches Bild; der Deutsche Aktienindex stieg von 7883 auf 8007 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 sank von 4513 auf 4490 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

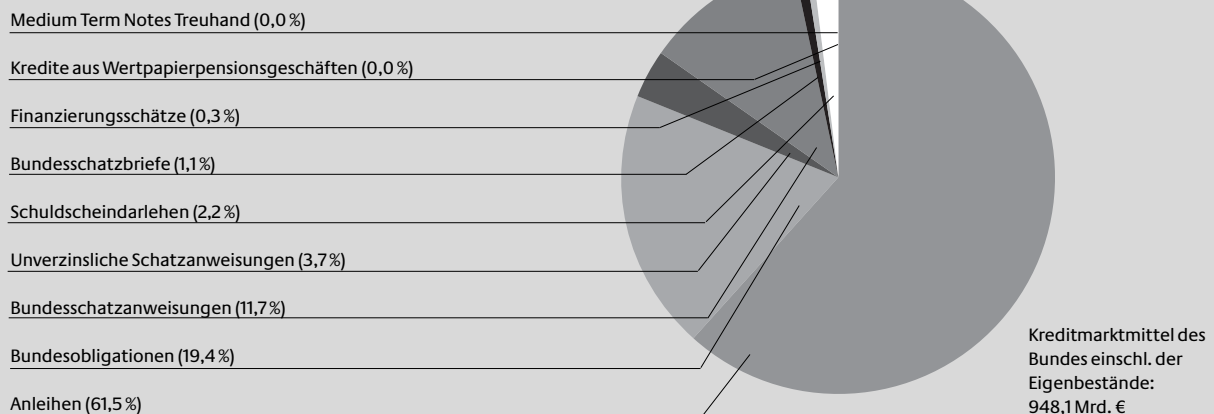
Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet erhöhte sich im Mai auf

Kreditaufnahme des Bundes bis Juni 2007 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.

Kreditmarktmittel des Bundes per 30. Juni 2007



10,7 % (nach 10,4 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum März bis Mai 2007 stieg auf 10,7 %, verglichen mit 10,4 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Mai auf 10,9 % (Vormonat: 10,7 %). In der nach wie vor kräftigen Ausweitung der Geldmenge und der Kreditvergabe kommen die günstigen Finanzierungsbedingungen und das solide Wirtschaftswachstum zum Ausdruck. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 2,2 % im April auf 2,0 % im Mai.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes 2007 betrug bis einschließlich Juni 111,4 Mrd. €. Davon wurden 106,3 Mrd. € im Rahmen des

angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde erstmals im Tenderverfahren eine Aufstockung der 1,5-prozentigen inflationsindexierten Anleihe des Bundes – ISIN DE0001030500 WKN 101 050 – um 2 Mrd. € auf 11 Mrd. € vorgenommen. Die Anleihe wird am 15. April 2016 fällig. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes, Marktpflegeoperationen sowie Schuldscheindarlehen.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2006 haben sich die Kreditmarktmittel des Bundes bis zum 30. Juni 2007 um 0,8 % auf 948,1 Mrd. € erhöht.

Mit dem Emissionskalender für das 3. Quartal 2007 beschließt das BMF, dass das mit der Jahresvorausschau 2007 bekannt gegebene Emissionsvolumen 2007 um 3 Mrd. € zu kürzen ist. Damit wird der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2007 Rechnung getragen. Im 3. Quartal 2007 sollen 36 Mrd. €

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 3. Quartal 2007 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,5	–	–	15,5
Bundesobligationen	–	20,0	–	20,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
Unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	6,1	5,9	17,9
Bundesschatzbriefe	0,0	0,3	0,1	0,4
Finanzierungsschätze	0,3	0,3	0,2	0,8
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,5	1,6	2,4
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	21,9	27,2	22,8	71,9

Zinszahlungen

	Juli	August	September	Gesamtsumme 3. Quartal
Zinszahlungen	13,0	1,2	1,3	15,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Kapitalmarktemissionen und 18 Mrd. € Geldmarktemissionen begeben werden.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 3. Quartal 2007 auf rund

71,9 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 3. Quartal 2007 auf rund 15,4 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2007

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Aufstockung	4. Juli 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137180 WKN 113 718	Aufstockung	11. Juli 2007	2 Jahre fällig 12. Juni 2009 Zinslaufbeginn: 12. Juni 2007 erster Zinstermin: 12. Juni 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Aufstockung	25. Juli 2007	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135333 WKN 113 533	Aufstockung	15. August 2007	10 Jahre fällig 4. Juli 2017 Zinslaufbeginn: 25. Mai 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137198 WKN 113 719	Neuemission	12. September 2007	2 Jahre fällig 11. September 2009 Zinslaufbeginn: 11. September 2007 erster Zinstermin: 11. September 2008	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141513 WKN 114 151	Neuemission	26. September 2007	5 Jahre fällig 12. Oktober 2012 Zinslaufbeginn: 28. September 2007 erster Zinstermin: 12. Oktober 2008	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2007 insgesamt				ca. 36 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115061 WKN 111 506	Neuemission	16. Juli 2007	6 Monate fällig 16. Januar 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115079 WKN 111 507	Neuemission	13. August 2007	6 Monate fällig 13. Februar 2008	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115087 WKN 111 508	Neuemission	10. September 2007	6 Monate fällig 19. März 2008	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2007 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Ergebnisse der Außenhandelsstatistik deuten auf positive Wachstumsimpulse aus dem Außenbeitrag im 2. Quartal hin.
- Impulse vom Produzierenden Gewerbe dürften geringer als im 1. Quartal ausfallen.
- Fortsetzung der Beschäftigungsexpansion entlastet Arbeitsmarkt

Die vorliegenden Wirtschaftsdaten deuten auf eine anhaltend dynamische gesamtwirtschaftliche Entwicklung im 2. Quartal hin, die sich allerdings als etwas schwächer als im Vorquartal erweisen könnte. So dürften die Wachstumsimpulse aus dem Produzierenden Gewerbe geringer als im 1. Vierteljahr ausfallen. Denn die Dynamik in der Industrieproduktion hat sich etwas verlangsamt. In der Bauindustrie scheinen jetzt erst die belastenden Effekte der Umsatzsteuersatzanhebung zu Anfang des Jahres sichtbar zu werden, die durch die außergewöhnlich milde Witterung im Winter sowie die noch aus dem Vorjahr fortwirkenden Sondereffekte zunächst überdeckt wurden. Gleichwohl sind die Perspektiven für eine Fortsetzung des Aufschwungs gut. Dies zeigt zum einen die kräftig aufwärts gerichtete Nachfrage sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Zum anderen befinden sich die Stimmungsindikatoren allesamt auf hohem Niveau. Gestützt wird dies durch den Beschäftigungsaufbau, der sich bis in den Juni hinein weiter fortgesetzt hat.

Der konjunkturelle Aufschwung und die damit einhergehende Belebung am Arbeitsmarkt sorgen weiterhin für eine positive Entwicklung der Lohnsteuer (+ 8,8 % gegenüber dem Vorjahr). Das Ergebnis der Steuern vom Umsatz lag mit einem Plus von 17,1 % hingegen unter den Erwartungen. Hier zeigen sich neben den infolge der Anhebung der Umsatzsteuer erzielten Mehreinnahmen als gegenläufige Effekte die Auswirkungen der Konsumzurückhaltung in den ersten Monaten des Jahres.

Die nominalen Warenexporte sind im Zweimonatsdurchschnitt leicht zurückgegangen (– 0,2 %). Im Zeitraum Januar bis Mai nahmen die Ausfuhren allerdings um 11,1 % gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode zu. Nach Ländergruppen sind die Exporte in den Nicht-Euroraum der EU – trotz der seit Februar vergangenen Jahres anhaltenden Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar – überdurchschnittlich gestiegen (+ 16,0 %). Ausfuhren in den Euroraum und Drittländer haben im Vergleich dazu weniger zugelegt (+ 11,5 % und + 7,7 %). Insgesamt sind die Ausfuhren seit September vergangenen Jahres tendenziell seitwärts gerichtet, befinden sich aber auf hohem Niveau. Die Seitwärtsbewegung könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Ausfuhrwerte von September bis zum Jahresende durch zum Teil umfangreiche Nachmeldungen überzeichnet waren. Die Aussichten für eine wieder zunehmende Exportdynamik sind jedoch günstig. Denn die Auslandsaufträge für industrielle Erzeugnisse sind gestiegen (März/April saisonbereinigt + 0,4 % gegenüber der Vorperiode), besonders merklich im Konsumgüterbereich (+ 5,8 %). Auch die optimistischen Exporterwartungen der Unternehmen gemäß den Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests sprechen für ein stabiles Wachstum der Exporte. Gestützt wird dies durch den anhaltenden Aufschwung der Weltwirtschaft und die weiterhin hohe Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Hingegen scheint sich die Einfuhrdynamik in der Tendenz abzuschwächen. Die nominalen

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2006 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			3.Q.06	4.Q.06	1.Q.07	3. Q.06	4.Q.06	1.Q.07
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 188	+ 2,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,3
jeweilige Preise	2 309	+ 3,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,6
Einkommen								
Volkseinkommen	1 747	+ 4,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,1	+ 4,2	+ 5,4	+ 4,2
Arbeitnehmerentgelte	1 146	+ 1,5	+ 0,3	- 0,0	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	601	+ 10,1	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 8,2	+ 13,8	+ 6,7
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 487	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,4	+ 2,2	+ 1,8
Bruttolöhne und -gehälter	925	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,0	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,0	+ 3,1
Sparen der privaten Haushalte	160	+ 1,7	- 1,4	+ 0,3	+ 8,4	+ 0,8	+ 0,5	+ 6,9
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2006 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
					Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt
			Apr 07	Mai 07		Apr 07	Mai 07	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	+ 9,2	- 5,3	.	- 6,3	+ 4,5	.	+ 10,5
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	894	+ 13,7	+ 0,9	- 0,7	- 0,2	+ 13,2	+ 9,3	+ 11,2
Waren-Importe	731	+ 16,5	+ 0,8	- 3,6	- 2,6	+ 8,9	+ 3,4	+ 6,1
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	109,8	+ 5,9	- 2,1	+ 1,9	- 1,1	+ 3,9	+ 4,6	+ 4,2
Industrie ²	113,1	+ 6,4	- 2,3	+ 2,3	- 0,8	+ 5,3	+ 6,1	+ 5,7
Bauhauptgewerbe	81,0	+ 6,5	- 4,9	+ 0,3	- 8,4	- 1,6	- 3,0	- 2,3
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	114,3	+ 7,2	- 2,5	+ 2,7	- 0,6	+ 5,4	+ 6,7	+ 6,0
Inland	102,5	+ 4,9	- 3,0	+ 2,7	- 1,1	+ 3,9	+ 5,3	+ 4,6
Ausland	133,3	+ 10,2	- 1,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 7,3	+ 8,4	+ 7,8
Auftragseingang (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ²	119,0	+ 9,5	- 1,6	+ 3,2	+ 0,6	+ 7,5	+ 11,2	+ 9,4
Inland	105,5	+ 7,4	- 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 7,7	+ 7,5	+ 7,6
Ausland	135,8	+ 11,6	- 2,0	+ 4,4	+ 0,4	+ 7,2	+ 15,1	+ 11,1
Bauhauptgewerbe	74,6	+ 2,9	- 0,5	.	+ 0,1	+ 3,5	.	+ 5,7
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)³								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	103,7	+ 0,5	+ 0,7	- 0,7	+ 0,8	- 1,8	- 5,2	- 3,5
Großhandel (ohne Kfz.)	109,8	+ 3,2	- 1,1	- 0,2	- 0,6	+ 3,7	- 1,8	+ 0,8
Arbeitsmarkt	2006 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Apr 07	Mai 07	Jun 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07
Erwerbstätige, Inland	39,09	+ 0,7	+ 12	+ 8	.	+ 539	+ 458	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,49	- 7,7	- 15	- 2	- 37	- 815	- 727	- 712
Preisindizes	2006 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahr		
			Apr 07	Mai 07	Jun 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,9	+ 0,3	.	+ 0,5	+ 0,6	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,1	+ 0,3	.	+ 1,6	+ 1,9	.
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,8
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Nov 06	Dez 06	Jan 07	Feb 07	Mär 07	Apr 07	Mai 07	Jun 07
Klima	+ 12,9	+ 16,6	+ 14,9	+ 13,2	+ 14,6	+ 16,4	+ 16,3	+ 13,2
Geschäftslage	+ 23,4	+ 26,0	+ 21,1	+ 18,8	+ 20,5	+ 21,9	+ 20,7	+ 18,4
Geschäftserwartungen	+ 2,8	+ 7,5	+ 8,9	+ 7,7	+ 8,9	+ 11,0	+ 12,0	+ 8,1

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ² Ohne Energie. ³ Änderung des Berichtsfirmenkreises ab 2006; aber: Spalte 2006 ohne Neuzugangsstichprobe zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit gegenüber 2005.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Warenimporte gingen im Zweimonatsdurchschnitt deutlich zurück (– 2,6 % gegenüber der Vorperiode). Die Abschwächung könnte möglicherweise darauf zurückzuführen sein, dass sich die Unternehmen noch aus den im Vorquartal aufgebauten Lagern bedienen. Angesichts der anhaltend kräftigen Inlandsnachfrage dürfte diese Abschwächung allerdings vorübergehend sein. Insgesamt deutet die günstigere Entwicklung der Exporte gegenüber den Importen auf positive Wachstumsimpulse aus dem Außenhandel im 2. Quartal hin, nachdem der Außenbeitrag im 1. Vierteljahr das Wirtschaftswachstum noch gebremst hatte.

Die industrielle Erzeugung verzeichnete einen merklichen Zuwachs im Mai (saisonbereinigt + 2,3 % nach – 2,3 % im April), der zum Teil als Rückpralleffekt des unterzeichneten Aprilwertes infolge des Brückentags zu interpretieren sein dürfte. Im Zweimonatsdurchschnitt gab es einen leichten Rückgang (– 0,8 % gegenüber der Vorperiode), der aus der Verringerung der Investitions- und Vorleistungsgüterproduktion (– 1,1 % und – 1,3 %) resultierte. Die Erzeugung von Konsumgütern verzeichnete dagegen einen leichten Anstieg (+ 0,5 %). Insgesamt wurde der Vorjahresstand der Industrieproduktion merklich übertroffen (+ 6,7 %). Der Industrieumsatz nahm im Zweimonatsdurchschnitt leicht ab (– 0,6 %), wobei einem Rückgang im Inland ein in etwa unveränderter Umsatz im Ausland gegenüberstand. Umsätze der Investitionsgüterproduzenten nahmen sowohl im Inland als auch im Ausland ab. Insgesamt dürfte das Verarbeitende Gewerbe im 2. Quartal nur einen geringen Zuwachs aufzeigen. Hierfür könnten sowohl Kapazitätsengpässe in der Produktion als auch ein Abbau der im vorangegangenen Vierteljahr aufgebauten Lagervorräte verantwortlich sein. Angesichts des hohen Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten dürften die Erweiterungsinvestitionen in den kommenden Monaten aber merklich zunehmen. Allerdings besteht Zeitbedarf bis zu ihrer vollständigen Realisierung.

Die Auftragseingänge in der Industrie sind im Zweimonatsdurchschnitt leicht angestiegen (saisonbereinigt + 0,6 % gegenüber der Vorperiode), wobei der Zuwachs aus dem Inland (+ 0,9 %) etwas stärker war als aus dem Ausland (+ 0,4 %). Die zunehmende Bedeutung der

Binnennachfrage zeigt sich auch im kräftigen Anstieg der inländischen Neuaufträge für alle drei Gütergruppen, wobei die Bestellungen von Konsumgütern die größte Wachstumsrate verzeichneten (+ 2,4 %). Die Orders für Vorleistungs- und Investitionsgüter stiegen demgegenüber nur mäßig an (+ 0,7 % und + 0,5 %).

Die kräftig aufwärts gerichtete Nachfrage sowohl im Inland als auch im Ausland lässt den Schluss zu, dass die Produktionsausweitung in den nächsten Monaten anhält. Darüber hinaus signalisiert der im Juni merklich angestiegene deutsche Einkaufsmanagerindex eine regere Wirtschaftstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe. Auch der ifo-Geschäftsklimaindex stabilisierte sich auf hohem Niveau und deutet damit auf eine Normalisierung der Stimmung bei den Unternehmen hin.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe nahm im Zweimonatsvergleich spürbar ab (– 8,4 %). Das Vorjahresniveau wurde erstmals seit Januar/Februar 2006 unterschritten (saisonbereinigt – 2,3 %). In der Bauindustrie könnten sich nun belastende Auswirkungen der Umsatzsteuersatzanhebung zeigen, die möglicherweise durch die milde Witterung in den ersten Monaten dieses Jahres überdeckt wurden. Auch könnte es mit Auslaufen der Sondereffekte des vergangenen Jahres – Abschaffung der Eigenheimzulage und Vorzieheffekte im Vorfeld der Umsatzsteuersatzerhöhung – zu einer Abschwächung, insbesondere im Wohnungsneubau, gekommen sein.

Der private Konsum dürfte sich nach dem Einbruch im 1. Quartal im weiteren Jahresverlauf beleben und so den wirtschaftlichen Aufschwung zunehmend stützen. Dafür spricht die trotz erneuter Abschwächung im Mai aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen), die im Zweimonatsdurchschnitt einen Anstieg von 0,8 % aufwies. Auch die Stimmungsverbesserung der Verbraucher, die sich in dem seit April steigenden GfK-Konsumklimaindex widerspiegelt, sowie die Zunahme der Geschäftserwartungen der Einzelhändler (ifo-Geschäftsklima) weisen in diese Richtung. Die gute Stimmung wird darüber hinaus von der durch den Beschäftigungsanstieg und die Lohnzuwächse sich verbessernden Einkommenssituation der privaten Haushalte beflügelt.

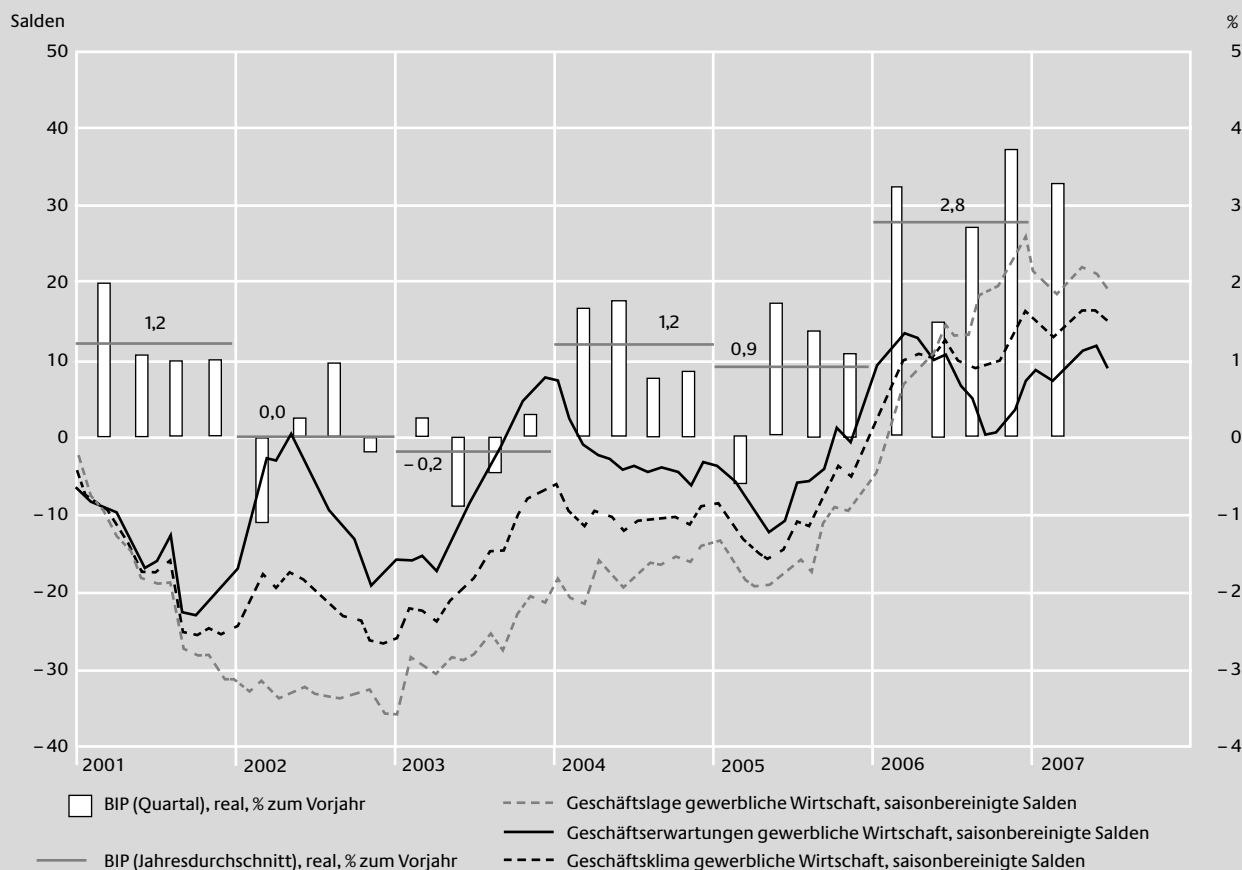
Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat sich im Juni wieder verstärkt fortgesetzt (saisonbereinigt – 37 000 Personen gegenüber dem Vormonat), nachdem er in den Monaten April und Mai aufgrund der geringen Winterarbeitslosigkeit etwas schwächer ausgefallen war. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 9,1 %. Nach Ursprungszahlen gab es im Juni 3,69 Mio. registrierte Arbeitslose, so wenig wie seit November 2000 nicht mehr. Damit waren 712 000 weniger Personen arbeitslos als vor einem Jahr.

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland nahm im Mai saisonbereinigt um 8 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sie sich um 458 000 Personen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist im April gegenüber dem Vormonat weiter gestiegen (nach ersten Hochrechnungen saisonbereinigt ca. + 32 000). Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (ca. + 599 000). Dabei verzeichneten wiederum Brandenburg (+ 3,5 %) und Sachsen (+ 3,4 %) den stärksten Beschäftigungsanstieg. Fast alle Branchen waren am Beschäftigungsaufbau beteiligt. Verluste verzeichnete unverändert das Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist weiterhin sehr hoch. Dies zeigen die Zunahme der Beschäftigungskomponente des Einkaufsmanagerindex sowie Unternehmensbefragungen des ifo-Instituts und des DIHK. Dafür spricht auch der umfassende Stellenindex BA-X (der Bundesagentur für Arbeit bekannte Stellen des ersten Arbeitsmarktes ohne geförderte und Saisonstellen), der im Juni saisonbereinigt um zehn auf 214 Punkte anstieg (+ 60 Punkte gegenüber dem Vorjahr). Zusammengefasst signalisiert dies, dass mit der Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs auch die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter ansteigen wird. Damit dürfte sich auch der Rückgang insbesondere in den Segmenten der Kurzzeitarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit weiter verstärken.

Neben den mit dem Beschäftigungsaufbau einhergehenden Einkommensverbesserungen

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



wird die Kaufkraft der privaten Haushalte auch durch den bisher moderaten Anstieg des Verbraucherpreisindex gestützt. So ist der Verbraucherpreisindex im Juni um 1,8 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,1 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Damit hat sich der Preisauftrieb im Juni etwas abgeschwächt. Hierzu hat auch die Preisentwicklung der Energieprodukte beigetragen: Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) hätte die Jahresteuerrate leicht höher gelegen (1,9 %). Dabei stiegen die Preise für Haushaltsenergie mit 2,2 % (Strom: + 6,2 %, Gas: + 3,0 % und Fernwärme: + 2,8 %) gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich, während sich leichtes Heizöl verbilligte (– 7,9 %) und Kraftstoffe sich nur geringfügig verteuerten (+ 0,8 %). Bei den nicht-energetischen Gütern waren im Vorjahresvergleich vor allem die Verteuerung von alkoholischen Getränken und Tabakwaren (+ 3,8 %), Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+ 2,5 %), Verkehr (+ 2,4 %), anderen Waren und Dienstleistungen (+ 2,2 %) sowie die Einführung von Studiengebühren in fünf Bundesländern (+ 28,6 %) für den Preisniveaustieg verantwortlich. Deutlich unterdurchschnittlich stiegen die Preise für Bekleidung und Schuhe (+ 0,8 %), Nachrichtenübermittlung (+ 0,2 %) sowie Freizeit, Unterhaltung u. Ä. (+ 0,5 %). Der Preiseffekt der Umsatzsteuersatzanhebung dürfte sich bisher auf unter einen Prozentpunkt belaufen. Dies

würde bedeuten, dass die Preisüberwälzung bis jetzt zu etwa zwei Dritteln erfolgt ist. Mit weiteren Überwälzungsschritten in diesem Jahr wird gerechnet.

Auf der Stufe der Import- und der Erzeugerpreise sorgen die Energieträger für eine gedämpfte Preisentwicklung im Vorjahresvergleich. Preise für Nicht-Energieprodukte haben dagegen deutlich zugelegt. So ist der Importpreisindex im Mai um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr und um 0,3 % gegenüber dem Vormonat angestiegen. Während Steinkohle sich verteuerte (+ 4,7 %), führten Preissenkungen bei Erdgas (– 11,4 %), rohem Erdöl (– 5,3 %) und Mineralölerzeugnissen (– 4,4 %) zu einem Rückgang der Jahresteuerrate für Energie (– 4,2 %). Dagegen sorgte die anhaltende Verteuerung der Nicht-Eisen-Metalle und von deren Halbzeug (+ 9,3 %) für einen Anstieg der Einfuhrpreise im Vorjahresvergleich. Ohne Energiepreise war der Importpreisindex um 1,5 % höher als vor einem Jahr.

Der Erzeugerpreisindex lag im Mai um 1,9 % höher als im Vorjahr und um 0,3 % über seinem Vormonatsniveau. Hauptpreistreiber gegenüber dem Vorjahr war eine Reihe von Vorleistungsgütern (+ 4,8 %), insbesondere Metalle und Metallerzeugnisse sowie Holz und Holzwaren, während die Preise für Energie abnahmen (– 0,3 %). Ohne Berücksichtigung von Energie sind die Erzeugerpreise um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

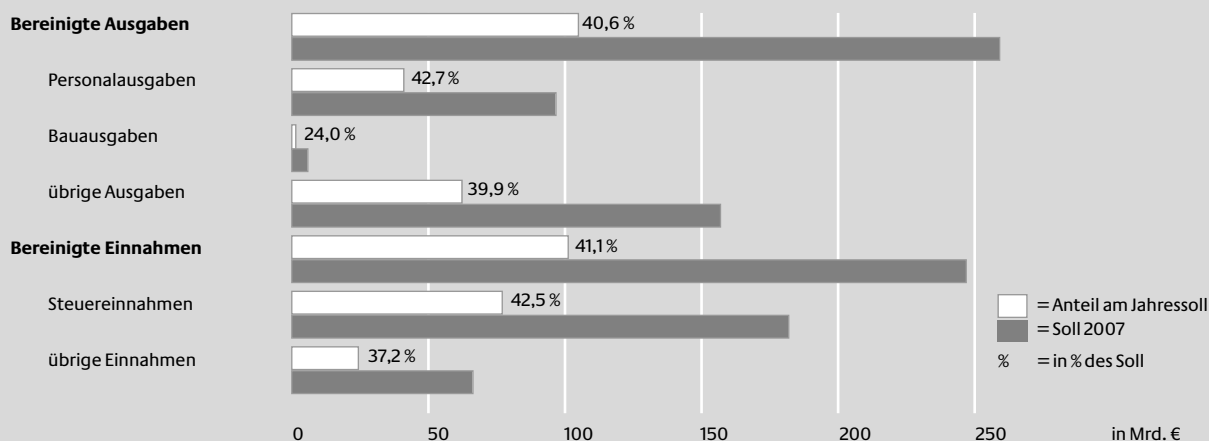
Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Mai 2007 vor.

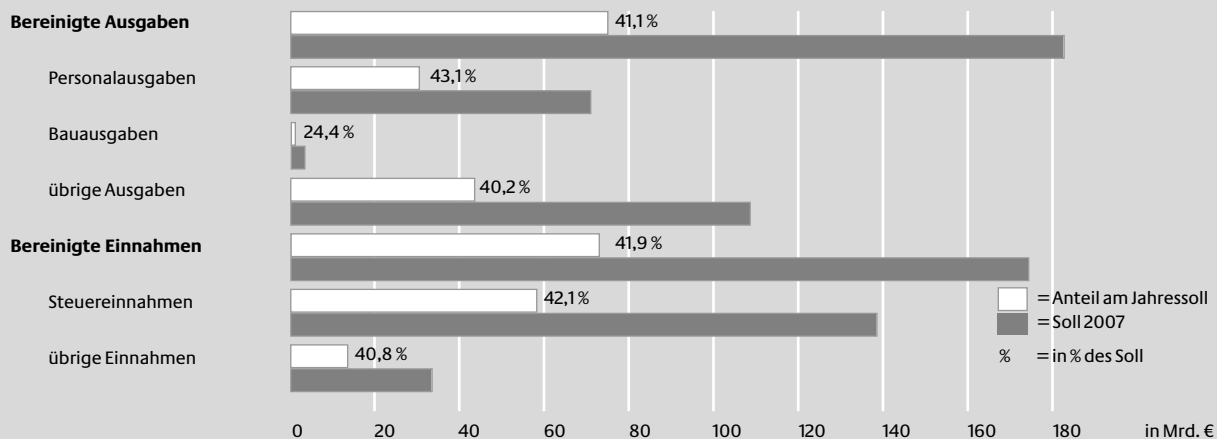
Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit lag Ende Mai 2007 bei rd. – 5,1 Mrd. €. Es fiel damit gut 6,7 Mrd. € niedriger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (– 11,8 Mrd. €, ohne

Saarland) und unterschritt die Haushaltsplanungen um rd. 10,4 Mrd. €. Die bereinigten Einnahmen der Länder insgesamt (ohne Saarland) stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 11,4 %, allein die Steuereinnahmen um 13,9 %. Die bereinigten Ausgaben erhöhten sich im Berichtszeitraum um 3,2 %.

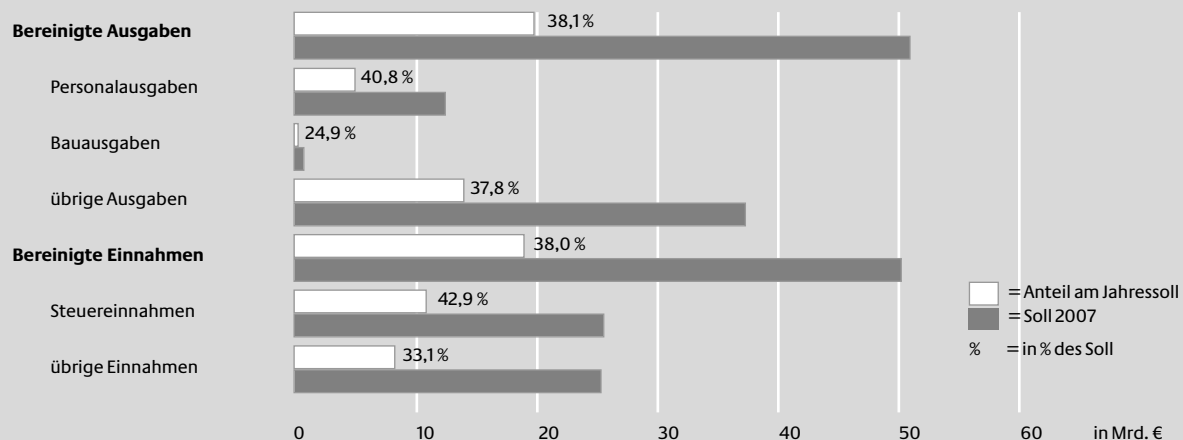
Länder insgesamt



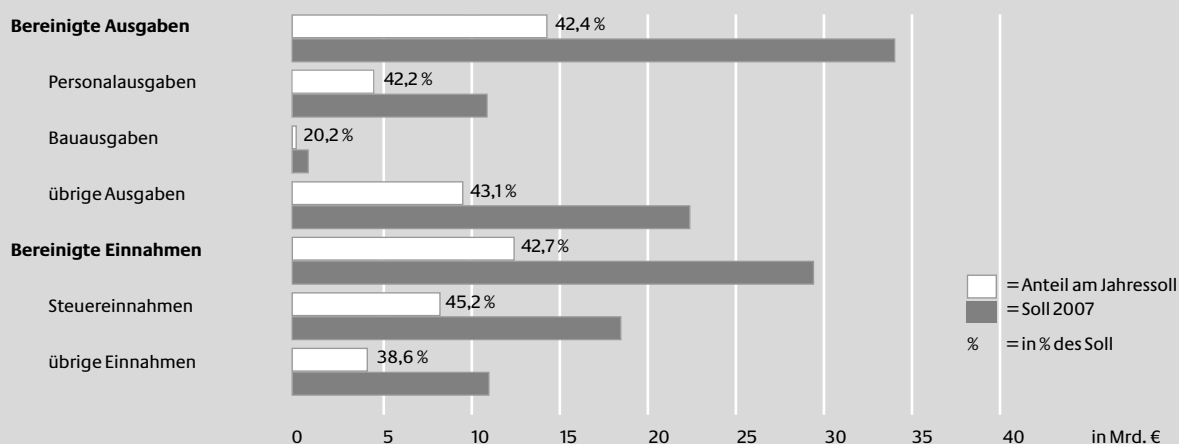
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 10. Juli 2007 in Brüssel

Portugiesisches Präsidentschaftsarbeitsprogramm

Der portugiesische Vorsitz stellte zu Beginn seiner Präsidentschaft das ECOFIN-Programm für das 2. Halbjahr 2007 vor. Dem Programm sind drei Kernziele vorangestellt:

- Sicherstellung effizienter und effektiver Prozesse in der Wirtschaftspolitik,
- Verbesserungen bei der Qualität der öffentlichen Finanzen,
- Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes, insbesondere im Bereich des Finanzmarktes und der Steuern.

Im Einzelnen wird Portugal u. a. die Fortführung des Themas Qualität der öffentlichen Finanzen, die Bekämpfung des Steuerbetrugs, die Überprüfung des Lamfalussy-Verfahrens sowie die Weiterentwicklung der EU-Statistik verfolgen. Das Arbeitsprogramm, das – auf Grundlage des gemeinsamen 18-Monats-Programms von Deutschland, Portugal und Slowenien – die strategische Kontinuität für die weiteren Arbeiten des ECOFIN-Rates bietet, wurde allgemein begrüßt.

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Nachdem der ECOFIN-Rat bereits Anfang des Jahres die aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogramme von 25 Mitgliedstaaten erörtert hatte, wurden nunmehr die Programme von Österreich und Tschechien behandelt, die – aufgrund der dortigen Wahlen – noch ausstanden. Zu beiden Programmen verabschiedete der ECOFIN-Rat Stellungnahmen. So wird Tschechien aufgefordert, die Haushaltslage im Jahr 2007 zu stabilisieren, spätestens im Jahr 2008 eine glaubhafte und nachhaltige Korrektur des übermäßigen Defizits herbeizuführen, auf der Ausgabenseite zu konsolidieren sowie die not-

wendigen Reformen im Renten- und Gesundheitssystem durchzuführen. Österreich wurde aufgegeben, die guten wirtschaftlichen Bedingungen sowie das niedrige Defizit aus dem Jahr 2006 zu nutzen, um mit der Haushaltskonsolidierung fortzufahren. Zudem wurden die Defizitverfahren von Tschechien und Ungarn behandelt. Während der ECOFIN-Rat die ergriffenen ungarischen Maßnahmen würdigte, gleichzeitig jedoch für weitere Konsolidierungsanstrengungen plädierte, wurde zu Tschechien ein Beschluss gemäß Art. 104 Abs. 8 EG-Vertrag gefasst. Demnach stellte der Rat fest, dass bislang keine wirksamen Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits ergriffen wurden. Die Kommission (KOM) kündigte für September an, dem Rat eine neue Empfehlung gem. Art. 104 Abs. 7 EG-Vertrag für Maßnahmen zum Abbau des übermäßigen Defizits vorlegen zu wollen.

Einführung des Euro in Zypern und Malta

Im Rahmen einer ersten Debatte am 5. Juni zur möglichen Einführung des Euro in Zypern und Malta zum 1. Januar 2008 begrüßte der ECOFIN-Rat die positive KOM-Einschätzung zur erzielten Konvergenz in beiden Mitgliedstaaten. Nach der EG-vertraglich vorgesehenen Aussprache der Staats- und Regierungschefs am 21. Juni 2007 oblag es nunmehr dem ECOFIN-Rat, die formale Ratsentscheidung hierüber sowie die ebenfalls notwendige Änderung der Verordnung über die Euro-Einführung und die Verordnung über die Umrechnungskurse zu beschließen. Somit werden Zypern und Malta zum Jahreswechsel als 14. und 15. Mitgliedstaat dem Euroraum beitreten.

Öffentliche Finanzen in der Europäischen Währungsunion im Jahr 2007

Vor dem Hintergrund des jährlichen Berichts „Öffentliche Finanzen in der Europäischen Währungsunion“ hat die KOM eine Mitteilung verfasst, in der für eine wirkungsvollere Implementierung des auf die Vermeidung übermäßiger Defizite zielenden, sogenannten „präventiven Arms“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) geworben wird. So schlägt sie sieben konkrete Maßnahmen zur besseren Implementierung des SWP vor (z.B. stärkere Berücksichtigung von Qualität und Effizienz oder weitergehende Einbeziehung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen). Trotz der Fortschritte bei der Haushaltssituation der Mitgliedstaaten müssten Haushaltsdefizite und Schulden weiter abgebaut werden, um für die Herausforderungen durch Globalisierung und Bevölkerungsalterung gerüstet zu sein. Der ECOFIN-Rat beauftragte den Wirtschafts- und Finanzausschuss mit der Prüfung der KOM-Vorschläge und will das Thema im Oktober erneut aufgreifen, um dann Schlussfolgerungen zu ziehen.



International Accounting Standards Board (IASB): Steuerung und Finanzierung

Das International Accounting Standards Board (IASB) ist – als privatrechtliches Gremium – mit der Ausarbeitung internationaler Rechnungslegungsstandards befasst, die von kapitalmarkt-orientierten Unternehmen in der EU beim Konzernabschluss anzuwenden sind. Das IASB ist

eine Institution der International Accounting Standards Committee Foundation (IASCF) und wird durch den privaten Sektor (Einzelunternehmen, Verbände, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, nationale Standardsetter) – bisher auf freiwilliger Basis – finanziert. Da die aktuelle Finanzierungsregelung Ende 2007 ausläuft, erörterte der ECOFIN-Rat künftige Finanzierungsformen. Im Übrigen befasste er sich mit den Möglichkeiten zur Verbesserung der Leitungs- und Entscheidungsstrukturen bei IASB/IASCF sowie der stärkeren Einbeziehung der beteiligten Kreise in die Standardsetzung. In seinen Schlussfolgerungen beauftragte der ECOFIN-Rat die KOM und den Wirtschafts- und Finanzausschuss, regelmäßig über aktuelle Entwicklungen bei Steuerungs- und Finanzierungsfragen des IASB/IASCF zu berichten.

Globales satellitengestütztes Navigationssystem der EU (Galileo): Finanzierungsfragen

Nachdem die Verhandlungen zwischen der EU und einem Konsortium privater Betreiber über den Konzessionsvertrag für Bau und Betrieb der Infrastruktur zu keinem Erfolg geführt haben, beauftragte der – federführende – Verkehrsminister-Rat die KOM, detaillierte Alternativvorschläge für die Finanzierung auf der Grundlage zusätzlicher eingehender Bewertungen der Kosten, Risiken, Einnahmen und Zeitpläne einschließlich sämtlicher möglicher Optionen für die Finanzierung durch die öffentliche Hand zu erarbeiten. Der Verkehrsministerrat wird sich im Herbst erneut mit dem Projekt befassen.

Auf Anregung der Niederlande hatten nun auch die Finanzminister einen Meinungsaustausch zu finanziellen Aspekten des Projekts. Sie drückten die Erwartung aus, dass die Finanzierung des Projekts unter Wahrung der Obergrenzen der Finanziellen Vorausschau erfolgen soll.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar: http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/Applications/newsRoom/related.asp?BID=93&GRP=12114&LANG=4&cmsId=350

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

14./15. September 2007 – Informeller ECOFIN in Porto (Portugal)

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2008

- 4. Juli 2007 – Kabinettsbeschluss
- 10. August 2007 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 11. bis 14. September 2007 – 1. Lesung Bundestag
- 21. September 2007 – 1. Beratung Bundesrat
- 19. September bis
- 14. November 2007 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 6. bis 7. November 2007 – Steuerschätzung
- 15. November 2007 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 27. bis 30. November 2007 – 2./3. Lesung Bundestag
- 20. Dezember 2007 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2007 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2007	August	Juli 2007	22. August 2007
	September	August 2007	20. September 2007
	Oktober	September 2007	19. Oktober 2007
	November	Oktober 2007	22. November 2007
	Dezember	November 2007	20. Dezember 2007

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
11016 Berlin
buergerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/Minute)
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/Minute)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>



Analysen und Berichte

Entwurf des Bundeshaushalts 2008 – Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011	35
Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2006	51
Bericht zur Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ am 24. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen, Berlin	63
Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft	67
Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften	73
Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie	93

Entwurf des Bundeshaushalts 2008 – Finanzplan des Bundes 2007 bis 2011

1	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2007 bis 2011	35
2	Finanzpolitische Ausgangslage	36
3	Im Mittelpunkt der Finanzpolitik: Generationengerechtigkeit und Stärkung von Wachstum und Zukunftsfeldern	38
4	Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern	41
5	Wesentliche Politikbereiche	43
5.1	Bildung und Forschung	43
5.2	Entwicklungszusammenarbeit	43
5.3	Innere Sicherheit	44
5.4	Verteidigung	45
5.5	Umwelt	45
5.6	Wirtschafts- und Technologieförderung	45
5.7	Verkehr und Wohnungswesen	46
5.8	Renten- und Krankenversicherung	47
5.9	Arbeitsmarkt	47
5.10	Familie	48
5.11	Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	48
6	Personalhaushalt und Verwaltung	49

- Bundeshaushalt 2008 und Finanzplan bis 2011 setzen die erfolgreiche Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung fort.
- Der Bundeshaushalt 2008 weist die niedrigste Nettokreditaufnahme seit der Wiedervereinigung auf, im Finanzplan wird 2011 erstmals seit über 40 Jahren ein ausgeglichener Haushalt ohne Nettoneuverschuldung erreicht.
- Schwerpunktbereiche, die die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands auch international widerspiegeln, werden verstärkt gefördert.

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2007 bis 2011

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Im 1. Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um + 0,5 % an. Damit setzt sich der wirtschaftliche Aufschwung mit nur leicht verlangsamter Dynamik fort (4. Quartal 2006: + 1,0 %). Die

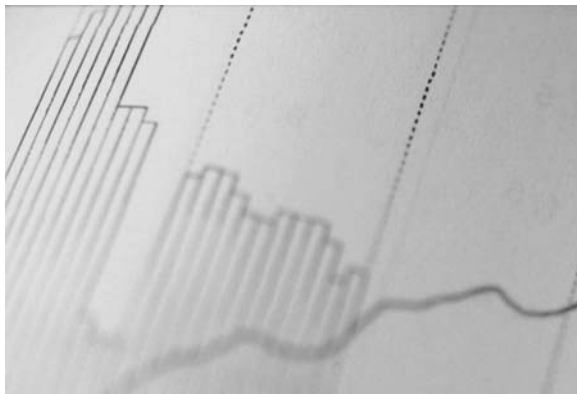
Anhebung des allgemeinen Steuersatzes der Umsatzsteuer hat dabei die wirtschaftlichen Aktivitäten weit weniger belastet als ursprünglich angenommen.

Die positiven Wachstumsimpulse erwachsen aus der sehr lebhaften Investitionstätigkeit im Inland. Die Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie sind – nicht zuletzt auch durch die hohe Kapazitätsauslastung – angestiegen. Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird von einem kräftigen Beschäftigungsaufbau

begleitet. Die Arbeitslosenzahl ist deutlich zurückgegangen; gleichzeitig hat die Zahl der Erwerbstätigen in allen Regionen und fast allen Branchen spürbar zugenommen. Der Anstieg wird vor allem vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen.

Die Konjunkturdaten am aktuellen Rand deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs auf breiter Basis im Verlauf dieses Jahres hin, der insbesondere auch von einer Belebung des privaten Konsums gestützt werden dürfte: Produktion, Umsätze und Auftragseingänge in der Industrie sind trendmäßig aufwärts gerichtet. Die grundlegende Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt dürfte sich im Weiteren positiv auf den privaten Konsum auswirken.

Insgesamt wird die deutsche Wirtschaft in diesem und auch im kommenden Jahr nach Lage der Daten ihren Aufschwung fortsetzen. Für das Jahr 2007 rechnet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion mit einem Zuwachs des realen BIP von + 2,3 % und im kommenden Jahr von + 2,4 %. Denn die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs dürften günstig bleiben (starke weltwirtschaftliche Dynamik, verbesserte Absatzperspektiven im Inland, relativ niedrige Nominalzinsen, stabiles Preisniveau, günstige Gewinnsituation in den Unternehmen, weitere Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch anhaltende Restrukturierung, moderate Lohnstückkostenentwicklung). Mittelfristig, d.h. im Zeitraum 2007 bis 2011, dürfte das BIP um durchschnittlich real etwa +1 ¾ % p.a. zunehmen.



2 Finanzpolitische Ausgangslage

Doppelstrategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung bewährt sich

Haushaltskonsolidierung und Wachstumsförderung mit anfänglich deutlich wachstumsorientierten Prioritäten haben sich als die richtigen Instrumente erwiesen, um die zu Beginn der Legislaturperiode noch fragile Wachstums-situation zu stabilisieren. Dies zeigt die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung. Die Konjunkturdaten dokumentieren eine robuste und anhaltende wirtschaftliche Erholung, die auch zu einem kräftigen Anstieg der Steuereinnahmen führt. Nachdem sich der wirtschaftliche Aufwärtstrend zunächst vor allem in steigenden Unternehmensgewinnen und daraus resultierenden steigenden Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern abgebildet hat, führen nunmehr auch steigende Beschäftigungszahlen zu höheren Lohnsteuereinnahmen und über die höhere Kaufkraft auch zu höheren Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz. Die Anhebung des Umsatzsteuersatzes zu Beginn des Jahres 2007 hat insoweit nicht zu einer nennenswerten konjunkturellen Abschwächung geführt.

Sozialversicherung profitiert von der konjunkturellen Entwicklung

Auch für die Sozialversicherung führt der konjunkturelle Aufschwung zu einer signifikanten Verbesserung ihrer finanziellen Lage.

Bei der Gesetzlichen Rentenversicherung wächst die Nachhaltigkeitsrücklage durch das steigende Beitragsaufkommen beschleunigt an. Im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) schafft die konjunkturbedingt verbesserte Einnahmesituation neben den mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz getroffenen Maßnahmen eine weitere gute Grundlage für den Start des Gesundheitsfonds auf einer stabilen finanziellen Basis ab dem Jahre 2009.

Der deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Zunahme vor allem auch der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung entlasten

den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA). Nachdem dieser in den letzten Jahrzehnten regelmäßig Defizite verzeichnete (insgesamt 67,6 Mrd. € in den Jahren 1991 bis 2005), für die der Bund im Wege eines Zuschusses aufkommen musste, wird die BA nun in der Lage sein, zusätzlich zur bestehenden erheblichen Rücklage mittelfristig deutliche Überschüsse der laufenden Rechnung zu erwirtschaften.

Im Bereich des Arbeitsmarktes hat der konjunkturelle Aufschwung durch den Rückgang der Zahl der kurzzeitig Arbeitslosen bislang in erster Linie zu einer deutlichen Entlastung des Haushalts der BA geführt. Der Aufschwung schlägt bislang nur in geringem Maße auf die arbeitsmarktpolitischen Leistungen im Rahmen der Grundsicherung durch. Die vorhergehende, lang andauernde konjunkturelle Schwächephase und die damit einhergehenden längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit haben hier zu zusätzlichen Vermittlungshemmnissen geführt. Die entsprechenden Ausgaben des Bundes verharren daher noch auf einem zu hohen Niveau. Es gilt deshalb, bestehende Defizite zu beheben und die Vermittlungsfähigkeit der Langzeitarbeitslosen durch gezielte Maßnahmen zu verbessern.

Auch die Entwicklung des Bundeshaushalts wird durch den wirtschaftlichen Aufschwung geprägt

Der Bundeshaushalt 2006 war zum einen durch die im Rahmen des 25-Mrd.-€-Impulsprogrammes auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur gekennzeichnet. Zum anderen konnte der Bund dank der erfreulichen konjunkturellen Entwicklung im vergangenen Jahr erhebliche Steuermehreinnahmen in Höhe von annähernd 10 Mrd. € verzeichnen. Diese Entlastung wurde vollständig zur Senkung der Neuverschuldung des Bundes eingesetzt. Die Nettokreditaufnahme 2006 konnte dementsprechend auf 27,9 Mrd. € – den niedrigsten Wert seit 2001 – reduziert werden.

Bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2007 wurden erstmals seit langem zwei zentrale finanzpolitische Größen eingehalten: Die Regelverschuldungsgrenze des Artikels 115 des Grundgesetzes und die Defizitgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Im

Vollzug des Bundeshaushalts 2007 setzt sich darüber hinaus der positive Trend des Vorjahres fort. Nach dem Ergebnis der letzten Steuerschätzung werden für den Bundeshaushalt 2007 gegenüber der Veranschlagung Steuermehreinnahmen in Höhe von rd. 10 Mrd. € erwartet. Deshalb und wegen der insgesamt planmäßigen Ausgabenentwicklung ist davon auszugehen, dass die im Soll 2007 vorgesehene Ermächtigung zur Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. € nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden wird. Das Maß der Unterschreitung wird im Wesentlichen davon abhängen, in welchem Umfang

- sich aus dem von der Bundesregierung angestrebten Ausbau der Betreuung von Kleinkindern unter drei Jahren noch für das Haushaltsjahr 2007 finanzielle Belastungen für den Bund ergeben und
- in welchem Umfang im laufenden Jahr Privatisierungsmaßnahmen umgesetzt werden.

Wesentliche Kennziffern haben sich verbessert

Die Europäische Union bestätigt den finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung. Sie hat das Defizitverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland endgültig eingestellt und erkennt an, dass es Deutschland gelungen ist, sein Defizit glaubwürdig und nachhaltig unter den vom Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgegebenen Referenzwert zurückzuführen.

Die deutlich verbesserte Ausgangslage kommt auch in weiteren Kennziffern zum Ausdruck:

- Das Gewicht der Bundesausgaben ist, gemessen an der Wirtschaftskraft, weiter rückläufig. Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt erreicht 2007 mit unter 11,3 % den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nimmt – saisonbereinigt – nach einer langen Phase rückläufiger Entwicklung im Vorjahresvergleich um knapp + 2 ½ % zu.
- Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag erreicht den niedrigsten Wert seit 1995.

- Die Staatsausgabenquote – die Ausgaben der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen bezogen auf das BIP – entwickelt sich weiter rückläufig. Sie wird in diesem Jahr rd. 45 % betragen und liegt dabei unterhalb des europäischen Durchschnitts (Euroraum = 47,3 %, EU-27 = 46,6 %). Zehn Jahre zuvor – im Jahre 1996 – hatte sie mit 49,3 % den Höchststand im wiedervereinigten Deutschland erreicht.
- Der staatliche Finanzierungssaldo in der für die Einhaltung des Maastricht-Defizitkriteriums relevanten Abgrenzung wird im Jahr 2007 infolge der Konsolidierungsmaßnahmen der Koalition auf $-1/2$ % des Bruttoinlandsprodukts sinken. Wäre die Einnahmequote seit Beginn des Defizitverfahrens gegen Deutschland konstant geblieben, hätten die auf der Ausgabenseite erreichten Konsolidierungserfolge ausgereicht, die 3-%-Grenze des Maastricht-Vertrages bereits im Jahr 2004 zu unterschreiten.

3 Im Mittelpunkt der Finanzpolitik: Generationengerechtigkeit und Stärkung von Wachstum und Zukunftsfeldern

Wachstum und Konsolidierung bedingen sich gegenseitig

Auf der Grundlage der erheblich verbesserten Ausgangsdaten, die nicht zuletzt auf das zunehmende Greifen der Konsolidierungs- und Wachstumsstrategie der Bundesregierung zurückzuführen sind, werden mit dem Haushalt 2008 und der Finanzplanung bis 2011 neue Maßstäbe bei der Rückführung der staatlichen Verschuldung gesetzt. Mit der Beendigung der Neuverschuldung bis 2011 wird eine Trendwende zugunsten kommender Generationen erreicht.

Es zeigt sich, dass nur ein angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum die Voraussetzungen für eine gesunde und tragfähige Haushaltspolitik schafft und umgekehrt nur eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik die Grundlage für ein nachhaltiges Wachstum bildet. Ein zentrales Element der Finanzpolitik bleibt das von der Bundesregierung zu Beginn der Legislaturperiode beschlossene Konsolidierungskonzept, dessen Kernbestandteil die Maßnahmen sind, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 eingeleitet wurden. Insbesondere die Anhebung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes um drei Prozentpunkte hat sich bewährt. So konnte ein Umsatzsteuerpunkt zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um insgesamt $-2,3$ Prozentpunkte eingesetzt werden. Neben der allgemeinen, konjunkturbedingt günstigeren Entwicklung des Steueraufkommens trägt das zusätzliche Steueraufkommen in Höhe von zwei Umsatzsteuerpunkten maßgeblich zur Konsolidierung des Bundeshaushalts bei. Die vielfach prognostizierten massiven Beeinträchtigungen der konjunkturellen Entwicklung sind nicht eingetreten.

Der Bundeshaushalt 2008 steht in der Kontinuität der in den Jahren 2006 und 2007 eingeschlagenen, mittelfristig angelegten finanzpolitischen

Strategie. So, wie im Jahr 2006 der Sicherung des Wachstums der Vorrang vor übereilter Konsolidierung eingeräumt wurde, werden die jetzt eintretenden Konsolidierungsfortschritte nicht zum Anlass genommen, auf erforderliche Konsolidierungsmaßnahmen zu verzichten. Der stabile, auf breiter Basis angelegte Aufschwung soll genutzt werden, auf den Erfolgen der Vorjahre aufzubauen und auf dem eingeschlagenen Konsolidierungspfad weiter voranzuschreiten. Dabei soll zukünftig nicht nur dauerhaft die Einhaltung der Regelverschuldungsgrenze des Artikels 115 GG sowie der Defizitgrenze des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sichergestellt, sondern sowohl die Nettokreditaufnahme als auch das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts insgesamt weiter stufenweise zurückgeführt werden. Im nächsten Jahr wird die Neuverschuldung auf 12,9 Mrd. € abgesenkt. Die Kreditfinanzierungsquote des Bundeshaushalts erreicht mit 4,6 % den niedrigsten Stand seit 1973. In den Folgejahren gibt es weitere deutliche Abbauschritte. Im Haushaltsjahr 2011 wird der Bund keine neuen Schulden mehr machen. Damit wird nach vier Jahrzehnten zunehmender Staatsverschuldung ein Meilenstein erreicht: Die Neuverschuldung des Bundes wird nicht mehr nur verringert, sie wird beendet.

Die Bundesregierung beabsichtigt, diese positive Entwicklung im Rahmen der Föderalismusreform II mit einer Reform der Verschuldungsregeln des Grundgesetzes zu flankieren. Daneben wird gegenwärtig auch eine Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens des Bundes geprüft.



Zukunftsbereiche stärken

Zukunftsorientierte Finanzpolitik umfasst aber auch eine gezielte Förderung politischer Zukunftsbereiche. Neben der weiteren Fortführung des mit dem Bundeshaushalt 2006 begon-

nenen 25-Mrd.-€-Impulsprogramms werden mit dem Bundeshaushalt 2008 weitere wichtige Akzente gesetzt. Standen 2006 noch unmittelbar wachstumsstärkende Elemente im Vordergrund, stehen 2008 gezielt jene Politikfelder im Fokus, die mit der großen und gewachsenen wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands korrespondieren. Im Vordergrund dieser Schwerpunktsetzungen, für die insgesamt ein Aufwuchs von gut 2 Mrd. € p.a., insgesamt im Finanzplanzeitraum 9,7 Mrd. €, vorgesehen ist, stehen die Bereiche Innere und Äußere Sicherheit, Forschung und Bildung sowie Entwicklungshilfe. Darüber hinaus werden durch zusätzliche Einnahmen Spielräume geschaffen, die vor allem dem Klimaschutz zugute kommen.

Im Haushalt 2008 ist auch die Unternehmensteuerreform berücksichtigt, mit der ab 2008 eine Fülle positiver Wirkungen erzielt werden soll:

- Erhöhung der Attraktivität des Standortes Deutschland,
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung und der Einnahmehasis des Staates,
- Entgegenwirken gegen Verlagerung von Steuersubstrat ins Ausland,
- Verbesserung der Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen,
- Gewährleistung einer modernen und international wettbewerbsfähigen Besteuerung von Kapitaleinkünften,
- Schließung bestehender Steuerschlupflöcher.

Das Entlastungsvolumen dieser Reform von rd. 5 Mrd. € bei voller Jahreswirkung erleichtert den in Deutschland ansässigen Unternehmen die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze und ist damit eine Investition in den Standort Deutschland, von deren Rendite im Ergebnis alle – und damit auch die öffentlichen Haushalte – profitieren.

Weitere Entlastungen zugunsten von Wirtschaft und Arbeitsplätzen werden durch eine weitere Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitsförderung ab 1. Januar 2008 herbeigeführt. Damit kumulieren sich die jüngsten Beitragssenkungen auf insgesamt – 2,6 Prozentpunkte. Auch unter Berücksichtigung einer

möglichen Beitragssatzerhöhung in der Pflegeversicherung um + 0,25 Prozentpunkte zum 1. Juli 2008 bleibt es bei einer deutlichen und nachhaltigen Entlastung.

Faire Lastenverteilung bei der Arbeitsmarktpolitik

Trotz guter wirtschaftlicher und finanzpolitischer Rahmenbedingungen ist es unerlässlich, punktuell erkennbaren Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Der Aussteuerungsbetrag, den die BA an den Bund zahlt, bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück, die mit der bisherigen Finanzplanung bestanden. Darin kommt zum Ausdruck, dass die positive Arbeitsmarktentwicklung bislang vorrangig den kurzzeitig Arbeitslosen zugute kommt. Die Langzeitarbeitslosigkeit verharrt auf noch zu hohem Niveau. Damit hat der Bund nicht nur im Rahmen der Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende die Aufwendungen hierfür zu tragen, sondern auch Einnahmeausfälle beim Aussteuerungsbetrag zu verkraften, obwohl die noch zu hohe Langzeitarbeitslosigkeit auch auf nicht ausreichenden präventiven Maßnahmen beruhen kann. Der Aussteuerungsbetrag hat es nicht vermocht, eine angemessene Lastenverteilung zwischen Bund und BA sicherzustellen.

Der Aussteuerungsbetrag wird daher zum Ende dieses Jahres abgeschafft. Um die Eingliederungsbemühungen der BA als Träger der Arbeitsförderung und der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende stärker zu verzahlen, wird die BA ab dem Jahr 2008 gesetzlich verpflichtet, sich sowohl an den Kosten für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit als auch an den Verwaltungskosten zu beteiligen. Der Eingliederungsbeitrag hat ein Volumen von 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Eingliederungsbudget). Dies sind rd. 5 Mrd. € jährlich ab dem Jahr 2008. So wird ein Anreiz für die BA gesetzt, durch frühzeitige Eingliederungsmaßnahmen Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag zu vermindern. Diese Anstrengungen lohnen sich für die BA auch dann, wenn ihre Wirkung nicht sofort einsetzt. Das entspricht auch der Gewährleistungsverant-

wortung der BA gegenüber den Arbeitsgemeinschaften der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Schon vor der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hat die BA Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen für Langzeitarbeitslose erbracht; an diesen Sachverhalt knüpft der neue Eingliederungsbeitrag an. Darüber hinaus wird der Bund zukünftig keine Beitragszahlungen für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Arbeitslosenversicherung tragen. Die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten beim Arbeitslosengeld wird stattdessen die BA finanzieren. Leistungsrechtliche Folgen ergeben sich nicht.

4 Eckdaten und wesentliche Finanzkennziffern

Der Bundeshaushalt 2008 und der Finanzplan bis 2011 sehen folgende Eckwerte vor (siehe Tabelle).

Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2008 und Finanzplans bis 2011 zeigen, dass der mittelfristig angelegte Konsolidierungskurs eine neue Qualität erreicht:

- Die Regelgrenze des Artikels 115 GG wird nicht nur dauerhaft eingehalten, sondern die Nettokreditaufnahme geht kontinuierlich weiter zurück.
- Mit dem Haushaltsjahr 2011 wird die Aufnahme neuer Schulden im Bundeshaushalt beendet.
- Der Bundeshaushalt trägt dazu bei, dass bereits im Jahr 2010 ein Ausgleich des gesamtstaatlichen strukturellen Finanzierungssaldos erfolgt.

Im Regierungsentwurf 2008 sind Ausgaben in Höhe von 283,2 Mrd. € veranschlagt. Dies sind rd. + 4,7 % mehr, als im Haushalt 2007 vorgesehen sind. Im Rahmen dieses Aufwuchses werden für neue politische Schwerpunktsetzungen insgesamt gut 2 Mrd. € zusätzlich bereitgestellt, vor allem in den Bereichen Innere und Äußere Sicherheit sowie auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und für Forschung und Bildung. Der daneben verbleibende überwiegende Teil des Aufwuchses geht auf Sonder- und Einmaleffekte zurück:

- Die Postbeamtenversorgungskasse hatte in den Jahren 2005 und 2006 Forderungen verkauft und so ihren Bedarf in den Jahren 2005 bis 2007 fast vollständig ohne Bundeszuschüsse decken können. Ab 2008 setzen die gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen des Bundes wieder in vollem Umfang ein. Hierfür werden 6,1 Mrd. € veranschlagt.
- Durch die Überschneidung von bisherigem Erziehungsgeld und neuem Elterngeld kommt es im Einzelplan 17 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) im Jahre 2008 einmalig zu einem Ausgabegipfel von 970 Mio. €.
- Der mehrwertsteuerfinanzierte Zuschuss an die BA wächst entsprechend dem prognostizierten Mehraufkommen der Steuern vom Umsatz, das durch den Haushalt durchgeleitet wird.

Ohne diese – bereits in der bisherigen Finanzplanung enthaltenen – Sonder- und Einmaleffekte ergibt sich eine Steigerung von nur + 1,9 %.

Gegenüber der geltenden Finanzplanung resultieren Mehraufwendungen vor allem aus dem neuen Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV. Diese Mehraufwendungen können derzeit vor allem vor dem Hintergrund der positiven und stabilisierten Einnahmeentwicklung bis 2011 aufgefangen werden. Von Koalition und Bundesregierung wurde beschlossen, die Finanzierung des GKV-Zuschusses in der kommenden

Tabelle: Eckwerte Bundeshaushalt 2008 und Finanzplan bis 2011

	Ist 2006	Soll 2007	Entwurf 2008	Finanzplan		
				2009	2010	2011
		in Mrd. €				
Ausgaben	261,0	270,5	283,2	285,5	288,5	289,7
Veränderung ggü. Vorjahr in %		+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
Veränderung 2007 bis 2011 in %			+ 1,7			
Einnahmen	261,0	270,5	283,2	285,5	288,5	289,7
Steuereinnahmen	203,9	220,5	237,1	247,9	252,6	260,3
Sonstige Einnahmen	29,2	30,4	33,2	27,1	30,0	29,4
Nettokreditaufnahme	27,9	19,58	12,9	10,5	6,0	–
nachrichtlich:						
Investitionen	22,7	23,96	24,3	24,1	24,1	23,7

Differenzen durch Rundung möglich.

Legislaturperiode sicherzustellen. Über den gesamten Finanzplanzeitraum (2007 bis 2011) fallen die Einmal- und Sondereffekte weniger ins Gewicht. Die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerungsrate beträgt rd. + 1,7 %.

Die Investitionen werden bei rund 24 Mrd. € stabilisiert. Damit können vor allem die Infrastrukturleistungen des Bundes auf hohem Niveau gehalten werden. Zur Verbesserung der Haushaltsstruktur sind Zukunftsbereiche wie Forschung und Entwicklung, Bildung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gezielt gestärkt worden. Diese wachsenden Investitionen in die Zukunft bilden sich im klassischen Investitionsbegriff nicht vollständig ab.

Die Konjunktur wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung in den kommenden Jahren weiterhin günstig entwickeln. Die Annahmen für die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte, die die Einnahmen aus den aufkommensstärksten Steuern (Lohnsteuer, Steuern vom Umsatz, gewinnabhängige Steuer) maßgeblich beeinflussen, wurden gegenüber der letzten mittelfristigen Steuerschätzung deutlich angehoben. Die Mehreinnahmen gegenüber dem nach 2011 überrollten Finanzplan betragen unter Berücksichtigung der letzten Steuerschätzung sowie der aktuellen Entwicklung bei den Steuereinnahmen und den Effekten von beabsichtigten Steuerrechtsänderungen (z.B. Unternehmensteuerreform) etwa 91 ½ Mrd. €.

Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2008 bei rd. 237,1 Mrd. € liegen, das sind rd. 16,6 Mrd. € mehr als im Soll des Haushalts 2007. Sie steigen damit um + 7,5 % und somit stärker als die Ausgaben. Bis zum Ende des Finanzplanzeitraums steigen die Steuereinnahmen des Bundes auf rd. 260,4 Mrd. €. Diese Entwicklung belegt vor allem eine auch nachhaltige Erholung der Steuerbasis, die damit wiederum ein wichtiges Fundament für die sukzessive Rückführung der Neuverschuldung bildet.

Zum 1. Januar 2008 tritt die Unternehmensteuerreform 2008 in Kraft. Dieses Steuerreformgesetz soll die steuerlichen Investitionsbedingungen in Deutschland verbessern und gleichzeitig die Verlagerung von Erträgen ins Ausland erschweren. Zu diesem Zweck wird die nominale Belastung von Kapitalgesellschaften (bei einem Gewerbesteuerhebesatz von 400 %)

von 38,7 % auf 29,8 % gesenkt. Um die Gewinnverlagerungen unattraktiver zu machen, wird eine Zinsschranke eingeführt, die den steuerlichen Abzug von Fremdkapital begrenzt, wenn extrem hohe Fremdkapitalquoten gegeben sind. In die gleiche Richtung wirkt die Modifizierung der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung. Statt allein Dauerschuldzinsen zu 50 % hinzuzurechnen, werden zukünftig alle Zinsen und die Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten usw. zu 25 % hinzugerechnet. Für Personenunternehmen wird ein Thesaurierungssteuersatz eingeführt, so dass diese ebenfalls die Möglichkeit erhalten, mit 29,8 % besteuerte Gewinne im Unternehmen zu belassen. Zum 1. Januar 2009 wird eine Abgeltungsteuer auf alle Kapitaleinkommen (Zinsen, Dividenden, private Veräußerungsgewinne) in Höhe von 25 % eingeführt.

Die Bundesregierung hat am 14. Februar 2007 den Entwurf eines „Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf wird das Eckpunktepapier „Hilfen für Helfer“ umgesetzt. Es ist geplant, dass die Neuerungen rückwirkend zum 1. Januar 2007 wirksam werden.

Auch im neuen Haushalt und Finanzplan werden die Potenziale von Einnahmen aus Einmalmaßnahmen konsequent genutzt. Die Einmal-effekte der neuen Finanzplanung liegen jahresdurchschnittlich leicht unter dem Niveau der vorherigen Finanzplanung. Dazu gehören neben Einnahmen, die sich aus der zum 1. Juli 2007 wirksamen Neuordnung des ERP-Sondervermögens ergeben, Einnahmen aus der Privatisierung von Bundesbeteiligungen, auch weil die Bundesregierung an geplanten Privatisierungsprojekten aus ordnungspolitischen Gründen festhält.

Mit dem Haushaltsentwurf 2008 wird die Nettokreditaufnahme (NKA) gegenüber dem Haushaltssoll 2007 um rd. 6,7 Mrd. € auf 12,9 Mrd. € vermindert. In den nachfolgenden Jahren wird sie stufenweise auf null zurückgeführt (10,5 Mrd. € in 2009, 6 Mrd. € in 2010, keine NKA in 2011). Die NKA des Jahres 2008 erreicht damit eine Größenordnung, die letztmalig mit dem Bundeshaushalt des Jahres 1989 unterschritten worden ist. Die Plangrößen der folgenden Jahre liegen dann bereits zunehmend deutlich unter dem Mittelwert der siebziger und achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

5 Wesentliche Politikbereiche

Der Bundeshaushalt 2008 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2011 führen die Ziele einer fortschreitenden und nachhaltigen Haushaltskonsolidierung und einer gezielten Förderung politischer Zukunftsbereiche im Sinne einer gestaltenden Finanzpolitik zusammen. Wichtige zusätzliche Impulse werden dabei vor allem in den Bereichen Bildung, Forschung, Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Infrastruktur sowie Innere und Äußere Sicherheit gesetzt.



5.1 Bildung und Forschung

Die günstige Konjunkturentwicklung und das sich abzeichnende stärkere Wirtschaftswachstum erfordern zusätzliche Anstrengungen, um das von den europäischen Staats- und Regierungschefs in Barcelona und Lissabon beschlossene Ziel zu erreichen, bis 2010 einen Anteil von 3 % des BIP für Forschungs- und Entwicklungsausgaben (FuE) zur Verfügung zu stellen. Die Anstrengungen, auch im Rahmen des 6-Mrd.-€-Programms für FuE und der „High-Tech-Strategie Deutschland“ dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, werden fortgesetzt. Der Bundeshaushalt leistet seinen Beitrag, indem zusätzlich zu den bisher geplanten Mitteln ab 2008 weitere 220 Mio. € zur Verfügung gestellt werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung: + 165 Mio. € p.a., Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: + 55 Mio. € p.a.).

Die im Einzelplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung veranschlagten Mittel werden gegenüber dem Vorjahres-Soll um rund 8 % gesteigert.

Die Projektförderung im Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

steigt um rd. 17,6 %. Die zusätzlichen Mittel werden insbesondere eingesetzt für Forschung zum Klimaschutz, Energieeffizienz sowie für medizinische Forschung und Medizintechnik.

Um die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu sichern und die Hochschulen offen zu halten für eine erhöhte Zahl von Studienanfängern, haben Bund und Länder den Hochschulpakt 2020 geschlossen. Die Mittel für 2008 werden mit rd. 240 Mio. € veranschlagt. Die Bundesregierung leistet damit einen Beitrag zur Verbesserung der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen und ermöglicht den Einstieg in die Vollkostenfinanzierung der Hochschulforschung. Die „Exzellenzinitiative zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“ wird fortgesetzt. In 2008 wird der Bund dafür rd. 285 Mio. € zur Verfügung stellen.

Im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation werden die Anstrengungen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Forschungseinrichtungen fortgesetzt. Insgesamt stehen für die Förderung der großen Forschungseinrichtungen 2008 rund 3,5 Mrd. € bereit.

Beim Bafög sind signifikante Erhöhungen der seit 2001 unveränderten Leistungsparameter ab dem Wintersemester 2008/2009 vorgesehen. 2008 sind 1,242 Mrd. € veranschlagt, rd. 110 Mio. € mehr als 2007. Bis 2011 steigen die Ausgaben auf rd. 1,4 Mrd. € an.

5.2 Entwicklungszusammenarbeit

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2008 und dem Finanzplan bis 2011 dokumentiert die Bundesregierung einmal mehr ihr Bekenntnis zu den Millenniums-Entwicklungszielen und zu ihrer entwicklungspolitischen Verantwortung. So erfährt der finanzielle Rahmen der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit eine bemerkenswerte Steigerung in Höhe von 750 Mio. €. Diese Summe wird in der Finanzplanung bis 2011 fortgeschrieben, so dass in den kommenden Jahren insgesamt zusätzliche 3 Mrd. € zur Verfügung stehen werden.

Die zu finanzierenden Maßnahmen werden den von der OECD aufgestellten Anforderungen

an die Entwicklungszusammenarbeit gerecht und somit als Official Development Assistance (ODA) gelten. Die sog. ODA-Quote misst die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen. Die Bundesregierung hat ihre in 2002 dem Europäischen Rat in Barcelona gegebene Zusage, in 2006 eine ODA-Quote von 0,33 % zu erreichen, mit einem Wert von 0,36 % übererfüllt. Es wird entsprechend dem EU-Ratsbeschluss vom 16./17. Juni 2005 bis 2010 eine ODA-Quote von 0,51 % und von 0,7 % in 2015 angestrebt. Hierzu wird es notwendig sein, dass neben Haushaltsmitteln und weiteren Schuldenerlassen innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag leisten.

Der Stellenwert, den die Entwicklungspolitik für die Bundesregierung einnimmt, wird auch durch das Verhältnis zwischen der Steigerung für ODA-Mittel und der Steigerung für Mehrausgaben insgesamt im Bundeshaushalt 2008 dokumentiert: Hier haben die 750 Mio. € für ODA-Mittel den größten Anteil an dem Gesamtaufwuchs von insgesamt rd. 2 Mrd. €.

Die entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung werden überwiegend im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) umgesetzt. Dementsprechend schlägt sich der Aufwuchs an ODA-Mitteln vornehmlich im Volumen des BMZ-Haushalts nieder, der 2008 gegenüber 2007 um fast +15 % auf knapp 5,2 Mrd. € anwächst. In diesem Zusammenhang haben – der Ressortzuständigkeit folgend – auch andere Ressorts, darunter das Auswärtige Amt, spürbare Ausgabesteigerungen in Bereichen zu verzeichnen, die auf die ODA anzurechnen sind. Dadurch wird insbesondere in den strategisch bedeutsamen Regionen Zentralasien und Osteuropa sowie Nahost, aber auch in Afrika ein verstärktes deutsches Engagement, u. a. auch in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, ermöglicht.

In dieser Mittelverteilung kommt der Wille der Bundesregierung zum Ausdruck, durch eine enge Verzahnung ihrer Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Menschenrechts-, Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik zu einer kohärenten Politik gegenüber den Entwicklungsländern zu kommen.

5.3 Innere Sicherheit

Im Haushalt 2008 sind für den Einzelplan 06 – Inneres – Ausgaben in Höhe von 4,85 Mrd. € vorgesehen. Der mit 3,027 Mrd. € herausragende Anteil daran kommt auch weiterhin dem Bereich der Inneren Sicherheit zugute, der im Vergleich zum geltenden Finanzplan nochmals mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 219 Mio. € ausgestattet wurde. Dadurch können die bereits jetzt schon auf hohem Niveau geführten Maßnahmen zur Inneren Sicherheit teilweise noch weiter ausgebaut werden.

Das im Jahr 2007 begonnene Programm zur Stärkung der Inneren Sicherheit (PSIS) wird 2008 mit Mitteln in Höhe von 44 Mio. € fortgeführt. Dabei entfallen auf das Bundesamt für Verfassungsschutz 21,5 Mio. €, auf das Bundeskriminalamt 13,6 Mio. € und auf die Bundespolizei 8,9 Mio. €. Neben einer Verstärkung im Bereich des Personals werden mit den zusätzlichen Mitteln u. a. der Ausbau der Internetfahndung, die Verbesserung der Auswertungsmöglichkeiten elektronischer Massendaten und Entwicklung, Aufbau und Betrieb der Antiterror-datei finanziert. Darüber hinaus werden die Mittel zum Ausbau der Videoüberwachung auf Bahnanlagen und Verkehrsflughäfen sowie zur Verbesserung der Überwachungsmöglichkeiten aus der Luft – insbesondere des Bahnstreckennetzes – durch Beschaffung und Einsatz von Wärmebildkameras für die Bundespolizeihubschrauber verwendet.



Für den Aufbau des bundesweiten BOS-Digitalfunks, der durch Abschluss des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern, Errichtung der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) und Inbetriebnahme der Testplattformen in Berlin und Stuttgart begonnen hat, stehen in 2008 für die vom Bund zu leis-

tenden Ausgaben 198 Mio. € bereit. Ergänzend dazu wird vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die IT-Sicherheitsadministration des BOS-Digitalfunknetzes inklusive eines Ende-zu-Ende-Kryptosystems entwickelt und betrieben.

5.4 Verteidigung

Die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel für die Bundeswehr ist eine Voraussetzung dafür, dass Deutschland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsfähig bleibt.

Mit einer gegenüber der bisherigen Planung – kumuliert über den Finanzplanzeitraum – um mehr als 2 Mrd. € höheren Finanzlinie wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, den Transformationsprozess zu einer Armee im Einsatz umzusetzen und die vom Deutschen Bundestag beschlossenen internationalen Einsätze durchzuführen. Die vorgesehene Finanzausstattung des Verteidigungshaushaltes ermöglicht ebenfalls die Erfüllung der eingegangenen internationalen Vereinbarungen zum Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten im europäischen Rahmen wie im transatlantischen Bündnis. Sie schafft zudem einen soliden Rahmen zur Finanzierung neuer Waffensysteme und anderer wichtiger Maßnahmen.

Die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt einschließlich Versorgung werden im Haushaltsjahr 2008 mit rd. 29,3 Mrd. € (+ 0,6 Mrd. € gegenüber bisherigem Finanzplan) veranschlagt. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Haushalt 2007 von 0,9 Mrd. €. Wie in den Vorjahren wird die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr dadurch ergänzt, dass der Verteidigungshaushalt durch Erlöse aus der Veräußerung von nicht mehr benötigtem beweglichen und unbeweglichen Vermögen bis zu einer Höhe von rd. 520 Mio. € verstärkt werden kann. Für das Finanzplanungsjahr 2009 ist der Plafond des Einzelplans 14 auf rd. 29,6 Mrd. € (+ 0,47 Mrd. € ggü. bisherigem Finanzplan), für 2010 auf rd. 30,0 Mrd. € (+ 0,47 Mrd. €) sowie für 2011 auf rd. 30,3 Mrd. € (+ 0,77 Mrd. €) festgelegt worden.

5.5 Umwelt

Nach dem vom Bundestag beschlossenen Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung der Rechtsgrundlagen zum Emissionshandel im Hinblick auf die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012“ werden pro Jahr 40 Mio. CO₂-Emissionsberechtigungen entgeltlich vergeben. Damit können Ausgaben von insgesamt bis zu 400 Mio. € finanziert werden, davon für nationale Klimaschutzmaßnahmen (insbesondere das Marktanzreizprogramm) 280 Mio. € sowie für internationale ODA-anrechnungsfähige Klimaschutzmaßnahmen 120 Mio. €. Im Einzelplan 16 – Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – wird ein Leertitel für Einnahmen aus der Veräußerung eingerichtet, mit denen eine Verstärkung der entsprechenden Ausgabetitel vorgesehen ist.

5.6 Wirtschafts- und Technologieförderung

Im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wird unter dem Leitmotiv „Konsolidieren und Investieren“ die Umstrukturierung von alten, lediglich bestands-erhaltenden Subventionen hin zur Förderung zukunftsgerichteter Bereiche wie Technologie und Innovation auch für 2008 konsequent fortgeführt.

Für Forschung und Entwicklung stehen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie jährlich rd. 2 Mrd. € zur Verfügung. Die Mittel werden gegenüber dem alten Finanzplan bis 2011 um insgesamt 220 Mio. € erhöht. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung von mittelstandsorientierten Forschungs- und Technologievorhaben sowie auf der Förderung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen als bedeutendem Beschäftigungsmotor in Deutschland.

Die Programme im Bereich dieser Förderungen werden – beginnend mit dem Jahr 2008 – neu strukturiert: So werden z.B. die erfolgreichen netzwerkbezogenen Programme, die einen Schwerpunkt der Maßnahmen für den Mittelstand insbesondere auch in den neuen Ländern bilden (Pro Inno II, Innonet und NEMO), in dem neuen Titel „Technologieförderung Mittelstand“

zusammengeführt. Dafür stehen 253 Mio. € im Jahr 2008 bereit.

Im Bereich der Energiesparberatung wird im Rahmen des 10-Punkte-Programms für mehr Energieeffizienz ein neues Programm zur Energieberatung kleiner und mittlerer Unternehmen als Voraussetzung für zinsverbilligte Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für Energie einsparende Investitionen aufgelegt. Im Finanzplanzeitraum sind hierfür insgesamt 32 Mio. € vorgesehen.

Der Luftverkehr wird künftig einen stärkeren Beitrag zur weiteren Schadstoffreduzierung leisten müssen. Entsprechend der Vorgehensweise der US-Regierung werden zur Wahrung der hiesigen Standortinteressen die Forschungs- und Technologieaufwendungen im Rahmen des Luftfahrtforschungsprogramms der Bundesregierung in den kommenden Jahren ausgebaut. Von 2008 bis 2011 stehen für die Luftfahrtforschung insgesamt 352 Mio. € zur Verfügung. Das sind 80 Mio. € mehr, als im alten Finanzplan vorgesehen ist.

Für die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland einschließlich des Standortmarketings und der Investorenwerbung sind 2008 rd. 45 Mio. € im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vorgesehen. Daraus finanziert der Bund unter anderem die Invest in Germany GmbH, in der die operativen Aufgaben des Standortmarketings zusammengeführt sind.

Der Ansatz für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt mit jährlich 594,1 Mio. € auf hohem Niveau. Die Mittel fließen zu rd. 84 % in die neuen Länder. Sie sind damit ein wesentlicher Eckpfeiler der Investitionsförderung in Ostdeutschland.

In der Luftfahrtförderung berücksichtigt der Regierungsentwurf 2008 noch nicht die notwendige Unterstützung für den A 350 XWB. Es geht dabei u. a. um die Förderung der Entwicklungskosten der Ausrüstungsindustrie durch verzinsliche, verkaufsabhängig rückzahlbare Darlehen, vergleichbar dem Finanzierungsmodell zum A 380. Ein solcher Schritt ist als wichtiges Element der Hochtechnologiestrategie und zur Wahrung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen essenziell. Die Abstimmung zwischen

dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie über einen adäquaten Finanzierungsweg ist im Gange und soll bis zu den parlamentarischen Beratungen des Regierungsentwurfs abgeschlossen sein. Zur Wahrung unserer Standortinteressen und des deutsch-französischen Gleichgewichts wird darüber hinaus geprüft, mit welchen Finanzierungsinstrumenten EADS/Airbus (u. a. zur Entwicklung des A 350 XWB) unterstützt werden könnte.

5.7 Verkehr und Wohnungswesen

Die Investitionen für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße für 2008 wurden gegenüber 2007 nochmals deutlich aufgestockt. Schon das 25-Mrd.-€-Sofortprogramm des Bundes 2007 stellte für die Jahre 2006 bis 2009 zusätzlich 4,3 Mrd. € zur Verfügung. So wurde ein sicherer Rahmen geschaffen, um die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur schneller zu steigern. Die bei der Haushaltsaufstellung 2008 zusätzlich veranschlagten Mittel stellen darüber hinaus sicher, dass das vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 10. November 2006 beschlossene Ergänzungsprogramm „Lückenschluss und Staubeseitigung“ im Finanzplanzeitraum weitergeführt werden kann. Im Bundeshaushalt 2008 stehen damit für die klassischen Verkehrsträger einschließlich der Mittel für den Kombinierten Verkehr rd. 9,2 Mrd. € zur Verfügung – ein Volumen, das deutlich über der von der Bundesregierung in Genshagen verabredeten Verstetigung auf 9 Mrd. € liegt. Einschließlich der besonderen Verkehrsprojekte (Transrapid, Galileo, BBI, Globale Erdbeobachtung sowie Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie) und insbesondere der Mittel für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden sind damit für die Verkehrsinvestitionen insgesamt rund 11 Mrd. € vorgesehen.

Einen neuen Schwerpunkt stellen die Bundesleistungen in Höhe von 200 Mio. € Programmmitteln zugunsten des Investitionspaktes Bund – Länder – Gemeinden dar. Das zusammen mit den Ländern und Kommunen konzipierte

Programm hat zum Ziel, insbesondere die energetische Sanierung sowie darüber hinaus die bauliche Erneuerung gemeindlicher Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten und Turnhallen zu fördern. Neben weiteren zusätzlichen Impulsen wie u.a. der Förderung des Mittelstandes, verbunden mit Verstetigungseffekten für die Baukonjunktur und sozial investiven Komponenten, bezweckt die Initiative vornehmlich, einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz und zur Steigerung der Energieeffizienz zu leisten.

5.8 Renten- und Krankenversicherung

Wie in den Vorjahren stellen die Leistungen des Bundes an die Rentenversicherung im Jahre 2008 den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt dar. Mit rd. 78,7 Mrd. € werden fast 29 % der Gesamtausgaben zur Finanzierung der Rentenversicherung zur Verfügung gestellt. Vor 25 Jahren waren es noch rd. 16 Mrd. € bzw. rd. 12,7 % der Bundesausgaben.

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung wurde eines der zentralen Reformprojekte der Großen Koalition umgesetzt. Nach der Gesundheitsreform 2007 überweist der Bund zur teilweisen Abgeltung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2008 einen Zuschuss in Höhe von 2,5 Mrd. €. Dieser erhöht sich ab 2009 um jährlich 1,5 Mrd. € bis zu einer Gesamtsumme in Höhe von 14 Mrd. € ab dem Jahr 2016. Hierdurch wird die Finanzierung der GKV auf eine langfristig gerechtere und beschäftigungsfördernde Basis gestellt.

Mehr Wahlfreiheit, Wettbewerb und Kostenkontrolle sollen dazu beitragen, die Effizienz der GKV und der Leistungserbringer zu erhöhen. Daneben wurde eine Versicherungspflicht für der GKV zuzuordnende Bürgerinnen und Bürger ohne anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall ab 1. April 2007 bzw. eine entsprechende Pflicht zur Versicherung für der privaten Krankenversicherung zuzuordnende Bürgerinnen und Bürger ab 1. Januar 2009 eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt werden die privaten

Krankenversicherungen zudem verpflichtet, einen Basistarif mit Kontrahierungszwang, ohne Risikozuschläge und ohne Leistungsausschlüsse anzubieten. In der GKV wird darüber hinaus ein einheitlicher Beitragssatz eingeführt. Zugleich wird ein Gesundheitsfonds eingeführt, der sich aus Beitragseinnahmen und dem Bundeszuschuss speist. Aus ihm erhält jede Krankenkasse einen einheitlichen Betrag je Versicherten sowie alters-, geschlechts- und krankheitsbezogene Zuschläge.



5.9 Arbeitsmarkt

Die konjunkturelle Erholung wirkt sich spürbar auf den Arbeitsmarkt aus. Zunächst profitieren diejenigen Personen, die nur für eine relativ kurze Phase arbeitslos waren. Entsprechend positiv hat sich der Haushalt der BA entwickelt, der Überschüsse in der laufenden Rechnung und eine hohe, im Jahr 2006 gebildete Rücklage in Höhe von 11,2 Mrd. € verzeichnen kann.

Andererseits stellen die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende aufgrund der hohen Langzeitarbeitslosigkeit eine anhaltende Belastung für den Bundeshaushalt dar. Hierfür sind im Entwurf 2008 insgesamt 35 Mrd. € vorgesehen, davon 21 Mrd. € für das Arbeitslosengeld II. Aufgrund der Ausgabenentwicklung wurden 2006 auf Grundlage des Koalitionsvertrages im Rahmen des Änderungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch II (SGB-II) sowie des SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes eine Reihe von Änderungen mit dem Ziel von Einsparungen von rd. 4 Mrd. € ab 2007 umgesetzt. Auch die anhaltend stabile Konjunktur wird zu einer Entlastung beitragen, wenn auch im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit nicht annähernd so stark wie im Bereich SGB III.

Für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden in 2008 wie bisher rd.

10 Mrd. € veranschlagt, davon 6,4 Mrd. € für Eingliederungsleistungen und 3,6 Mrd. € für Verwaltungskosten. Der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Älterer wird weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Für die Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer sind in 2008 99 Mio. € veranschlagt.

An den Kosten der Unterkunft beteiligt sich der Bund 2007 durchschnittlich zu 31,8 %. Danach entwickelt sich die Beteiligungsquote nach einer gesetzlichen Anpassungsformel in Abhängigkeit von der Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Da in den laut Anpassungsformel zu vergleichenden Zeiträumen von einer sinkenden Zahl der Bedarfsgemeinschaften auszugehen ist, führt dies zu einer Kostensenkung für den Bund. Seine Ausgaben sinken zum einen, da die Gesamtausgaben sinken, und zum anderen, da auch der Anteil des Bundes an den Kosten sinkt. Für die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft werden daher 2008 mit 3,9 Mrd. € 400 Mio. € weniger veranschlagt als 2007.

Darüber hinaus erfolgen weitere punktuelle Korrekturen im Bereich Arbeitsmarkt. Der von der BA zu entrichtende Aussteuerungsbetrag hat sich in seiner bisherigen Ausgestaltung nicht bewährt und wird ab dem Jahre 2008 durch einen Eingliederungsbeitrag ersetzt. Insbesondere durch einen Verzicht auf Beitragszahlungen an die BA für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten im Arbeitsförderungsrecht wird der Bund – ohne leistungsrechtliche Nachteile für die Betroffenen – entlastet.

5.10 Familie

Die Ausgaben für die Familienpolitik steigen in 2008 um ca. 900 Mio. € von rd. 5,3 Mrd. € auf rd. 6,2 Mrd. €. Der Ausgabenanstieg spiegelt das volle Wirksamwerden des Elterngeldes in 2008 bei noch beachtlichen Ausgaben für das auslaufende Erziehungsgeld wider. Einer der wichtigsten Meilensteine der Familienpolitik der Bundesregierung ist damit vollständig umgesetzt.

Nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 leistet der Bund mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsinfrastruktur

für Kinder unter drei Jahren einen weiteren Beitrag für eine moderne und nachhaltige Familienpolitik. Ziel ist es, die Kindertagesbetreuung so auszubauen, dass bis 2013 ein Angebot für 35 % der unter Dreijährigen bereit steht. Der Bund wird sich finanziell über das bestehende Tagesbetreuungsausbaugesetz hinaus sowohl an den Kosten des Ausbaus bis 2013 als auch über 2013 hinaus verlässlich beteiligen. Um das Ausbauziel bis 2013 zu erreichen, sind weitere rund 300 000 neu zu schaffende Plätze erforderlich. Der Bund hat angeboten, sich mit 4 Mrd. € an den Gesamtkosten von rd. 12 Mrd. € bis 2013 zu beteiligen. Er richtet hierfür in 2007 ein kapitalverzehrendes Sondervermögen ein, aus dem Finanzhilfen für Investitionen der Länder und Gemeinden bereitgestellt werden. Der Bund beabsichtigt, sich ab 2013 auch dauerhaft an den Betriebskosten der neu zu schaffenden Plätze zu beteiligen. Über den geeigneten Weg zur finanziellen Beteiligung des Bundes an den laufenden Kosten berät derzeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung von Bundesministerin von der Leyen und Bundesminister Steinbrück.

5.11 Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die landwirtschaftliche Sozialpolitik mit Gesamtausgaben in Höhe von rd. 3,7 Mrd. € in 2008 gewährleistet, dass die landwirtschaftlichen Familien weiterhin eine auf ihre besonderen Bedürfnisse abgestimmte soziale Absicherung erhalten. Dabei sind die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für eine Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung geschaffen worden.

Mit den für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) in 2008 vorgesehenen Mitteln wird die Bedeutung der GAK als das zentrale Instrument des Bundes für die Agrarstrukturpolitik in Deutschland und als Kofinanzierungsinstrument zur EU-Politik für den ländlichen Raum bestätigt.

6 Personalhaushalt und Verwaltung

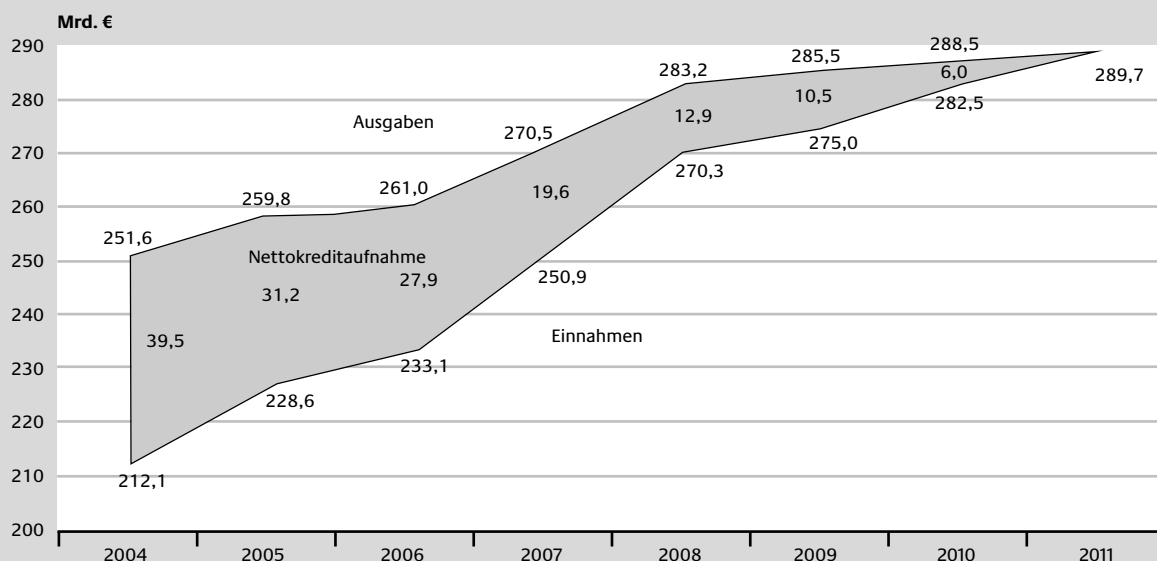
Der Stellenbestand des Bundes im zivilen Bereich – ohne Ersatz(plan)stellen – wird sich bis zum Ende des Jahres 2007 voraussichtlich auf ca. 260 400 Planstellen bzw. Stellen und unter Berücksichtigung des Stellenwegfalls aufgrund der Stelleneinsparungen gemäß Haushaltsgesetz 2008 bis zum Ende des Jahres 2008 weiter auf voraussichtlich ca. 258 000 Planstellen bzw. Stellen reduzieren. Gegenüber dem einigungsbedingten Höchststand von 1992 wird der Stellenbestand damit um rd. – 32 % vermindert. Im Vergleich zu 1989 wird der Personalbestand bis Ende 2008 um ca. 43 400 Planstellen/Stellen reduziert.

Die Personalausgabenquote – der Anteil der Personalausgaben am Gesamthaushalt – beträgt

im Jahre 2008 9,4 % und erreicht damit einen historischen Tiefststand.

Vor dem Hintergrund dieser rückläufigen Entwicklung muss sichergestellt werden, dass der Staat auch künftig in der Lage ist, die Dienstleistungen zu erbringen, die die Bürger von ihm verlangen. Außerdem ist es aus personalwirtschaftlicher Sicht erforderlich, notwendige Spielräume für die Nachwuchsgewinnung zu erhalten. Aus diesen Gründen ist, nachdem die pauschale Stelleneinsparung im Haushaltsjahr 2007 auf 1,2 % verringert wurde, für das Haushaltsjahr 2008 eine weitere Verringerung auf 0,75 % vorgesehen. Dabei ist auch die fortgesetzte zusätzliche Stelleneinsparung aufgrund der Verlängerung der Wochenarbeitszeit für die Bundesbeamten zu berücksichtigen.

Abbildung: Entwicklung von Einnahmen, Ausgaben und Nettokreditaufnahmen
(Ist 2004 bis 2006, Soll 2007 bis 2011)





Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2006

1	Überblick über das Gesamtergebnis	51
1.1	Entwicklung der Steuereinnahmen	51
1.2	Steuereinnahmen und Steuerschätzung	53
2	Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten	53
2.1	Lohnsteuer	53
2.2	Veranlagte Einkommensteuer	55
2.3	Körperschaftsteuer	56
2.4	Gewerbsteuer	57
2.5	Solidaritätszuschlag	57
2.6	Steuern vom Umsatz	58
2.7	Mineralölsteuer (ab August 2006: Energiesteuer)	58
2.8	Tabaksteuer	59
2.9	Grunderwerbsteuer	60
2.10	Alkopopsteuer	60
3	Fazit	61

- Die Steuereinnahmen stiegen 2006 um 8,0 %.
- Die gewinnabhängigen Steuern verzeichneten wie im Vorjahr die größten Zuwächse.
- Aufgrund der konjunkturellen Erholung stiegen auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Steuern vom Umsatz erheblich an.
- Die Erwartungen der Steuerschätzung vom November 2006 wurden noch übertroffen.

1 Überblick über das Gesamtergebnis

1.1 Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen insgesamt betrugen im Jahr 2006 nach endgültigen Ergebnissen 488,4 Mrd. €. Sie lagen damit 8,0 % bzw. 36,4 Mrd. € über dem Niveau des Vorjahres. In der folgenden Tabelle 1 (siehe S. 52) sind die Steuereinnahmen nach Ertragshoheit gegliedert und in ihrer Veränderung gegenüber dem Vorjahr dargestellt.

Der Zuwachs von 28,4 Mrd. € bei den gemeinschaftlichen Steuern war vor allem zurückzuführen auf den starken Anstieg der veranlagten Einkommensteuer (+ 79,9 %), der Körperschaftsteuer (+ 40,2 %) und der Steuern vom Umsatz (+ 5,0 %) gegenüber dem Vorjahresniveau. Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wuchsen zwar mit + 19,6 % ebenso wie der Zinsabschlag mit + 9,2 % stark an, aufgrund des geringeren Aufkommensniveaus ist ihr Beitrag zum Wachstum der gemeinschaftlichen Steuern jedoch kleiner.

Während bei den aufkommensstarken Bundessteuern der Solidaritätszuschlag mit + 9,3 % einen erheblichen Anstieg zu verzeichnen hatte, stiegen die Einnahmen aus der Tabaksteuer nur

Tabelle 1: Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern ¹	336 315	307 890	28 425	9,2
Bundessteuern	84 215	83 508	707	0,8
Ländersteuern	21 729	20 579	1 150	5,6
Gemeindesteuern ²	42 306	36 723	5 582	15,2
Zölle	3 880	3 378	502	14,9
Steuereinnahmen insgesamt	488 444	452 079	36 366	8,0

¹ Einschließlich Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

² Ohne Gewerbesteuerumlage (normal und erhöht).

leicht um 0,8 %. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (ab August 2006: Energiesteuer) gingen leicht um 0,5 % zurück und das Aufkommen aus der Stromsteuer sank um 2,9 %. Insgesamt ergab sich für die Bundessteuern ein Anstieg um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Ländersteuern nahmen um 5,6 % zu. Dies ist hauptsächlich auf einen Anstieg des Grunderwerbsteueraufkommens um 27,9 % zurückzuführen. Bis auf die Kraftfahrzeugsteuer und die Biersteuer gingen die Einnahmen aus den übrigen Ländersteuern zurück.

Der mit + 15,2 % starke Anstieg der Gemeindesteuern war fast ausschließlich durch die dynamische Entwicklung der Netto-Gewerbesteuer (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) bestimmt, die trotz starker Vorjahresbasis um 21,0 % stieg.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2006 auf Bund, Länder, Gemeinden und EU sowie die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind der nachstehenden Tabelle 2 zu entnehmen.

Aufgrund des geringen Anstiegs der Bundessteuern, steigender Ländersteuern und eines stärker gewachsenen Anteils der Länder an den gemeinschaftlichen Steuern nahmen die Steuereinnahmen der Länder mit 8,1 % stärker zu als die Steuereinnahmen des Bundes (+ 7,2 %). Die Länder konnten insbesondere auch über die stark gestiegenen Gewerbesteuerumlagen (+ 9,2 % Normalumlage; + 20,7 % erhöhte Umlage) am starken Anstieg der Gewerbesteuer partizipieren.

Für die kräftige Erhöhung der Steuereinnahmen der Gemeinden war neben dem Anstieg der Einnahmen aus den gemeinschaftlichen

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen

	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Bund ¹	203 892	190 145	13 747	7,2
Länder ¹	195 116	180 457	14 659	8,1
Gemeinden	67 294	59 766	7 528	12,6
EU	22 142	21 711	431	2,0
Steuereinnahmen insgesamt	488 444	452 079	36 366	8,0

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Steuern um 8,4 % auch im Jahr 2006 die dynamische Entwicklung der Gewerbesteuer verantwortlich.

1.2 Steuereinnahmen und Steuerschätzung

Wie im Vorjahr lag das Ist-Ergebnis wieder sowohl über der Mai-Steuerschätzung als auch über der November-Steuerschätzung. Obwohl die Mai-Schätzung im November bereits um 19,4 Mrd. € nach oben korrigiert wurde, lag das Ist-Ergebnis dann nochmals um 3,6 Mrd. € über der November-Schätzung.

Zu diesem Ergebnis trugen neben den gewinnabhängigen Steuern – z.B. nicht veranlagte Steuern vom Ertrag (+ 0,8 Mrd. €), Gewerbesteuer brutto (+ 0,6 Mrd. €) und veranlagte Einkommensteuer (+ 0,4 Mrd. €) – auch die Lohnsteuer (+ 0,6 Mrd. €) und die Steuern vom Umsatz (+ 0,5 Mrd. €) bei. Die Körperschaftsteuer lag allerdings 0,3 Mrd. € unter dem in der November-Steuerschätzung prognostizierten Wert.

In der nachfolgenden Tabelle 3 werden die Einnahmeergebnisse, untergliedert nach Ebenen, den Schätzergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ gegenübergestellt.

2 Analyse der Aufkommensentwicklung bei einzelnen Steuerarten

Neben der Entwicklung der aufkommensstarken Steuerarten Lohnsteuer und Umsatzsteuer liegt ein Fokus der Darstellung auf den erstaunlichen Zuwächsen bei den Veranlagungssteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer brutto). Ein Blick auf die wichtigsten Bundessteuern zeigt neben dem steigenden Aufkommen beim Solidaritätszuschlag stagnierende Einnahmen bei Mineralölsteuer (ab August 2006: Energiesteuer) und Tabaksteuer. Abschließend werden interessante Entwicklungen bei zwei kleineren Steuern thematisiert: der Grunderwerbsteuer, die mit einer starken Zunahme aufwartete, und der Alkopopsteuer, die gerade wegen des deutlichen Aufkommensrückgangs die in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllte.

2.1 Lohnsteuer

Die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im Jahr 2006 um 3,7 Mrd. € bzw. 3,1 %. Das Lohnsteueraufkommen wird durch das Kindergeld, das seit 1996 als Steuervergütung durch Abzug von der Lohnsteuer gebucht wird, und durch die Auszahlung der Altersvorsorgezulage im Rahmen der „Riester-Rente“ gemindert. Die

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Steuerschätzung und Ist-Ergebnissen

	Schätzung in Mio. €		Ist-Ergebnis in Mio. € 2006	Differenz ggü. Schätzung in Mio. €	
	Mai 2006	Nov 2006		Mai 2006	Nov 2006
Bund ¹	193 840	202 425	203 892	10 052	1 468
Länder ¹	186 037	193 424	195 116	9 079	1 691
Gemeinden	62 873	66 804	67 294	4 421	489
EU	22 750	22 200	22 142	- 608	- 58
Steuereinnahmen insgesamt	465 499	484 853	488 444	22 945	3 591

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

Kindergeldzahlung blieb bei einer Änderung von + 0,7 % relativ konstant, wobei es im 4. Quartal 2007 zu einem leichten Rückgang kam, der sich in den ersten Monaten des Jahres 2007 fortsetzte. Der Auszahlungsbetrag der Altersvorsorgezulage erhöhte sich hingegen um 67,1 %. Dies ist neben der steigenden Zahl abgeschlossener Verträge insbesondere auf die Verdoppelung des Zulagesatzes in 2004 zurückzuführen, die sich zu einem erheblichen Teil erst in 2006 auswirkte.

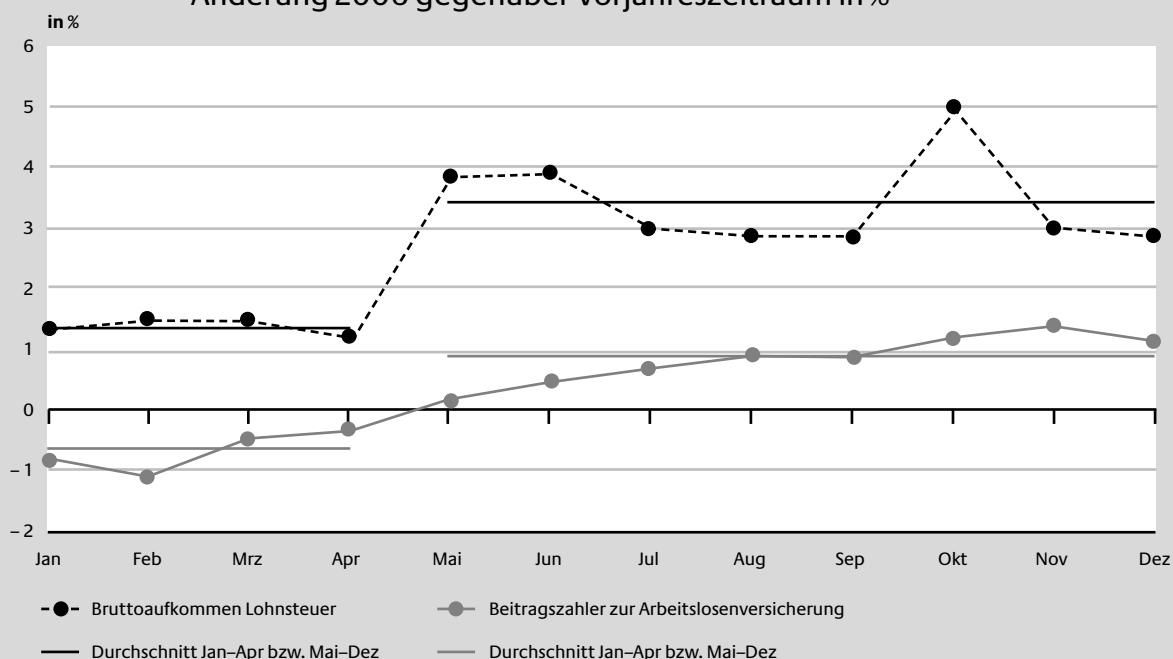
Im Jahr 2005 war das Lohnsteueraufkommen brutto aufgrund der Tarifsenkung 2005 noch um 2,9 % zurückgegangen. In den Monaten Januar bis April 2006 stieg das Brutto Lohnsteuerauf-

kommen durchschnittlich um 1,3 % an (vgl. Abbildung 1). Der Anstieg kann auf leichte Lohnsteigerungen zurückgeführt werden. Im Zeitraum Mai bis Dezember 2006 hingegen stieg das Brutto Lohnsteueraufkommen um durchschnittlich 3,3 % an. Die Entwicklung im Lohnsteueraufkommen korrespondiert mit der Entwicklung der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung. Während bis zum April 2006 die Zahl der Beitragszahler gegenüber dem Vorjahresmonat zurückging, ist ab Mai 2006 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen. Diese Zahlen zeigen, dass die gute konjunkturelle Entwicklung ab Mai 2006 auch den Arbeitsmarkt erreicht hat.

Tabelle 4: Lohnsteueraufkommen

	2006	2005	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
Bruttoaufkommen	158 055	153 915	2,7
– Kindergeld (Arbeitgeber und Familienkassen)	– 34 896	– 34 669	0,7
– Altersvorsorgezulage	– 547	– 327	67,1
Kassenaufkommen	122 612	118 919	3,1

Abbildung 1: Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung und Brutto Lohnsteueraufkommen
Änderung 2006 gegenüber Vorjahreszeitraum in %



2.2 Veranlagte Einkommensteuer

Die Kasseneinnahmen der veranlagten Einkommensteuer verbesserten sich im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um + 79,9 % bzw. + 7,8 Mrd. €. Wurde im Vorjahr der Anstieg im Bruttoaufkommen noch durch die Tarifsenkung 2005 gebremst, stiegen in diesem Jahr die Steuereinnahmen brutto, d.h. vor Abzug der Erstattungen nach § 46 EStG (Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer), der Eigenheimzulage und der Investitionszulage um 12,2 % bzw. 4,7 Mrd. € an.

Der Anstieg der Kasseneinnahmen ist jedoch nur zu einem Teil auf die Erhöhung des Bruttoauf-

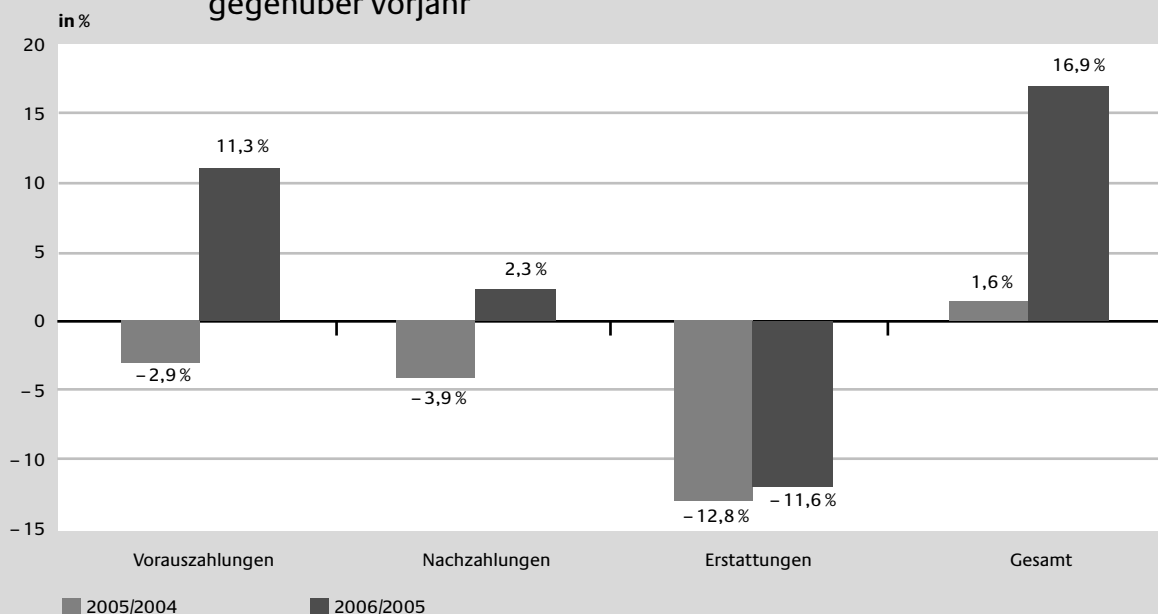
kommens zurückzuführen. Einen großen Anteil an der Erhöhung des Kassenaufkommens hatte die Verringerung der aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Abzugsbeträge: die Erstattungen nach § 46 EStG waren um 2,0 Mrd. € niedriger. Die Auszahlungsbeträge an Investitionszulagen waren um 0,2 Mrd. € niedriger und die Eigenheimzulage sank aufgrund des Wegfalls der Eigenheimförderung ab 2006 um 0,9 Mrd. €.

Einen detaillierteren Einblick in die Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer gewährt die Zahlungsstrukturstatistik. Sie gliedert das Kassenaufkommen in Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen. Für die Jahre 2004 bis 2006 liegen die Zahlen von sechs Bundesländern,

Tabelle 5: Veranlagte Einkommensteuer

	2006	2005	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
Bruttoaufkommen	43 305	38 589	12,2
– Erstattungen gem. § 46 EStG	– 15 979	– 17 940	–10,9
– Eigenheimzulage	– 9 314	– 10 246	– 9,1
– Investitionszulage	– 446	– 638	–30,1
Kassenaufkommen	17 566	9 765	79,9

Abbildung 2: Veranlagte Einkommensteuer brutto 2005 und 2006
Änderung von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen gegenüber Vorjahr



die zusammen rund 75 % des Bruttoaufkommens an veranlagter Einkommensteuer erbringen, vor.¹

Verzeichneten die Vorauszahlungen in 2005 im Ergebnis der Tarifsenkung 2005 noch einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr, ist im Jahr 2006 ein Wachstum um 11,3 % festzustellen (Abbildung 2, siehe S. 55). Die Vorauszahlungen wurden infolge höherer Einkünfteerwartungen (vor allem: Gewinnerwartungen) nach oben angepasst. Die Anpassung der Vorauszahlungen läuft der sehr guten Gewinnentwicklung hinterher. Dies führt um ein bis zwei Jahre zeitversetzt zu einer Erhöhung der Nachzahlungen und einem Rückgang der Erstattungen. Während die Nachzahlungen nach einem geringen Rückgang im Vorjahr in 2006 wieder leicht ansteigen, kam es bei den Erstattungen sowohl in 2005 als auch in 2006 zu einem erheblichen Rückgang von 12,8 % bzw. 11,6 %.

Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Tarifsenkung 2005 weisen die Daten der Zahlungsstrukturstatistik daher auf erheblich gestiegene Gewinn- und Vermögenseinkünfte sowohl im Jahr 2005 als auch im Jahr 2006 hin.

2.3 Körperschaftsteuer

Das Bruttoaufkommen der Körperschaftsteuer war – wie die nachstehende Tabelle 6 zeigt – im Jahr 2005 um 5,9 Mrd. € höher als im Vorjahr. Die Investitionszulage zur Körperschaftsteuer nahm im Vorjahresvergleich um 0,7 Mrd. € ab. Die Kasseneinnahmen stiegen somit um 6,6 Mrd. € bzw. 40,2 %.

Für die Jahre 2005 bis 2006 liegen auch für die Körperschaftsteuer Daten der Zahlungsstrukturstatistik von sechs Bundesländern, die ca. 70 %

¹ Die Zahlungsstrukturstatistik für die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer liegt seit 1998 für sechs Bundesländer (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) vor.

Abbildung 3: Körperschaftsteuer 2006

Änderung von Vorauszahlungen, Nachzahlungen und Erstattungen gegenüber Vorjahr

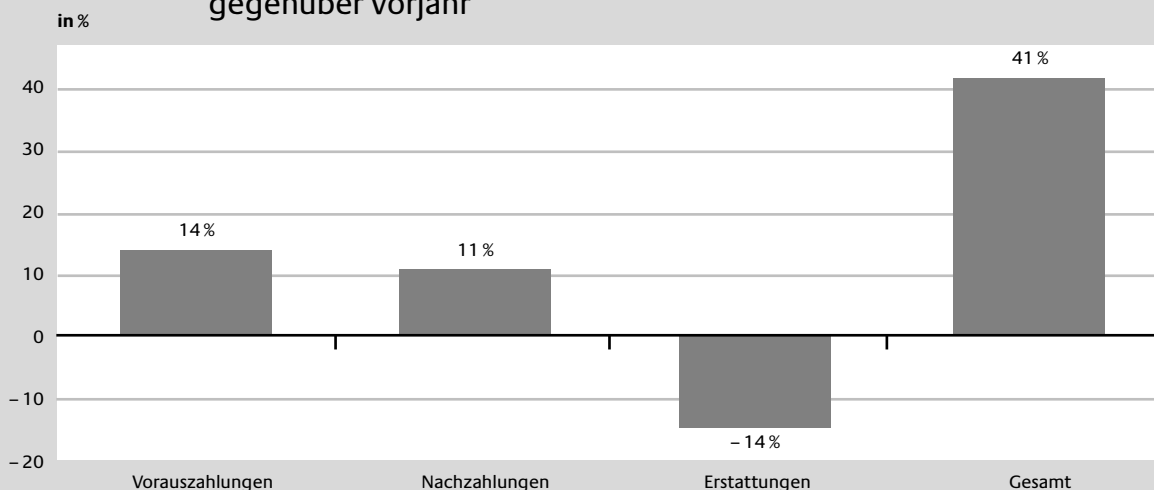


Tabelle 6: Körperschaftsteuer

	2006	2005	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
Bruttoaufkommen	23 676	17 802	33,0
– Investitionszulage	– 778	– 1 470	– 47,0
Kassenaufkommen	22 898	16 333	40,2

des Körperschaftsteueraufkommens erbringen, vor. Die Dynamik der Vorauszahlungen hielt im Jahr 2006 mit + 14 % gegenüber dem Vorjahr (2005: + 13 %) an. Dies weist zusammen mit dem Anstieg der Nachzahlungen um 11 % und dem Rückgang der Erstattungen um 14 % auf eine fort-dauernd günstige Entwicklung der Unternehmensgewinne in 2006 hin.

2.4 Gewerbesteuer

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer beliefen sich im Jahr 2006 auf 38,4 Mrd. €. Das waren 6,2 Mrd. € bzw. 19,4 % mehr als im Vorjahr. In der Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens

zeichnet sich eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung seit dem Jahr 2002 ab. Das Jahr 2006 ist das dritte Rekordjahr in Folge (Abbildung 4).

2.5 Solidaritätszuschlag

Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag stiegen im Jahr 2006 um 9,3 % über den Vorjahreswert. Ursache hierfür ist die günstige Entwicklung bei allen Bemessungsgrundlagen des Solidaritätszuschlags (Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag und Zinsabschlag).

Abbildung 4: Entwicklung der Gewerbesteuer brutto

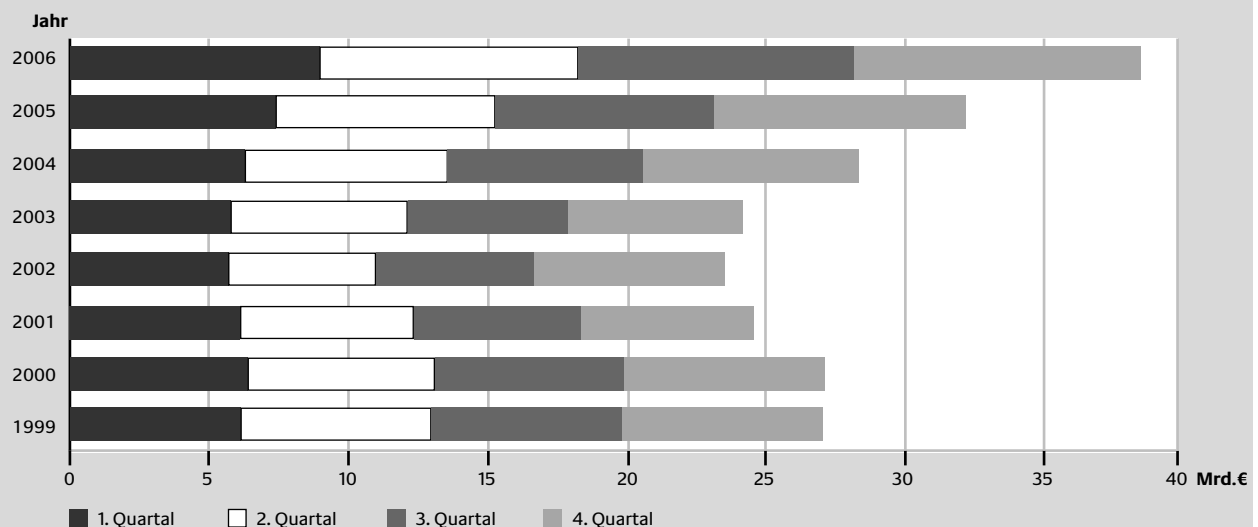


Tabelle 7: Solidaritätszuschlag

	2006	2005	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €		
– zur Lohnsteuer	7 676	7 455	3,0
– zur veranlagten Einkommensteuer	1 281	935	37,1
– zum Zinsabschlag	421	396	6,3
– zu den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag	606	481	26,0
– zur Körperschaftsteuer	1 292	1 049	23,3
Solidaritätszuschlag insgesamt	11 277	10 315	9,3

2.6 Steuern vom Umsatz

Die verbesserte wirtschaftliche Lage schlug auch auf die inländische Nachfrage durch. Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz wuchs im Jahr 2006 um 5,0 % auf 146,7 Mrd. €. Die beiden Teilaggregate der Steuern vom Umsatz – die Umsatzsteuer und die Einfuhrumsatzsteuer – entwickelten sich hierbei uneinheitlich. Das Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer erhöhte sich aufgrund gestiegener Rohstoffpreise und konjunkturell bedingter höherer Einfuhren gegenüber dem Vorjahr um 13,1 %. Der Zuwachs beim Aufkommen der Umsatzsteuer war aufgrund des Vorsteuerabzugs der Einfuhrumsatzsteuer mit +2,7 % geringer als der Anstieg bei den Steuern vom Umsatz (Abbildung 5).

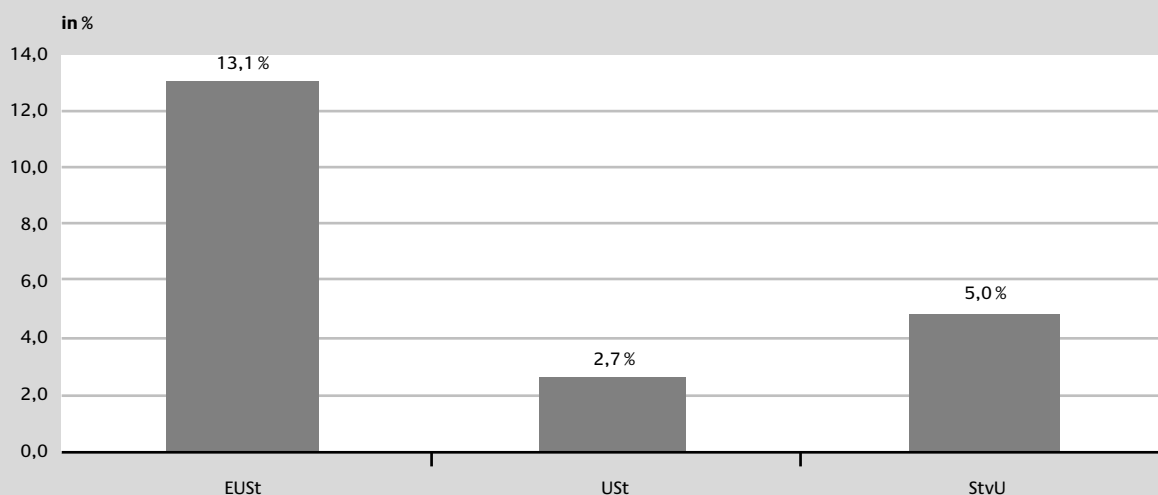
2.7 Mineralölsteuer (ab August 2006: Energiesteuer)

Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer betrugen im Jahr 2005 rd. 39,9 Mrd. € und lagen damit um 0,5 % unter dem Vorjahreswert. Knapp 88 % der Mineralölsteuereinnahmen stammten dabei aus der Besteuerung von Kraftstoffen (Leichtöl, Diesel und Biokraftstoffen), gut 7 % aus der Besteuerung von Erdgas und 5 % aus der Besteue-

rung von Heizöl, Flüssiggas und Kohle. Mit dem Gesetz zur Neuordnung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes wurden weitere Energieträger in die Bemessungsgrundlage der nunmehr zur Energiesteuer umbenannten Mineralölsteuer einbezogen. Dies betraf insbesondere Biokraftstoffe und Kohle. Das Steueraufkommen aus den neu einbezogenen Energieträgern ist allerdings mit 0,2 % in 2006 verhältnismäßig gering.

Das Aufkommen der Mineralölsteuer wird von den Rohstoffpreisen und der Steuerbelastung des Verbrauchs beeinflusst. Abbildung 6 (siehe S. 59) zeigt für den Zeitraum 1995 bis 2006 die Preisentwicklung für Superbenzin und die Entwicklung von Verbrauch und Steuersoll von Leichtöl. In den Jahren bis 1998 waren der Preis von Superbenzin sowie Verbrauch und Steuersoll von Leichtöl relativ konstant. In den Jahren von 1999 bis 2003 kam es zu einer Reihe von Steuersatzerhöhungen, die zu einer Verteuerung des Superbenzins führten. Der Verbrauch sank und dämpfte den aus der Steuersatzerhöhung resultierenden Anstieg des Steueraufkommens. In den Jahren ab 2003 wurde der weitere Preisanstieg des Superbenzins vor allem durch die Rohstoffpreise angetrieben. Der daraufhin weiter sinkende Verbrauch schlug sich nunmehr

Abbildung 5: Entwicklung von Einfuhrumsatzsteuer (EUST), Umsatzsteuer (USt) und Steuern vom Umsatz (StvU) 2006
in % gegenüber Vorjahr



auch in einem sinkenden Steueraufkommen nieder. Der sinkende Verbrauch von Leichtöl war vor allem mit einer Substitution von Benzin-Pkw durch Diesel-Pkw verbunden.

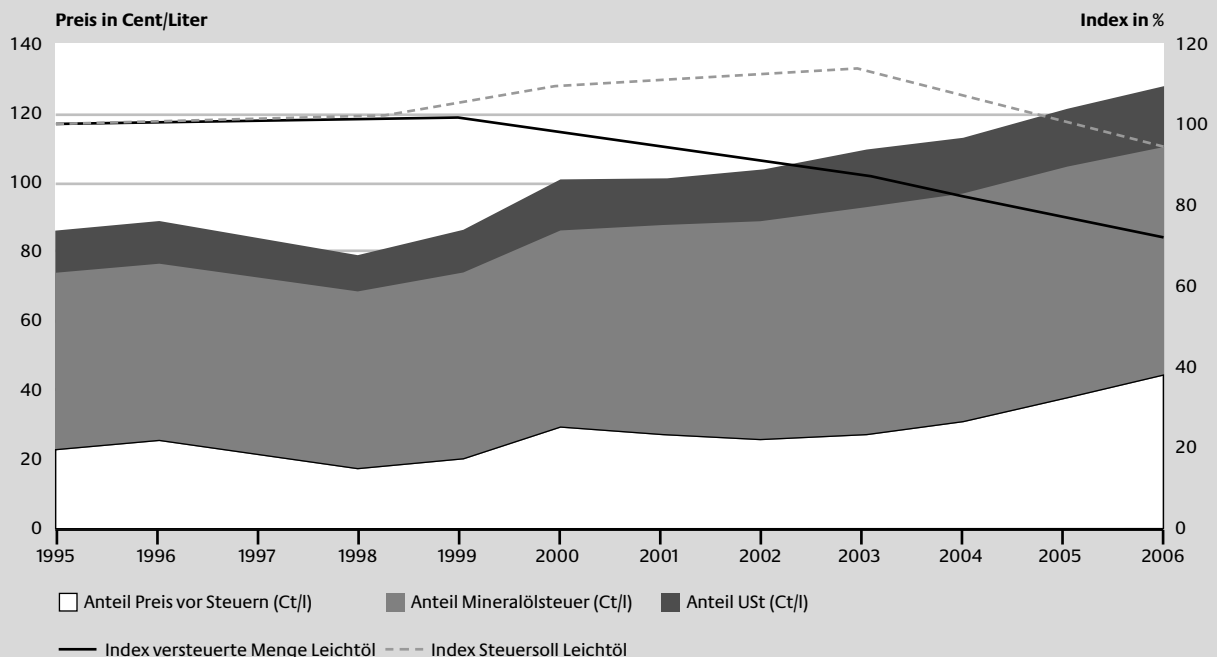
2.8 Tabaksteuer

Die Einnahmen aus der Tabaksteuer betrugen im Jahr 2006 14,4 Mrd. € und lagen damit um 0,8 % höher als im Vorjahr. Der Anteil der Zigaretten belief sich auf ca. 90 %, Feinschnitt auf 9 % und Sonstige auf 1 % des Steueraufkommens.

Die Entwicklung des Konsums von versteuerten Zigaretten und des darauf entfallenden Anteils des Tabaksteueraufkommens zeigte in den letzten Jahren erhebliche Anpassungsreaktionen der Konsumenten auf die gestiegenen Steuerbelastungen von Zigaretten. Während in den Jahren von 1991 bis 2000 die im Durchschnitt auf eine Zigarette entfallende Steuer relativ konstant blieb, stieg sie seit dem Jahr 2001 kontinuierlich von 8 Cent/Stück im Jahr 2001 auf 13,8 Cent/

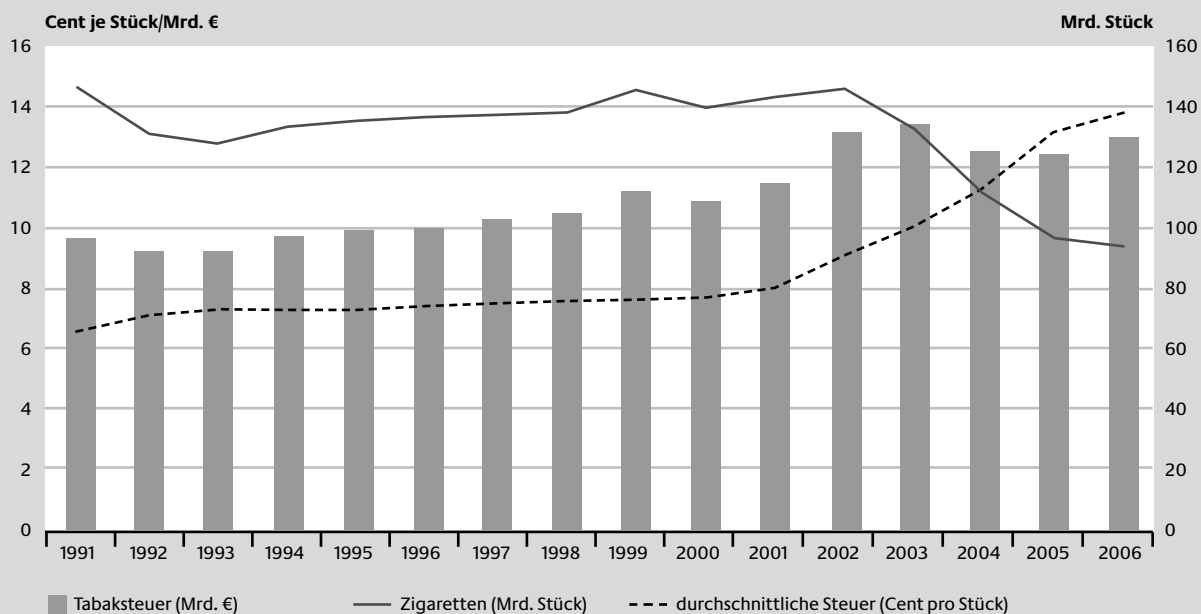
Stück im Jahr 2006 um 72 % an (vgl. Abbildung 7, siehe S. 60). Der Verbrauch von versteuerten Zigaretten sank im gleichen Zeitraum um 34 %. Im Jahr 2002 wurde die Erhöhung des Steuersatzes pro Zigarette noch voll aufkommenswirksam (+ 16 %). In den Jahren 2003 bis 2005 hingegen reagierten die Verbraucher mit einer Einschränkung des Verbrauchs von versteuerten Zigaretten. Im Jahr 2006 stieg das Tabaksteueraufkommen auf Zigaretten erstmals wieder trotz weiter gestiegener Steuerbelastung deutlich um 5 % an. Dies ist unter anderem auf die Änderung der Besteuerung der Feinschnittzigaretten zurückzuführen, die nunmehr wie Fertigzigaretten besteuert wurden. Der Wegfall des Steuervorteils wird viele Verbraucher, die in den letzten Jahren auf Feinschnittzigaretten ausgewichen waren, wieder zum Konsum von Fertigzigaretten geführt haben.

Abbildung 6: Zusammensetzung und Entwicklung des Preises von Superbenzin 1995 bis 2006 und indizierte Entwicklung des Verbrauchs und des Steuersolls von Leichtöl (Basis : 1995 = 100)



Quelle: Preis vor Steuern; Mineralölsteuer und USt-Belastung: Mineralölwirtschaftsverband; versteuerte Menge Leichtöl und Steuersoll: Statistisches Bundesamt.

Abbildung 7: Entwicklung der Tabaksteueraufkommen, Absatz von versteuerten Zigaretten und durchschnittlicher Steuer pro Zigarette 1991 bis 2006



2.9 Grunderwerbsteuer

Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer beliefen sich im Jahr 2006 auf 6,1 Mrd. € und lagen damit um 27,9 % höher als im Vorjahr. Die Ursachen für den starken Anstieg des Grunderwerbsteueraufkommen im letzten Quartal 2005 und im 1. Quartal 2006 lagen zu einem wesentlichen Teil in der Abschaffung der Eigenheimzulage im Jahr 2006. Hierdurch kam es Ende 2005 zu vermehrten Grundstückskäufen zur Sicherung der Eigenheimzulage. Das anhaltend hohe Niveau im weiteren Verlauf des Jahres 2006 kann auf Verkäufe von städtischem Wohnungseigentum an private Investoren und einen erhöhten Umsatz von Gewerbeimmobilien auf Grund der guten Konjunkturlage zurückgeführt werden (vgl. Abbildung 8, S. 61).

2.10 Alkopopsteuer

Die Alkopopsteuer war mit dem Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums vom 23. Juli 2004 eingeführt worden, um den Konsum von alkoholhaltigen Softdrinks, der unter Jugendlichen sehr beliebt war, zu verteuern. Das Aufkommen der Alkopopsteuer ging von 9,6 Mio. € im Jahr 2005 auf 6,0 Mio. € im Jahr 2006 zurück. Der Rückgang der Einnahmen, der sich im 1. Quartal 2007 weiter fortsetzte, ist ein Anzeichen für den Erfolg der Steuer (vgl. Abbildung 9, S. 61).

Abbildung 8: Entwicklung der Grunderwerbsteuer in den Jahren 2005 und 2006

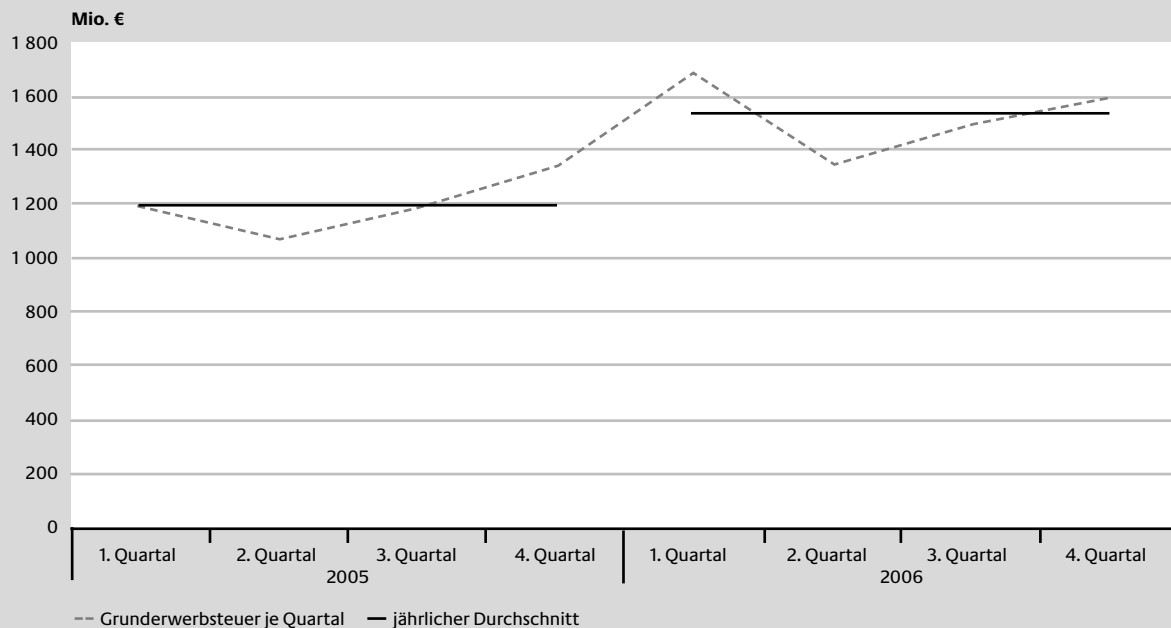
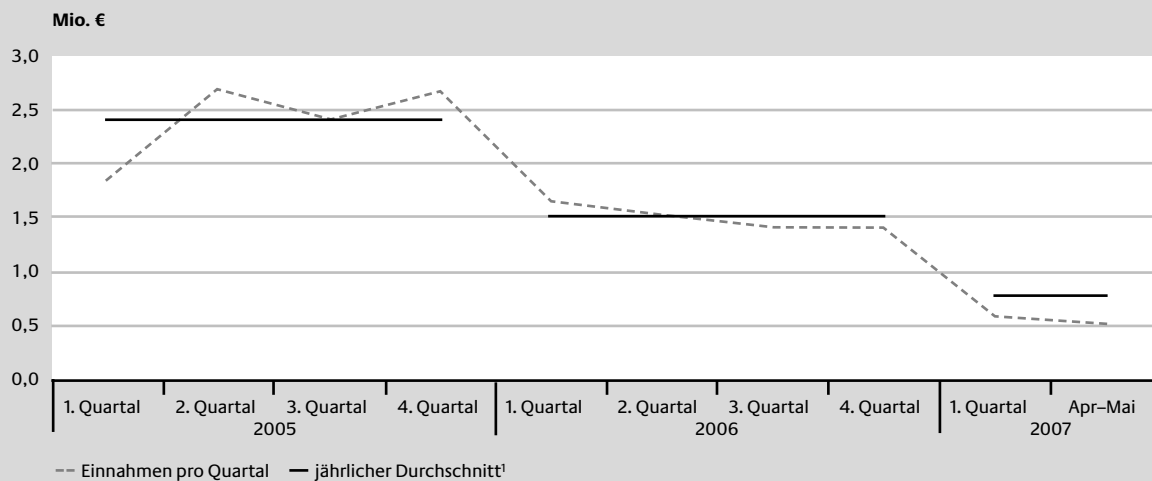


Abbildung 9: Entwicklung der Alkopopsteuer



¹ Jährlicher Durchschnitt 2007 auf Basis des Schätzwerts der Steuerschätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2007.

3 Fazit

Das Wachstum der Steuereinnahmen insgesamt setzte sich im Jahr 2006 fort und übertraf auch die Erwartungen der Steuerschätzung vom November 2006 nochmals deutlich. Während sich beim Aufkommen der gewinnabhängigen Steuern die positive Entwicklung des Vorjahres auch in 2006 fortsetzte, zeigte die Entwicklung von Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz, dass

der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland an Stabilität gewonnen hat und sich zunehmend auf eine erhöhte Binnennachfrage stützt. Das nominale Bruttoinlandsprodukt wuchs in 2006 um 3 % (in 2005 + 1,5 %).

Die Verbrauchsteuern hingegen stagnierten weitestgehend. So wirkten sich die hohen Energiepreise dämpfend auf das Aufkommen von Mineralöl-/Energiesteuer und Stromsteuer aus.



Bericht zur Konferenz „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ am 24. Mai 2007 im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

1	Einleitung	63
2	Fachbeiträge	64
2.1	Jan-Host Schmidt (Europäische Kommission)	64
2.2	Prof. Clemens Fuest (Universität Köln und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF)	64
2.3	Prof. Kai Konrad (WZB und Freie Universität Berlin)	64
2.4	Prof. Michael Keen (Internationaler Währungsfonds und Universität Essex)	65
2.5	Prof. Birch Sørensen (Universität Kopenhagen)	65
3	Abschluss der Veranstaltung	66
4	Fazit	66

- Mit der Konferenz erfolgte eine Vertiefung des Schwerpunktthemas „Qualität der öffentlichen Finanzen“ der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.
- Hierzu wurden verschiedene Ansätze zur Fortentwicklung der nationalen Steuersysteme unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten untersucht.
- Wünschenswert wären wettbewerbsfähige, wachstumsfreundliche und gerechte Abgabensysteme, die gleichzeitig durch verlässliche Einnahmen die Handlungsfähigkeit der Staaten sicherstellen.

1 Einleitung

Am 24. Mai 2007 fand im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft eine hochrangig besetzte Steuerkonferenz zum Thema „Gesucht: Das Steuersystem der Zukunft“ in den Räumlichkeiten des BMF in Berlin statt. Diese Veranstaltung wurde vom BMF in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) ausgerichtet.

Durch diese Konferenz wurde erneut das Thema „Qualität der öffentlichen Finanzen“ – ein Arbeitsschwerpunkt der laufenden deutschen EU-Präsidentschaft – aufgegriffen. Während diese Thematik sonst zumeist vor allem ausgabenseitig diskutiert wird, standen bei der Konferenz Einnahmeaspekte im Mittelpunkt. Ziel war eine umfassende Analyse sowohl der Handlungszwänge als auch der bestehenden Handlungsmöglichkeiten. Hierzu diskutierten

Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien die verschiedensten steuerpolitischen Optionen.

Eröffnet wurde die Konferenz durch die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium der Finanzen, Frau Dr. Barbara Hendricks, die die Fragestellung aufwühlte, Kriterien sowie Herausforderungen an zukunfts-sichere Steuersysteme benannte und die Effekte eines zwischenstaatlichen Wettbewerbs der Systeme hinterfragte. Nötig seien wettbewerbsfähige, aber auch wachstumsfreundliche und gerechte Abgabensysteme, die gleichzeitig verlässliche Einnahmen generieren. Einen wichtigen Beitrag hierzu liefere auch die gerade beschlossene Unternehmensteuerreform, die den Standort Deutschland für ausländische Investitionen attraktiver mache, aber auch eine Ausnutzung des Staates durch unternehmerische Steuerminimierung – insbesondere in Form von Gewinnverlagerungen – reduziere.

2 Fachbeiträge

2.1 Jan-Host Schmidt (Europäische Kommission)

Aktuelle Entwicklungen wurden im ersten Fachbeitrag durch Jan-Host Schmidt (Europäische Kommission) beleuchtet. Hierbei zeigte sich insbesondere, dass – trotz im Einzelfall unterschiedlicher nationaler Ausgangspositionen – mehr oder weniger alle EU-Staaten vor ähnlichen Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung ihrer nationalen Steuersysteme stehen. Insbesondere ist nicht nur die durchschnittliche europäische Steuer- und Sozialabgabenbelastung trotz eines merklichen Rückgangs in den letzten 1 ½ Jahrzehnten mit knapp unter 40 % immer noch recht hoch, sondern es weisen auch alle 27 EU-Mitgliedstaaten – trotz beträchtlicher Unterschiede im Einzelnen (2005: Spitzenreiter Schweden und Dänemark mit über 50 %, unteres Ende Litauen und Rumänien mit unter 30 %) – höhere Steuer- und Abgabenbelastungen als die USA oder Japan (ca. 28 %) auf. Bei den Reformmöglichkeiten seien insbesondere zwei Trends zu beobachten: Versuche, eine beschäftigungsfreundlichere Besteuerung des Faktors Arbeit zu erreichen, und Steuersatzsenkungen bei gleichzeitiger Ausweitung der Bemessungsgrundlage. Außerdem erhöhten zukünftige Herausforderungen und Handlungsbeschränkungen den Druck zur Schaffung eines robusten, effizienten Steuersystems. Als mögliche „alternative Steuerbasen“ böten sich grundsätzlich Umweltsteuern (Pigou-Besteuerung), die Besteuerung immobiler Steuerbasen und eine stärkere Gewichtung von Verbrauchsteuern an.



2.2 Prof. Clemens Fuest (Universität Köln und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF)

Im Anschluss setzte sich Prof. Clemens Fuest (Universität Köln und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF) mit dem Vergleich von ertragsabhängigen und ertragsunabhängigen Steuern auseinander. Einerseits habe sowohl im OECD- als auch EU-15-Durchschnitt die Bedeutung der ertragsunabhängigen Steuern in den letzten Jahrzehnten abgenommen; lediglich in einigen Ländern (z. B. Frankreich) sei dies anders. Andererseits könnten aber auch Steuern auf Unternehmensgewinne in ihrer Ertragsabhängigkeit variieren (v. a. durch verschlechterte Abschreibungsbedingungen, Einschränkungen beim Verlustausgleich oder bei der Abzugsfähigkeit von Finanzierungskosten). Das Ziel einer Verstetigung des Steueraufkommens durch ertragsunabhängige Besteuerung bewirke eine höhere Belastung von Unternehmen im Konjunkturabschwung. Prof. Fuest prophezeite, dass angesichts internationaler Mobilität von Bemessungsgrundlagen der Ausbau spezifischer ertragsunabhängiger Besteuerungselemente tendenziell weitergehen werde.

2.3 Prof. Kai Konrad (WZB und Freie Universität Berlin)

Prof. Kai Konrad (WZB und Freie Universität Berlin) beleuchtete die fiskalische Wettbewerbsfähigkeit von Nationalstaaten. Zunehmende innereuropäische Grenzdurchlässigkeit und weitgehend homogene Märkte bewirkten einen stärkeren Wettbewerb. Aus der Analogie zwischen den Problemen von Unternehmen im Preiswettbewerb und den Staaten im Steuerwettbewerb ließen sich vier Strategien ableiten: 1. Meidung von Wettbewerb durch nationale Alleinstellungsmerkmale, 2. Vermeidung von Wettbewerb durch nationale Markenbildung, 3. Standortwerbung und 4. Kundenbindung durch Schaffung einer Art patriotischer Bindung. Besondere Bedeutung komme dabei einer stärkeren Ausdifferenzierung und Speziali-

sierung der Länder zu, da diese nicht nur den Wettbewerb entschärfe, sondern auch allen heterogenen, mobilen Wirtschaftsteilnehmern Vorteile böte.

2.4 Prof. Michael Keen (Internationaler Währungsfonds und Universität Essex)

Die Zukunft der indirekten Besteuerung untersuchte Prof. Michael Keen (Internationaler Währungsfonds und Universität Essex) in seinem Vortrag. Auch wenn eine einheitliche Umsatzbesteuerung in ihrer ökonomischen Belastungswirkung äquivalent zu einer Steuer auf Einkommen und sämtliche Vermögenswerte sei, scheine diese solchen umfassenden Einkommensteuern dennoch überlegen zu sein; insbesondere weil sie angesichts des demografischen Wandels zu mehr Generationengerechtigkeit beitragen könne und weniger Verwaltungsaufwand berge. Darüber hinaus wirke sie vergleichsweise wachstumsfreundlich und führe zu geringeren Verzerrungen als die Einkommensbesteuerung und insbesondere die Besteuerung von Kapitaleinkommen. Daher werde die Bedeutung der Umsatzsteuern in Zukunft zunehmen, wobei die herkömmlichen Systeme allerdings einer gewissen Überarbeitung bedürften. Um eine generelle Umsatzbesteuerung zu erreichen, wäre die Schaffung eines einheitlichen Satzes und die Abschaffung von Ausnahmen nötig. Skeptisch äußerte sich Prof. Keen hingegen zur These einer „doppelten Dividende“ von speziellen Verbrauchsteuern, da die Verbrauchlenkung zur Eindämmung externer Effekte bei gleichzeitiger, verlässlicher Einnahmenerzielung schwierig erscheine.

2.5 Prof. Birch Sørensen (Universität Kopenhagen)

Den Abschluss der Vortragsreihe markierte Prof. Birch Sørensen (Universität Kopenhagen) mit seinem Beitrag zu möglicher Reformoptionen. Vor dem Hintergrund des internationalen Steuerwettbewerbs ging er auf die Unternehmensteuern ein, bei denen es einen starken Druck auf die

Steuersätze gebe. Da eine Harmonisierung auf EU-Ebene nicht absehbar sei, sehe er zwei alternative Optionen: Comprehensive Business Income Tax (CBIT), d.h. die komplette Abschaffung der Abzugsfähigkeit für Zinsausgaben bei gleichzeitiger Reduzierung des Unternehmensteuersatzes, oder Allowance for Corporate Equity (ACE), d.h. eine zinsbereinigte Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Beide Ansätze könnten sowohl die Finanzierungsneutralität sicherstellen als auch die Verlagerung von Buchgewinnen vermeiden. Vor allem die geringeren Übergangsprobleme in Form von nur allmählich auftretenden Aufkommensverlusten sprächen aber für ACE; ein Konzept, das auch für Deutschland geeignet erscheine. Hinsichtlich der persönlichen Einkommensteuer sprach sich Prof. Sørensen für eine duale Einkommensteuer aus.

3 Abschluss der Veranstaltung

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Panel, an dem neben Prof. Clemens Fuest, Heike Göbel (Frankfurter Allgemeine Zeitung) und Ernst Gröbel (Vorstandsmitglied von KPMG) von Seiten der Politik Dr. Michael Meister (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU) und Joachim Poß (Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD) teilnahmen. In der lebhaften Diskussion wurden sowohl grundsätzliche steuersystematische Aspekte als auch Fragen des Steuerwettbewerbs und der Steuerharmonisierung erörtert. Die Diskussionsteilnehmer waren mehrheitlich der Meinung, dass ein einfaches Steuersystem von Vorteil sei, da dieses die Akzeptanz bei den Bürgern erhöhe und die Befolgungskosten senke. Wie ein solches einfaches Steuersystem allerdings konkret aussehen solle oder wie es zu erreichen sei, war umstritten. Diskutiert wurde aber auch, ob man tatsächlich einer komplexen Welt durch einfache Regeln gerecht werden könne. Auch bezüglich der zukünftigen Gewichtung von indirekten Steuern und bezüglich des gewünschten Grades an EU-weiter Steuerharmonisierung herrschte Uneinigkeit.

4 Fazit

Während der Konferenz wurde die Entwicklung von Steuersystemen im Wettbewerb jenseits tagespolitischer Entscheidungen diskutiert. Das eine, für alle Staaten passende Abgabensystem der Zukunft wurde nicht gefunden. Trotz ähnlicher Herausforderungen für die Mitgliedstaaten der EU sind unterschiedliche Reaktionen möglich.

Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Neuer Schwung und wirtschaftliche Dynamik

1	Vorbemerkung	67
2	Fortschritte bei der europäischen Integration	68
2.1	Finanzierung der EU	68
2.2	Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik	68
2.3	Finanzdienstleistungen	68
2.4	Steuern	69
2.5	Zoll	69
3	Deutsche Interessen	70
4	Resonanz bei anderen EU-Akteuren	71

- Trotz der zu Beginn des Jahres eher ungünstigen politischen Ausgangsbedingungen in Europa hat die deutsche EU-Präsidentschaft auch und gerade im finanzpolitischen Bereich eine positive Bilanz aufzuweisen.
- Hervorzuheben sind die Einigung über die Finanzierung der EU bis zum Jahr 2013, die Arbeiten zur Qualität der öffentlichen Finanzen und zur Transparenz von Hedge-Fonds sowie die Verabschiedung der europäischen Zahlungsdienste-Richtlinie.
- Im Bereich der Steuern haben Interessensunterschiede und institutionelle Rahmenbedingungen substanzielle Schritte, z. B. in Form des sogenannten Mehrwertsteuerpakets, erschwert.

1 Vorbemerkung

Blickt man ein gutes halbes Jahr zurück auf die politischen Ausgangsbedingungen der deutschen EU-Präsidentschaft, so stand diese unter eher ungünstigen Vorzeichen: In Frankreich herrschte bis zum 6. Mai 2007 Ungewissheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahl und die Politik in Großbritannien stand weitgehend unter dem Einfluss des anstehenden Wechsels des Premierministers. Zu dem vielfach befürchteten Stillstand ist es dennoch nicht gekommen. Überdies hat der wirtschaftliche Aufschwung, der in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar war, die deutsche Präsidentschaft ohne Zweifel beflügelt: Deutschland hat die so lange geforderte Rolle als europäische Wachstumslokomotive wieder übernommen und ist als glaubwürdiger

Reformmotor, aber auch als Vorbild für seine europäischen Partner aufgetreten.

Gemessen an den Indikatoren „Fortschritte bei der europäischen Integration“, „Deutsche Interessen“ sowie „Resonanz bei anderen EU-Akteuren“ hat die deutsche Präsidentschaft auch und gerade im finanzpolitischen Bereich eine positive Bilanz aufzuweisen.

2 Fortschritte bei der europäischen Integration

2.1 Finanzierung der EU

In Bezug auf die Finanzierung der EU hat die deutsche Präsidentschaft mit der Verabschiedung des Eigenmittelbeschlusses wesentlich zum europäischen Zusammenhalt beigetragen. Die Überwindung der bis dato bestehenden Blockade hat einen in seiner Dimension nicht zu unterschätzenden Schaden von der EU abgewendet, stand damit doch die Glaubwürdigkeit der Finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 – im Dezember 2005 vom Europäischen Rat verabschiedet – auf dem Spiel.

2.2 Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik

Im Hinblick auf den Euroraum wurden unter deutscher Präsidentschaft in doppelter Hinsicht Fortschritte erreicht: Zum einen wurden die Grundlagen für eine Erweiterung des Euroraums um zwei weitere Mitglieder, Malta und Zypern, gelegt. Zum anderen hat sich der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt bewährt. So konnten mit Frankreich, Griechenland, Malta und nicht zuletzt Deutschland vier Staaten aus Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits entlassen werden. Über diese „greifbaren“ Erfolge hinaus durchzog die Forderung, die gute wirtschaftliche Lage zur weiteren Haushaltskonsolidierung zu nutzen, die Debatten des Rates der europäischen Finanzminister – kurz: ECOFIN – wie ein roter Faden. Der Rat hat dies auch als zentrale Botschaft in seinem Beitrag für den Frühjahrsgipfel der Staats- und Regierungschefs formuliert. Am Rande des Informellen ECOFIN im April verständigte sich die Eurogruppe darauf, dass die Mitgliedstaaten ihre mittelfristigen Haushaltsziele, d.h. einen nahezu ausgeglichenen oder einen Überschuss aufweisenden Haushalt, für das Jahr 2010 anstreben. Vor dem Hintergrund der aktuell sehr günstigen wirtschaftlichen Entwicklung soll die Haushaltskonsolidierung entschieden fortgesetzt und sol-

len Steuermehreinnahmen zum Defizit- und Schuldenabbau verwendet werden.

Mit der gestrafften, im Wesentlichen auf zwei ECOFIN-Termine konzentrierten Beratung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der 27 Mitgliedstaaten ist es der deutschen EU-Präsidentschaft gelungen, den Fokus der finanzpolitischen Debatten verstärkt auf die Erörterung übergreifender, horizontaler Aspekte zu legen. Perspektivisch wird dadurch Spielraum für eine weniger technokratische, wieder stärker auf politische Aspekte ausgerichtete Diskussionskultur des ECOFIN gewonnen.

Unter deutschem Vorsitz wurden im Rahmen der Debatte über die Qualität der öffentlichen Finanzen in wichtigen Aspekten Zwischenbilanzen gezogen und zugleich Reformoptionen gezeigt. Dabei wurde sowohl die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte unter dem Aspekt einer demografie- und globalisierungsfesten Finanzierungsbasis als auch die Ausgabenseite im Hinblick auf eine Verbesserung der Ergebnisorientierung des staatlichen Handelns in den Blick genommen. Zudem wurde in diesem Zusammenhang der von Großbritannien und Schweden entwickelte Ansatz der „sozialen Brücken“ weiterverfolgt. Dieser Ansatz plädiert dafür, dass Politik und Staat den Menschen gezielt „soziale Brücken“ bauen sollen, um durch bessere Bildung ihre Beschäftigungschancen zu erhöhen und um ihre Aufstiegsmobilität zu fördern, was letztendlich auch die wirtschaftlichen Wachstumschancen nachhaltig verbessert.

Im Frühjahr hat der ECOFIN erstmals seit der 2005 erfolgten Neuausrichtung der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung konkrete finanz- und wirtschaftspolitische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und den Euroraum gerichtet. Die Empfehlungen werden zentrale Richtschnur für die weitere Modernisierung unserer Volkswirtschaften sein.

2.3 Finanzdienstleistungen

Als besonderer Erfolg ist die Verabschiedung der europäischen Zahlungsdienste-Richtlinie zu werten. Der einheitliche europäische Zahlungsraum ist eine greifbare Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger, da hiermit ein kosten-

effizienter innereuropäischer Zahlungsverkehr geschaffen wird.

Einen weiteren Schritt zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit stellt die vom ECOFIN am 27. März 2007 beschlossene sogenannte Beteiligungs-Richtlinie dar, in der es um Regeln für die aufsichtliche Beurteilung des Erwerbs von Beteiligungen im Finanzsektor geht. Das von den europäischen Aufsichtsbehörden durchgeführte Genehmigungsverfahren wird inhaltlich und zeitlich gestrafft sowie transparenter und bietet damit mehr Rechtssicherheit.

Zum Thema „Hedge Fonds“ hat die deutsche Präsidentschaft eine intensive Debatte angestoßen, die auf eine Stärkung des Problembewusstseins sowohl der staatlichen Akteure als auch der Marktteilnehmer zielt. Die EU-Finanzminister sind dabei in der Problemanalyse und hinsichtlich eventueller Reaktionsmöglichkeiten einig. Auch wenn im Ergebnis Konsens darüber erzielt wurde, dass gegenwärtig kein Bedarf für eine weitergehende staatliche Regulierung besteht, wurde doch der Impuls für eine intensivere Beobachtung der möglichen systemischen Risiken für die Finanzmärkte durch Hedge Fonds und für eine mögliche Selbstregulierung der Industrie mit dem Ziel verstärkter Transparenz gegeben.



2.4 Steuern

Im Bereich der Steuern erschweren Interessensunterschiede und institutionelle Rahmenbedingungen wie das durchgängig zur Anwendung kommende Einstimmigkeitsprinzip substanzielle Fortschritte. Erfolge sind hier nur mühsam zu erzielen. Davon ausgehend ist es als sehr positiv zu bewerten, dass es dem deutschen Vorsitz gelungen ist, zu den wesentlichen Elementen des sogenannten Mehrwertsteuerpakets (u.a. Übergang zum Bestimmungsland-

prinzip bei der Besteuerung grenzüberschreitender Dienstleistungen) eine politische Einigung zu erzielen. Die noch offenen Punkte – insbesondere die Weigerung Luxemburgs zum Übergang auf das Bestimmungslandprinzip bei der Besteuerung von Telekom-, Rundfunk- und Fernseh- sowie elektronischen Dienstleistungen an Private – werden von der portugiesischen Präsidentschaft zu klären sein, so dass das Mehrwertsteuerpaket bis Ende 2007 formal verabschiedet werden kann.

Zur Bekämpfung des Steuerbetrugs wurden zielführende Schritte vereinbart. Im Bereich der konventionellen Maßnahmen wurde die EU-Kommission aufgefordert, für vier konkrete Bereiche bis Ende 2007 Rechtsetzungsvorschläge vorzulegen, damit der Rat diese bis Ende 2008 verabschieden kann. Hinsichtlich der weitergehenden Maßnahmen (Besteuerung der innergemeinschaftlichen Lieferungen und das sogenannte „Reverse-Charge-Verfahren“ zur Vermeidung des Umsatzsteuerbetrugs) muss die EU-Kommission bis Ende 2007 jeweils Analysen zu den entscheidenden Fragen vorlegen.

Wie stark die Widerstände einzelner Mitgliedstaaten und wie schwierig Erfolge im Steuerbereich sind, wurde sowohl an der schwierigen und langwierigen Diskussion um die Aufnahme eines Passus zum Steuerbereich in das Eckpunktepapier des ECOFIN für den Frühjahrsgipfel als auch an der gescheiterten Verständigung auf ein Arbeitsprogramm der hochrangigen Gruppe zum Verhaltenskodex gegen unfairen Steuerwettbewerb augenscheinlich. Immerhin verständigten sich die Mitgliedstaaten dahingehend, dass in bestimmten, noch zu spezifizierenden Bereichen eine stärkere Koordinierung zwischen den nationalen Steuersystemen angemessen sein kann. Damit konnten die Grundlagen gelegt werden, um ein reibungsloseres Zusammenwirken der verschiedenen souveränen nationalen Steuersysteme im Bereich der direkten Steuern zu fördern.

2.5 Zoll

Auf dem Gebiet der europäischen Zollgesetzgebung konnte das wohl umfassendste Gesetzesvorhaben seit 1992, die Modernisierung des

Zollkodex, erfolgreich einer politischen Einigung zugeführt werden. Insbesondere aus dem Konzept der zentralen Zollabwicklung und dem Grundsatz des elektronischen Datenaustauschs zwischen allen am Im- und Export Beteiligten ergeben sich wesentliche Verfahrensvereinfachungen für Wirtschaft und Verwaltung. Die konkrete Ausgestaltung und der zeitliche Rahmen zur Umsetzung werden durch die Entscheidung über ein papierloses Arbeitsumfeld für Zoll und Handel festgelegt, auf die sich die Fachminister unter deutscher Präsidentschaft politisch geeinigt haben.



3 Deutsche Interessen

Die Vorsitzrolle im EU-Rat ist zuallererst auf Interessenausgleich und Kompromissfindung und nicht auf das Eintreten für eigene Positionen angelegt. Dennoch sind die Endergebnisse erfreulich oft im Einklang mit den deutschen Interessen. Das ist z.B. beim Eigenmittelbeschluss der Fall, dessen Ausgleichsmechanismus Deutschland pro Jahr 1 Mrd. € sichert. Als weiterer Erfolg in dieser Kategorie ist die am 5. Juni 2007 erfolgte Entlassung Deutschlands aus dem Defizitverfahren zu verbuchen. Nicht zuletzt gelang bei der Zahlungsdienste-Richtlinie die Durchsetzung im deutschen Interesse liegender risikoangemessener Regeln im Hinblick auf die Zulassung von Anbietern von Zahlungsdiensten gegenüber einem rein markoliberalen Ansatz.

Ein gutes Beispiel dafür, dass Deutschland seine Vorsitzrolle im ECOFIN nicht stur in Wagenburgmentalität, sondern an den realen Machtverhältnissen im Rat orientiert und verantwortungsvoll ausgeübt hat, bietet der Bereich der Mehrwertbesteuerung: Die Verhandlungen zum Mehrwertsteuerpaket wurden – trotz der anfänglich sehr zurückhaltenden bis ablehnenden Haltung von Kommission und einigen Mitgliedstaaten gegenüber Reverse-Charge – nicht verschleppt, sondern konstruktiv mit dem oben erwähnten Ergebnis weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Kommission am 5. Juni 2007 ein Prüfauftrag zu einer sorgfältigen Analyse einer möglichen Systemumstellung einschließlich der Prüfung einer pilotweisen Einführung von Reverse-Charge von Österreich erteilt. Sollten die bis Ende 2007 vorzulegenden Analysen positiv ausfallen, hat die EU-Kommission bereits die Vorlage eines entsprechenden Richtlinienvorschlags zur Pilotierung von Österreich zugesagt.

Darüber hinaus hat Deutschland die Chance genutzt, Themen anzustoßen, bei denen sich zwar innerhalb des engen Zeitraums von sechs Monaten keine abschließenden Ergebnisse erzielen lassen, die aber mittel- und langfristig zu greifbaren Resultaten führen können und sollen. Das gilt insbesondere für die oben erwähnte Diskussion zu „Hedgefonds“ und die vertiefte Erörterung des Bereichs der „Qualität der öffentlichen Finanzen.“

4 Resonanz bei anderen EU-Akteuren

Positiv fällt hier insbesondere das verbesserte Verhältnis zum Europäischen Parlament ins Gewicht. Dazu beigetragen haben die Auftritte des Bundesfinanzministers vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (ECON) zu Beginn und zum Ende der Präsidentschaft und der im Vorfeld des Frühjahrsgipfels vom Minister durchgeführte Trilog zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik.

Vertieft hat sich darüber hinaus das Verhältnis zur EU-Kommission. Auch zeigt eine Reihe positiver Rückmeldungen, dass die Er-

wartungshaltung der anderen Mitgliedstaaten an gutes Management und Effektivität der Verhandlungsführung nicht enttäuscht wurden.

Auf ausgesprochen gute Resonanz im Fachpublikum stießen außerdem die vom Bundesministerium der Finanzen während der Präsidentschaft gemeinsam mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht sowie dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung veranstalteten Konferenzen zu den Herausforderungen für die Finanzpolitik in Europa am 22. und 23. März, zur gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage am 15. und 16. Mai sowie zu langfristigen Trends bei der Entwicklung von Steuersystemen am 24. Mai.



Finanz- und Wirtschaftspolitik in ausgewählten Volkswirtschaften

1	USA	73
2	Japan	76
3	Vereinigtes Königreich	78
4	Frankreich	80
5	Niederlande	82
6	Spanien	84
7	Italien	86
8	Finnland	88
9	Anhang: Vergleichende Grafiken	91

1 USA

- Insgesamt robustes BIP-Wachstum, aber voraussichtlich Konjunkturdelle in diesem Jahr.
- Haushaltsdefizit sinkt konjunkturbedingt weiter, strukturelle Herausforderungen bleiben bestehen.
- Weiterer geldpolitischer Kurs angesichts anhaltend hoher Kerninflation bei gleichzeitigen Risiken für die weitere Konjunkturentwicklung ungewiss.

Konjunktur/Finanzpolitik/Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Die US-Wirtschaft erwies sich im vergangenen Jahr mit einer Wachstumsrate des realen BIP von 3,3 % trotz des Energiepreisanstiegs und einer Konsolidierung des Immobilienmarktes als äußerst robust. Neben dem privaten Konsum gewannen vor allem die Investitionstätigkeit und die Exportentwicklung an Stärke. Im 1. Quartal 2007 erhöhte sich das reale BIP allerdings nur um 0,6 % gegenüber dem Vorquartal (4. Quartal 2006: 2,5 % gegenüber Vorjahresquartal), was vor allem an geringeren Lager-

zuwachsen, einem erhöhten negativen Außenbeitrag sowie an einem erneuten Rückgang bei den privaten Bauinvestitionen lag. Auch wenn für das 2. Quartal wieder mit einem leichten Anstieg des Wachstums gerechnet wird, dürfte die konjunkturelle Dynamik in diesem Jahr schwächer als im Vorjahr ausfallen. Die OECD rechnet für 2007 mit einem realen BIP-Wachstum von 2,1 % und führt dies neben der geldpolitischen Restriktion insbesondere auf die Schwäche des Immobilienmarktes zurück. Dessen ungeachtet ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor positiv. Die Arbeitslosenquote lag in 2006 bei 4,6 % und dürfte sich in diesem Jahr kaum ändern. Daher wird derzeit intensiv diskutiert, ob sich das Potenzialwachstum derart verlangsamt hat, dass sich die aktuelle Wachstumsschwäche kaum auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, oder ob sich der Zeitraum, in dem Wachstumsveränderungen auf dem Arbeitsmarkt wirken, gegenüber früheren Perioden verlängert hat.

Das Haushaltsdefizit des Bundes konnte dank kräftiger Steuereinnahmen von – 3,6 % des BIP im Fiskaljahr 2004 (Fiskaljahr: 1. Oktober 2003 bis 30. September 2004) auf – 1,9 % des BIP im Fiskaljahr 2006 zurückgeführt werden (siehe Abbildung 1, S. 74). Für 2007 und 2008 rechnet die US-Regierung mit einem weiteren Rückgang auf – 1,8 % bzw. – 1,6 % (Fiskaljahr). EU-Kommission (EU-KOM) und OECD hingegen gehen davon aus, dass das Haushaltsdefizit in diesem Jahr wieder ansteigt (– 2,6 % bzw. – 2,7 % gegenüber – 2,3 %

in 2006; 2008: – 2,9 %, jeweils bezogen auf Kalenderjahr), wenn die Steuereinnahmen angesichts der sich abzeichnenden schwächeren Konjunktur zurückgehen.

Zudem stellt sich lt. OECD das strukturelle Defizit heute ungünstiger dar als noch vor einigen Jahren. Deshalb sollten diskretionäre Ausgabenposten, die in den letzten Jahren eine überproportionale Dynamik auswiesen, strikter kontrolliert werden. Insbesondere müssten die Sozialversicherungssysteme grundlegend reformiert und tragfähig gestaltet werden. Aufgrund der fiskalischen Belastungen durch die demografische Entwicklung könnten die Ausgaben – bei unveränderter Gesetzgebung – im Gesundheits-, Pflege-

und Rentenbereich bis 2050 von derzeit 13 % auf bis zu 20 % des BIP ansteigen. Als Reformmaßnahmen schlägt die OECD insbesondere eine Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, eine Indexierung des Rentenanspruchs an die Lebenserwartung, eine Absenkung der Höchstrente für Gutverdienende und eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrundlagen vor. Im Gesundheitsbereich müsse auf mehr Kosteneffizienz geachtet werden, zudem solle private Vorsorge durch stärkere Förderung und durch Steuergutschriften attraktiv gemacht werden. Einnahmeseitig sei eine Verbreiterung der Steuerbasis – vor allem durch einen Abbau der Ausnahmetatbestände – notwendig. Dies gelte insbesondere für die steuer-

Abbildung 1: Haushaltssaldo in den USA

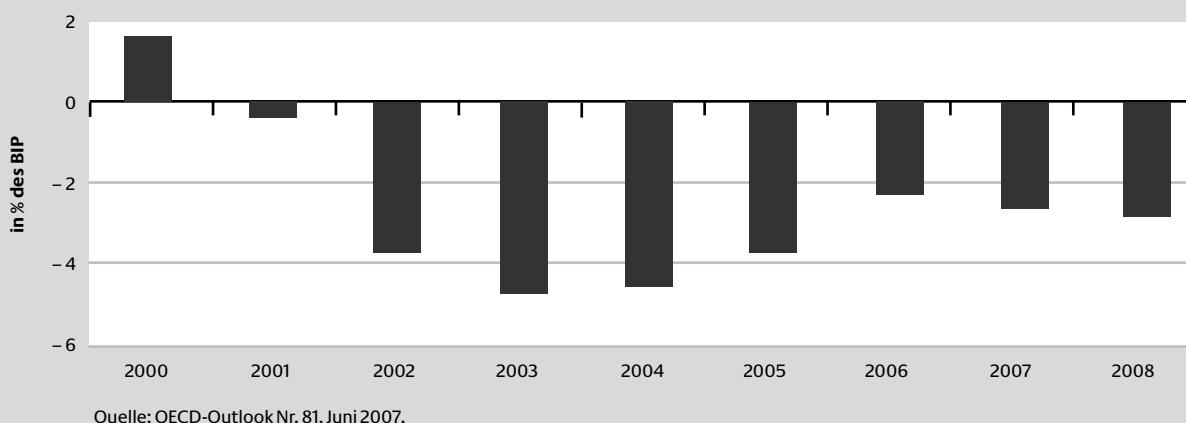
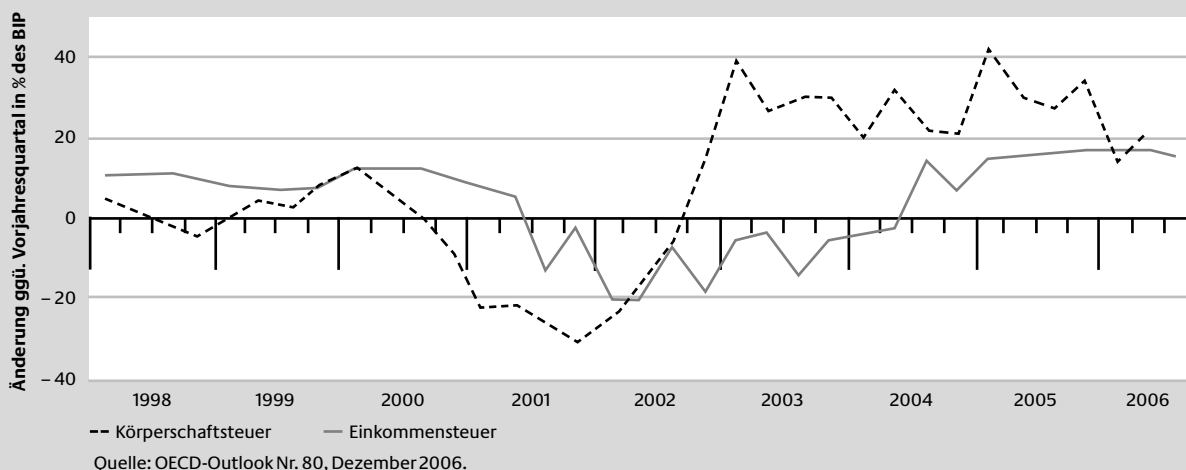


Abbildung 2: Entwicklung der Steuereinnahmen in den USA



lichen Vergünstigungen beim Erwerb von Wohneigentum.

Steuerpolitik

Mit der kürzlich erfolgten Unterzeichnung des Gesetzes zur Finanzierung des Irakkrieges („Iraq war spending bill“) durch Präsident Bush trat ein ganzes Bündel weiterer Gesetze in Kraft, die von Bedeutung für die Wirtschaft sind. Der „Small Business and Work Opportunity Tax Act of 2007“ sieht Steuerentlastungen für kleine Unternehmen in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar vor, da diese von der jüngst beschlossenen stufenweisen Heraufsetzung des Mindestlohnes auf 7,25 US-Dollar bis 2009 besonders betroffen sind. Die Entlastungsmaßnahmen umfassen Abschreibungs- und Anrechnungsmöglichkeiten, Veranlagungsbedingungen sowie Sonderregeln für bestimmte Regionen. Da Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen entsprechend den geltenden Pay-as-you-go-Regeln gegenfinanziert werden müssen, sieht das Gesetz parallel die Reduzierung von Anrechnungsbeträgen in bestimmten Fällen, eine Verlängerung des Berechnungszeitraums von Zinsen und Säumniszuschlägen sowie zahlreiche Erhöhungen von Gebühren vor.

Geldpolitik

Die amerikanische Notenbank (FED) hat den Leitzins Anfang Mai erwartungsgemäß bei 5,25 % (seit Juli 2006) und damit auf einem leicht restriktiven Niveau belassen. Die OECD bescheinigt der FED mit ihrer bisherigen Geldpolitik eine erfolgreiche Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Sicherung der Preisstabilität. Die künftige geldpolitische Ausrichtung ist hingegen mit Unsicherheiten behaftet. Angesichts der Gesamt-

einschätzung eines weiterhin moderaten Wachstums, niedriger Arbeitslosenzahlen und einer anhaltend hohen Kerninflation (seit Mitte 2004 über 2 %) dürfte der restriktive Kurs vorerst beibehalten werden, ggf. könnte sogar eine weitere Straffung angezeigt sein. Sollte aber die Schwäche auf dem Immobilienmarkt die Konjunktur stärker und dauerhafter belasten als bisher angenommen (Dämpfung des privaten Konsums, Rückgang im Bausektor) und die Kerninflation – wie zum Teil prognostiziert – wieder sinken, könnte auch über eine leichte Lockerung der geldpolitischen Zügel nachgedacht werden.

Strukturpolitik

Die kräftige Wachstums- und Produktivitätsdynamik der USA der vergangenen zehn Jahre wird nach Ansicht der OECD angesichts der demografischen Entwicklung, einer Stabilisierung der Beschäftigungsraten und tendenziell nachlassender Effekte der Globalisierung – von denen die USA bisher deutlich profitierten – schwierig aufrechtzuerhalten sein.

Wesentliche Herausforderung ist lt. OECD die Steigerung des Wachstumspotenzials, insbesondere durch eine Ausweitung des Arbeitsangebots, z.B. durch striktere Anwendung von Erwerbsunfähigkeitskriterien, Anhebung der negativen Einkommensteuer und Anhebung des Renteneintrittsalters. Weiterhin empfiehlt die OECD Strukturreformen im Steuerbereich (Verbreiterung der Steuerbasis), Immobiliensektor (Überprüfung/Rückführung staatlicher Subventionen) sowie im Bildungswesen (Schaffung einheitlicher Standards) und Hochschulwesen (Erhöhung der Darlehensgrenze für Studenten; hohe Studiengebühren stellen Eintrittsbarriere dar).

2 Japan

- Konjunktureller Aufschwung hält an; Finanzpolitik weiterhin vor großen Herausforderungen.
- Leitzins bei 0,5 %; weiterer geldpolitischer Kurs ungewiss.
- Strukturelle Reformen sollen zu größerer wirtschaftlicher Dynamik führen.

Konjunktur/Finanzpolitik

Der Aufschwung in Japan hält unter dem Einfluss dynamischer Unternehmensaktivitäten weiter an, wobei die positiven Auswirkungen auf den privaten Sektor bislang durch die stagnierenden Löhne und Gehälter beschränkt wurden. Im 1. Quartal 2007 lag das reale BIP-Wachstum bei 0,8 % gegenüber dem Vorquartal, annualisiert bei 3,3 % (2006: 2,2 %) und damit über dem veranschlagten Wachstumspotenzial. Der nachlassenden Investitionsdynamik standen eine robuste Konsumnachfrage und vor allem eine starke Exportnachfrage entgegen. Bei kräftiger Gewinnentwicklung und weiter sinkenden Arbeitslosenzahlen (OECD; Arbeitslosenquote geschätzt 2007: 3,8 %; 2008: 3,6 %) rechnet die OECD damit, dass die japanische Wirtschaft in diesem Jahr um 2,4 % und in 2008 um 2,1 % des realen BIP wächst. Auf dem Arbeitsmarkt hingegen könnte es wegen der demografisch bedingt schrumpfenden Erwerbsbevölkerung zu größeren Engpässen kommen, was den Lohndruck zunehmend verstärkt. Dies sollte im Prognosezeitraum den privaten Konsum festigen und die Überwindung der Deflation unterstützen. Risiken für dieses Szenario bestehen in einem Rückgang der Auslandsnachfrage und einer plötzlichen Yen-Aufwertung aufgrund des beständig steigenden Leistungsbilanzüberschusses.

Der finanzpolitische Kurs wird 2007 den Projektionen zufolge kontraktiv bleiben. Das Haushaltsdefizit dürfte lt. OECD von 2,4 % des BIP

in 2006 auf 2,7 % in 2007 und 3,0 % in 2008 steigen. Strukturell betrachtet dürfte es allerdings sinken, vor allem bedingt durch das Auslaufen befristeter Einkommensteuersenkungen und die geplante Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge. Zukünftig lässt die rasche Bevölkerungsalterung die Haushaltskonsolidierung auf Basis einer Steuerreform und über strukturelle Ausgabenkürzungen zunehmend dringlich erscheinen.

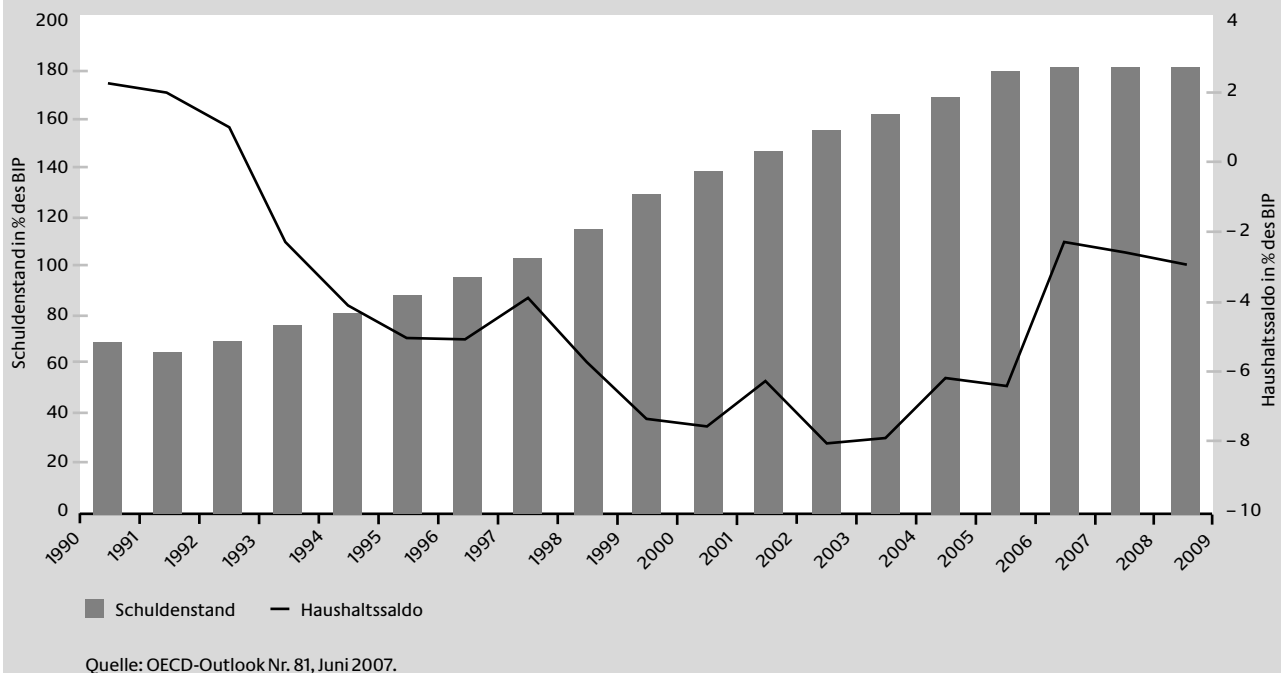
Vor diesem Hintergrund hat die japanische Regierung zu Jahresbeginn ihren neuen wirtschaftspolitischen Rahmen bekannt gegeben, der am Ziel festhält, bis zum Jahr 2011 einen Primärüberschuss zu erwirtschaften, was einen ersten Schritt zur langfristigen Reduzierung der Schuldenstandsquote darstellen würde. Gleichzeitig soll ein Mechanismus implementiert werden, der gewährleistet, dass der öffentliche Haushalt mit dem mittelfristigen Ausgabenziel in Einklang steht, wobei die Effektivität eines derartigen Mechanismus von der konkreten Ausgestaltung abhängen wird.

Geldpolitik

Entsprechend den Erwartungen hat sich die Inflationsrate in den letzten Monaten auf niedrigem positivem Niveau stabilisiert. Für die Jahre 2007 und 2008 rechnet die OECD mit einer Inflationsrate von – 0,3 % bzw. + 0,3 %. Hier dürfte sich auswirken, dass perspektivisch ansteigende Löhne und Gehälter in 2008 einen gewissen Preisdruck ausüben. Trotz einer Abnahme der Inflationsrate am aktuellen Rand hat die Bank of Japan ihren Leitzins Anfang des Jahres um 1/4 Prozentpunkt auf 0,5 % angehoben.

Die Finanzmärkte rechnen bald mit weiteren Zinsschritten, während die Projektionen der OECD unterstellen, dass die Leitzinsen bis Ende 2008 unverändert bleiben. Risiken für den geldpolitischen Kurs liegen einerseits in den Handelsbeziehungen zu China und Südostasien und in einer plötzlichen und deutlichen Yen-Aufwertung sowie andererseits im Ausbleiben der erwarteten Beschleunigung an der Lohnfront und einem dämpfenden Effekt weiterer Zinserhöhungen auf die Binnennachfrage.

Abbildung 3: Schuldenstand und Haushaltssaldo in Japan



Reformpolitik

Mit breit angelegten Strukturreformen sollen die Grundlagen für eine höhere wirtschaftliche Dynamik verbessert werden. Die Regierung hat hierzu Mitte Juni ihre Vorgaben für die Wirtschafts- und Finanzpolitik bekannt gegeben. Es handelt sich dabei um einen umfassenden Maßnahmenkatalog, dessen Umsetzung – sowohl zeitlich als auch inhaltlich – in weiten Teilen allerdings undefiniert bleibt. Folgende Schwerpunkte sind erkennbar: Vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung soll die Arbeitsproduktivität in den nächsten fünf Jahren deutlich verbessert und die Beschäftigung – insbesondere durch Revitalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – gefördert werden. Darüber hinaus wird über Steuerreformmaßnahmen – z. B. Erhöhung der MwSt, Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen – nachgedacht, Doppelbesteuerungsabkommen sollen ausgebaut werden. Japan beabsichtigt zudem, eine Führungsrolle bei Fragen des Klimawandels und der Begrenzung von Treibhausgasen zu übernehmen.

Die OECD empfiehlt Japan zur Steigerung der Produktivität, die Effizienz des Arbeitsmarktes,

insbesondere durch Deregulierung im Groß- und Einzelhandel und Öffnung der Märkte für Fremdarbeiter, zu erhöhen. Produktivitätshindernisse sieht sie auch im strikten Kündigungsschutz für Festangestellte, der dazu führt, dass die nichtfestangestellten Beschäftigungsverhältnisse expandieren. Auf Unternehmensebene bestehe zudem ein hohes Maß an Unsicherheit aufgrund intransparenter Rechtsprechung bei Arbeitsrechtsprozessen. Die OECD empfiehlt deshalb, klare gesetzliche Richtlinien beim Arbeitsrecht vorzugeben und den Kündigungsschutz für reguläre Beschäftigung zu lockern.

Darüber hinaus müssten Innovationen durch Verbesserungen der Rahmenbedingungen mehr gefördert werden, insbesondere durch den Abbau von Hemmnissen für Wagniskapital und für ausländische Direktinvestitionen sowie durch Reformen im Bildungsbereich.

Für heftige Debatten sorgt derzeit der Vorwurf, die Verwaltung der japanischen Rentenversicherung – die staatliche Social Insurance Agency (SIA), die unmittelbar dem Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales unterstellt ist – hätte 50 Mio. Zahlungen nicht den Einzahlerkonten

gutgeschrieben. Da trotz seit Jahren bekannter grundlegender Defizite der Organisation bislang nichts geschehen ist, ist der politische Druck inzwischen erheblich. Anfang Juni hat das Unterhaus ein Gesetz verabschiedet und ans Oberhaus verwiesen. Dieses sieht im Wesentlichen folgende Reform der SIA vor: Privatisierung aller administrativen Aspekte der Verwaltung des nationalen Rentensystems, Abschaffung der Zusatzversorgung aller japanischen Beamten und Integrierung in das allgemeine Rentensystem, Entlassung fast aller Mitarbeiter der SIA. Die Regierung soll als hoheitliche Aufgabe lediglich die Zuständigkeit für die Finanzen des Trägers behalten. Hierzu gehört insbesondere die Verwaltung des riesigen Kapitalfonds für die Nationalrente, der zzt. über etwa 900 Mrd. € an Reserven verfügt.

3 Vereinigtes Königreich

- Steuersatzsenkungen bei gleichzeitiger Verbreiterung der Steuerbasis.
- Zinsanhebungen als Reaktion auf hohe Inflation.
- Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses auch unter Gordon Brown erwartet.

Konjunktur

Das BIP-Wachstum beschleunigte sich 2006 auf 2,8 % (1,9 % in 2005) und auch für 2007 wird ein Wert in ähnlicher Größenordnung erwartet (OECD 2,7 %, EU-KOM 2,8 %). Im 1. Quartal 2007 realisierte das Vereinigte Königreich ein BIP-Wachstum von 0,7 % (gleicher Wert wie auch in beiden Vorquartalen). Hauptantrieb für das Wachstum sind die Investitionsausgaben. Die private Nachfrage gewinnt wegen steigender verfügbarer Einkommen und einer erneuten Erholung der Immobilienpreise (Preisanstiege um 10 % in 2006) erneut an Zugkraft. Der Aufschwung dürfte sich auch 2008 weiter fortsetzen (BIP-Anstieg lt. EU-KOM und OECD jeweils + 2,5 %).

Finanzpolitik

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind durch ein leichtes Absinken des Defizits gekennzeichnet (2,8 % in 2006 nach 3,1 % in 2005). Für die beiden nächsten Jahre erwarten OECD und EU-Kommission weitere Rückgänge (2007 2,6 %, 2008 2,4 %). Sowohl Einnahmen als auch Ausgaben sind 2006 rasch gestiegen. Nach Ansicht der OECD ist eine striktere Ausgabendisziplin notwendig, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Der Schuldenstand steigt leicht an (EU-KOM: 2006 43,5 %, 2007 44,0 %), liegt aber weiter deutlich unter dem Maastricht-Grenzwert von 60 %. Der Haushaltsplan 2007 enthält Maßnahmen zur Modernisierung und Vereinfachung des Steuersystems. Bei der Körperschaftsteuer (von 30 % auf 28 %) und bei der Einkommensteuer (mittlerer Satz von 22 % auf

20 %) werden ab April 2008 Steuersatzsenkungen wirksam, deren Effekte auf die öffentlichen Finanzen durch höhere Einnahmen an anderer Stelle und eine Verbreiterung der Steuerbasis (auch als Folge des Aufschwungs) ausgeglichen werden sollen. Die Steuereinnahmen werden insgesamt steigen, die Steuerquote weiter zunehmen (von 36,5 % des BIP in 2003/2004 auf 38,5 % des BIP in 2008/2009). Der Rahmenplan für den Haushalt sieht eine Begrenzung des realen Ausgabenwachstums für 2007 auf 2 % vor. Ausgabensteigerungen sind insbesondere in den Bereichen Familie und Bildung vorgesehen.

Geldpolitik

Die geldpolitische Ausrichtung der Bank of England (BoE) ist im 1. Halbjahr 2007 deutlich restriktiver geworden. Bereits im Januar waren die Leitzinsen um 25 Basispunkte auf 5,25 % erhöht worden, im Mai folgte eine weitere Anhebung auf 5,5 %. Die BoE reagierte damit auf die stark angestiegene Inflation, die im März mit 3,1 % einen Höchstwert erreichte und damit der deutlich über dem von der Bank angepeilten Stabilitätsziel von 2 % lag. Wesentliche Ursachen der höheren Inflation sind höhere Gas- und Strompreise und gestiegene Nahrungsmittelpreise. In ihrem Inflationsbericht nennt die BoE die gestiegenen Inflationserwartungen, die Entwicklung der Energie- und Importpreise, die hohe Kapazitätsauslastung und die Auswirkungen der Nachfrageentwicklung auf die Preispolitik der Unternehmen als Schlüsselrisiken. Sie weist auch darauf hin, dass sie bei einer weiterhin positiven Konjunkturentwicklung und einer erwartungsgemäßen Inflationsentwicklung eine weitere Zinsanhebung für notwendig hält. Marktbeobachter rechnen demzufolge mit einem weiteren Zinsschritt im 3. Quartal.

Reformpolitik

Die innenpolitische Entwicklung steht derzeit im Zeichen des Wechsels im Amt des Regierungschefs. Vom neuen Premierminister Gordon Brown wird eine Fortsetzung des erfolgreichen Kurses in der Wirtschaftspolitik erwartet. Deren prägende Elemente waren u. a. Privatisierungen,

Reformen bei öffentlichen Dienstleistungen, finanzielle Entlastungen der Unternehmen, günstige Investitionsbedingungen für ausländische Investoren, die Förderung von mehr Eigenverantwortung und höhere öffentliche Investitionen. Die Ausgabensteigerungen der letzten Jahre in einigen Schlüsselbereichen (insbesondere Bildung und Gesundheit) schränken jedoch den Spielraum für Investitionen deutlich ein. Beobachter erwarten, dass die Themen Klimaschutz und Energiesicherheit an Bedeutung gewinnen werden. Bereits zum 1. Oktober 2007 sollen die Benzinsteuern und die Fahrzeugsteuer angehoben werden.

Die britische Regierung hat die Konsultation zu ihrem im Dezember vorgelegten Weißbuch zur Einführung individueller Sparverträge als Teil der Vorschläge zur Rentenreform abgeschlossen. Die Regierung stellte in ihrer Antwort auf die Konsultation im Parlament einen klaren Konsens bezüglich der Ziele (Sicherung eines ausreichenden Rentenniveaus insbesondere auch für Arbeitnehmer, die keinen Anspruch auf eine Betriebsrente haben) der individuellen Sparverträge fest und kündigte an, dass das System der Sparverträge unter Aufsicht eines Treuhänderausschusses geführt werden soll. Es ist eine Begrenzung der jährlichen Beiträge auf 3600 £ vorgesehen. Das Gesetzgebungsverfahren steht noch aus, das System soll 2012 funktionsfähig sein.

Die Regierung hat im März eine Erhöhung der Mindestlöhne ab Oktober 2007 angekündigt. Der Mindestlohn beträgt zurzeit 7,36 € pro Stunde und ist einer der niedrigsten in den alten Mitgliedstaaten. Mit 3,2 % bleiben die Steigerungen jedoch unterhalb der Zuwachsraten bei den Durchschnittslöhnen. Diese Maßnahme soll die Flexibilität am Arbeitsmarkt erhalten, gleichzeitig aber dazu beitragen, die zunehmende Ungleichheit zu reduzieren.

4 Frankreich

- Neue französische Regierung will Wachstum stärken und setzt dabei auf Steuererleichterungen.
- Frankreich hat Willen bekundet, Eurogruppen-Vereinbarung zum Erreichen des Mittelfristziels bis 2010 einzuhalten, seine Bereitschaft hierzu jedoch von stärkerem Wachstum abhängig gemacht.
- Liberalisierung bei Strom und Gas geplant.
- Stärkere Anreize für Verlängerung der Arbeitszeit.

Konjunktur

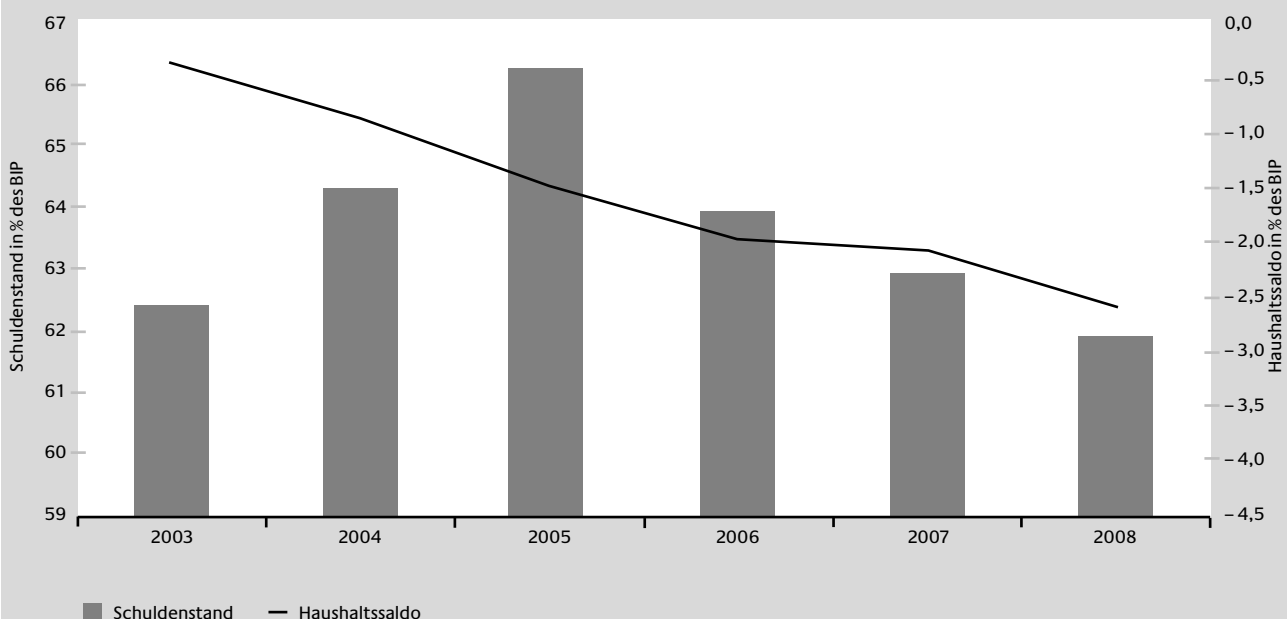
Das wirtschaftliche Wachstum dürfte sich 2007 und 2008 in ähnlichem Tempo fortsetzen wie im vergangenen Jahr (EU-KOM: 2,4 % bzw. 2,3 %, OECD: jeweils + 2,2 %, 2006: 2,0–2,1 %). Im

1. Quartal 2007 verzeichnete die französische Wirtschaft ein BIP-Wachstum von 0,5 % und lag damit leicht über dem Wert des Vorquartals (0,4 %). Der private Konsum bleibt eine wesentliche Stütze des Wachstums, was vor allem auf die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt (EU-KOM: + 0,9 % Beschäftigungszuwachs 2006) und Lohnzuwächse (z. B. Erhöhung des Mindestlohns in 2006) zurückzuführen ist. Vom Außenhandel wird im Prognosezeitraum weiterhin ein negativer Wachstumsbeitrag erwartet (OECD 2007 und 2008 jeweils – 0,1 %), dieser wird jedoch im Vergleich zu den beiden Vorjahren weniger ausgeprägt sein (2005: – 0,9 %, 2006: – 0,4 %).

Finanzpolitik/Steuerliche Reformmaßnahmen

Vor diesem Hintergrund ist grundsätzlich davon auszugehen, dass das staatliche Defizit von 2,5% in 2006 auch zukünftig weiter zurückgeführt werden kann (EU-KOM schätzt für 2007 leichten Abbau des Defizits auf 2,4 %). Steigende Steuereinnahmen trugen im Vorjahr zu einer Verbesserung auf der Einnahmenseite bei. Auf der Ausgabenseite hat sich die Zentralregierung weitgehend an ihre

Abbildung 4: Schuldenstand und Haushaltssaldo in Frankreich



Quelle: Frühjahrsprognose der EU-Kommission, 2007.

Ausgabenziele gehalten, auf kommunaler Ebene kam es jedoch zu deutlichen Ausgabensteigerungen.

Die neue Regierung hat ein umfangreiches Steuersenkungspaket beschlossen, mit dem das Wirtschaftswachstum gestärkt werden soll. So sollen Überstundenzuschläge von Sozialabgaben befreit und eine fiskalische Obergrenze von 50 % (bisher 60 %) des zu versteuernden Einkommens eingeführt werden. Hypothekenzinsen sollen steuerlich abzugsfähig und die Erbschaftssteuer teilweise abgeschafft werden. Die Kosten dieses Maßnahmenpakets werden ab 2008 mit 11 Mrd. € veranschlagt. Es wurde zwar bereits angekündigt, dass die Reformen auch durch Ausgabenkürzungen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung finanziert werden sollen. Auch eine mögliche Anhebung der Mehrwertsteuer um drei bis fünf Prozentpunkte ab 2009 zur Finanzierung der geplanten Senkung der Lohnnebenkosten wird derzeit diskutiert. Konkrete Reformvorschläge zur Gegenfinanzierung der geplanten Steuererleichterungen sind jedoch noch nicht bekannt. Auf europäischer Ebene wurde diskutiert, ob die geplanten Maßnahmen zu einer Verlangsamung des erforderlichen Tempos beim Defizitabbau führen könnten und damit auch das in der April-Eurogruppe gemeinsam unter den Eurozonen-Mitgliedstaaten vereinbarte Erreichen des Mittelfristziels eines ausgeglichenen Haushalts bis 2010 gefährdet wäre. Die französische Regierung hat inzwischen erklärt, alles zu tun, um sich an diese Vereinbarung zu halten und ihren Haushalt bis 2010 auszugleichen. Als Voraussetzung wurde allerdings genannt, dass das Wirtschaftswachstum nach den Reformen stärker als erwartet ansteigt. Im September soll bereits ein aktualisiertes Stabilitätsprogramm vorgelegt werden. In diesem Programm sollen alle geplanten Strukturreformen detailliert aufgelistet und ausgeführt werden, welche Auswirkungen dies auf den Haushalt und den Abbau der Neuverschuldung haben könnte.

Reformpolitik

Der neue französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hatte bereits einen auf Neuanfang und Reformen hin orientierten Wahlkampf geführt, in dem er insbesondere die Themen Kaufkraft

und Zuwanderung für sich besetzte. Sein Programm verbindet liberale Reformen, die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität stärken sollen, mit interventionistischen Vorstellungen insbesondere im Bereich der Industriepolitik. Als prioritäre Reformziele nannte er die Erreichung der Vollbeschäftigung (Aufweichung der 35-Stunden-Woche, Befreiung der Überstunden von Abgaben), Steigerung der Kaufkraft (insbesondere durch Wachstum und die Reduzierung arbeitnehmerbezogener Sozialabgaben) sowie den Umweltschutz (zunächst Schaffung eines Ministeriums mit gebündelten Zuständigkeiten für Energie, Wasser, Transport und nachhaltige Entwicklung).

Erste Reformschritte wurden neben den steuerlichen Reformmaßnahmen bspw. in der Energiepolitik eingeleitet. So soll ab Anfang Juli die Strom- und Gasversorgung auch für private Haushalte liberalisiert werden. Die Einführung von Wettbewerb beendet das traditionelle Monopol auch in diesem Segment. Bestehende Regulierungen bei den Energiepreisen können jedoch bis 2010 aufrechterhalten werden. Bis dahin haben die Privathaushalte ein Anrecht darauf, zu staatlich festgelegten Preisen und nur im Rahmen der allgemeinen Inflation steigenden Preisen von den ehemaligen Monopolunternehmen beliefert zu werden. Neue Anbieter müssen sich am von den traditionellen Unternehmen dominierten Markt eindecken, so dass sie auf Dauer kaum günstigere Tarife anbieten können.

Weitere Reformen sind im Bereich der Arbeitsmarktpolitik geplant. Neben den steuerlichen Anreizen, die das Ziel verfolgen, die aufgrund der gesetzlich festgelegten 35-Stunden-Woche extrem kurzen Arbeitszeiten zu verlängern, sollen insbesondere Mindestanforderungen an die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen auch in Streikphasen ausgehandelt werden sowie das Arbeitsrecht über eine Vereinheitlichung der zahlreichen existierenden Kündigungsschutzregelungen vereinfacht werden.

5 Niederlande

- Verstetigung des Aufschwungs.
- Erhöhung des Defizits als Zeichen pro-zyklischer Politik.
- Steigende Spannung auf dem Arbeitsmarkt mit ersten Auswirkungen auf die Produktion.

einem Wirtschaftswachstum von 2,8 % und 2,6 % (OECD: + 2,9 % und + 2,8 %). Der Aufschwung dürfte sich damit weiter fortsetzen. Die Inflation blieb mit 1,7 % in 2006 unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,2 %, auch bedingt durch die fallenden Ölpreise zum Ende des Jahres 2006. Die zunehmend gespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt könnte zukünftig zu Lohn- und Preissteigerungen führen. Während die Inflation 2007 voraussichtlich weiter sinkt (EU-KOM: – 1,5 %), wird für 2008 mit einem Anstieg gerechnet (EU-KOM: + 2,1 %).

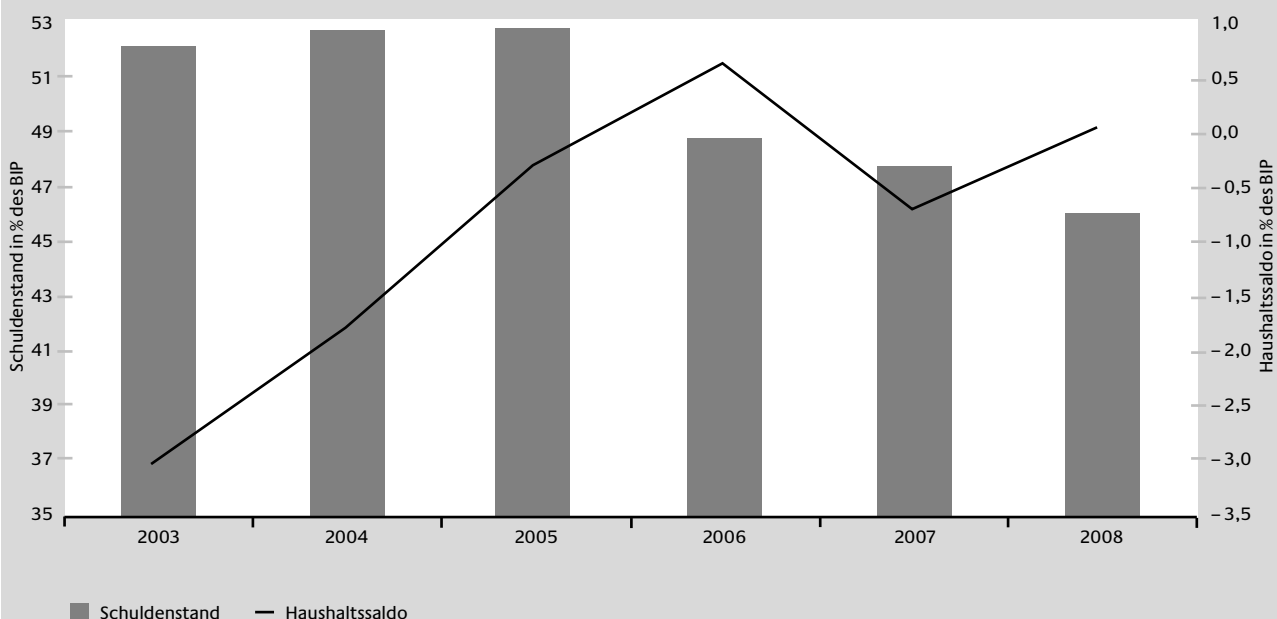
Konjunktur

Der Aufschwung hat sich verfestigt und an Breite gewonnen. Mit einer Rate von 2,9 % in 2006 ist das BIP doppelt so stark gestiegen wie noch 2005 und liegt damit über dem Durchschnitt des Euroraums von 2,7 %. Beigetragen hierzu haben u.a. die positive Entwicklung der Investitions- und Konsumausgaben sowie eine Steigerung der Exporte durch eine wachsende Nachfrage im Euroraum und eine erhöhte preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Für das laufende Jahr und 2008 rechnet die Europäische Kommission mit

Finanzpolitik

Die Haushaltsbilanz ist in 2006 mit einem Überschuss von 0,6 % besser ausgefallen als erwartet und weist seit 2000 erstmalig einen positiven Wert auf. Insgesamt übersteigt das Ergebnis das im Stabilitätsprogramm von Dezember 2005 anvisierte Defizit von 1,5 % des BIP um fast zwei Prozentpunkte. Die Gründe für die signifikante Verbesserung der öffentlichen Finanzen werden in gestiegenen Steuereinnahmen vor dem Hintergrund der guten wirtschaftlichen Lage, den höheren Gaseinnahmen und nicht zuletzt in

Abbildung 5: Schuldenstand und Haushaltssaldo in den Niederlanden



Quelle: Frühjahrsprognose der EU-Kommission, 2007.

vorausgegangenen Konsolidierungsmaßnahmen gesehen.

Für das laufende Jahr rechnet die EU-Kommission trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums erneut mit einem Defizit von 0,7 % und korrigiert damit ihre positivere Prognose vom Herbst 2006 (0,1 % des BIP). Als Hauptfaktoren werden höhere Sozialausgaben, die wetterbedingt gesunkenen Einnahmen aus der Gasproduktion, die Schuldenübernahme infolge einer Verfassungsreform der Niederländischen Antillen sowie eine dauerhafte Erhöhung der Erwerbsunfähigkeitsrente durch die neue Regierung genannt. Die Verschlechterung des Defizits wird als deutlicher Hinweis auf eine pro-zyklisch ausgerichtete Fiskalpolitik gewertet. Bei ausbleibenden Einmalbelastungen (z.B. durch Schuldenübernahme) sowie unter der Annahme steigender Gaspreise soll jedoch im Jahr 2008 bereits wieder ein ausgewogener Haushalt erzielt werden. Die neue Regierung strebt nach wie vor einen strukturellen Haushaltsüberschuss von 1 % des BIP bis 2011 an.

Die Gesamtverschuldung ist in 2006 auf 48,7 % des BIP von 52,7 % im Vorjahr gefallen. In ihrer Frühjahrsprognose rechnet die EU-Kommission mit einer weiteren Minderung auf 47,7 % in 2007 und 45,9 % in 2008.

Reformpolitik

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit 2005 kontinuierlich verbessert. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs ist die Zahl der Erwerbstätigen in 2006 um 1 % gestiegen und die Arbeitslosenquote auf 3,9 % gesunken. Bis 2008 soll diese auf 2,7 % zurückgehen. Damit nähern sich die Niederlande allmählich der Vollbeschäftigung. Die Beschäftigungsrate gemessen an der Anzahl der Arbeitsstunden bleibt jedoch laut IWF nach wie vor niedrig. Allmählich erhöht sich die Spannung auf dem Arbeitsmarkt durch einen Mangel an Arbeitskräften, was sich bereits hemmend auf die Produktion einiger Industrien auswirkt und zukünftig den Lohndruck deutlich erhöhen dürfte. So rechnet die EU-Kommission für 2008 bereits mit einem leichten Anstieg der realen Lohnstückkosten, nachdem diese in den vergangenen zwei Jahren deutlich zurückgegangen waren (– 2 % in 2005,

– 2,3 % in 2006). Maßnahmen der Regierung sollten vor diesem Hintergrund vor allem auf ein erhöhtes Arbeitskräfteangebot ausgerichtet sein.

Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in 2006 beinhalteten u.a. die Senkung der Körperschaftsteuer von 31,5 % auf 29,6 %. Die neue Regierung hat darüber hinaus in ihrem Koalitionsprogramm zahlreiche Maßnahmen zur Stärkung der Marktmechanismen vor allem bei den Netzwerkindustrien und im Dienstleistungssektor genannt. Darüber hinaus wurde durch eine Empfehlung des Bundesrechnungshofes vom Mai 2007 ein Anstoß zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsbehörde gegeben. Die unternehmerischen Rahmenbedingungen sollen durch eine Erleichterung von Neugründungen sowie eine Verbesserung des Zugangs insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zum Kapitalmarkt gefördert werden. Auch die Reduzierung von administrativen Lasten stellt einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Unternehmertums dar. Die neue Regierung hat die Absicht geäußert, die Bürokratiekosten bis Ende 2007 um 25 % zu senken (im Vergleich zu 2002), wobei bis 2006 mit 16,4 % Reduktion gerechnet wurde und für 2007 weitere 9,4 % erwartet werden. Damit wäre das auf EU-Ebene vereinbarte Reduktionsziel von 25 % bis 2012 bereits frühzeitig erreicht.

Weitere Prioritäten der neuen Regierung sind die Steigerung der Qualität im Bildungsbereich durch Maßnahmen im Grund- und Sekundarschulbereich, aber auch durch direkte Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Weiterhin soll Innovation und Forschung durch die bessere Zusammenarbeit von Universitäten, Wissenschaftszentren und Unternehmen vorangetrieben werden.

Im Bereich der Sozialpolitik lag in den vergangenen Jahren ein Schwerpunkt auf der Reform des Gesundheitssystems. Nach der Privatisierung der staatlichen Krankenkassen Anfang 2006 sollen u.a. weitere Anpassungen beim System der Versicherungsauszahlungen vorgenommen werden. Außerdem sollen umfassende Präventionsprogramme zur Minderung der Gesundheitskosten beitragen.

6 Spanien

- Starkes Wachstum, hohe Budgetüberschüsse, aber weiterhin hohes Leistungsbilanzdefizit und geringes Produktivitätswachstum.
- Budgetplanungen berücksichtigen künftig stärker die konjunkturelle Situation.
- Arbeitsmarktreformen zur Steigerung der Produktivität, Förderung von Humankapital und Forschung und Entwicklung (FuE), Reformen bei Immobilienmärkten im Zentrum der Reformagenda.

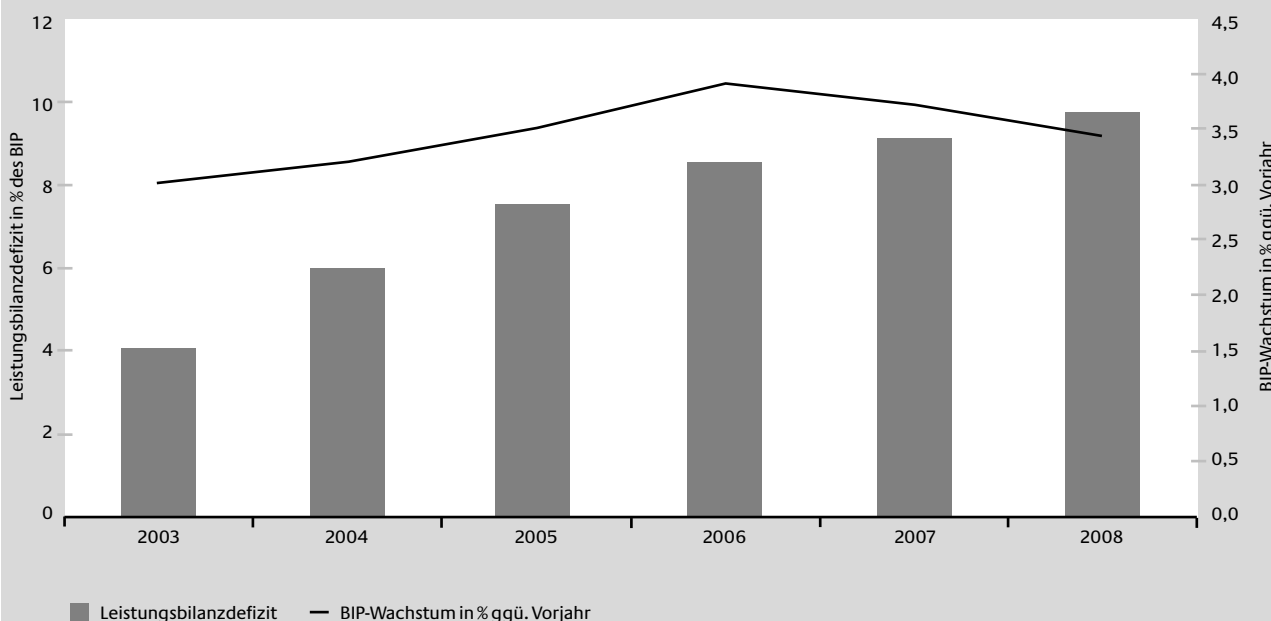
Konjunktur/Finanzpolitik

Nach starkem Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren von durchschnittlich rd. 4 % rechnet die EU-Kommission weiterhin mit einer nur leicht gebremsten Dynamik. Für 2007 und

2008 wird von einer realen BIP-Steigerung von 3,7 % bzw. 3,4 % ausgegangen. Im 1. Quartal 2007 setzte sich die wirtschaftliche Dynamik der vergangenen Monate fort und das BIP legte um 1,1 % im Vergleich zum Vorquartal zu. Die größten Wachstumsimpulse dürften weiterhin von der Binnennachfrage mit einer regen Investitionstätigkeit und lebhaftem privaten Konsum ausgehen. Auch die Erwartungen für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte bleiben positiv. Nach einem Budgetüberschuss von 1,8 % des BIP in 2006 dürfte der Überschuss in 2007 lt. EU-Kommission bei rd. 1,4 % und in 2008 bei 1,2 % des BIP und somit über der Haushaltsplanung und der Schätzung im aktuellen Stabilitätsprogramm liegen. Dementsprechend wird die Schuldenstandsquote, gemessen am BIP, von knapp 40 % in 2006 auf 34,6 % in 2008 zurückgehen.

Der Budgetplanung für 2008 liegt ein neues nationales Stabilitätsgesetz zugrunde, dessen Ziel es ist, flexibler als bisher die makroökonomische Situation bei den Budgetplanungen zu berücksichtigen. Der finanzpolitische Kurs der spanischen Regierung ist im steuerpolitischen Bereich geprägt von Maßnahmen zur Senkung der individuellen Einkommensteuer (zusätzliche

Abbildung 6: Wachstum des realen BIP und Leistungsbilanzdefizit in Spanien



Quelle: Frühjahrsprognose der EU-Kommission, 2007.

Steuerausnahmen, Senkung der maximalen Grenzbelastung von 45 % auf 43 %) und der Unternehmensteuer (Senkung um fünf Prozentpunkte) und sieht im Ausgabenbereich Prioritätensetzungen bei Forschung und Entwicklung vor. Neben dieser qualitativen Verbesserung der öffentlichen Haushalte soll parallel der fiskalpolitische Kurs mittelfristig restriktiv ausgerichtet bleiben, um zur Dämpfung des inländischen Nachfragedrucks beizutragen und Vorkehrungen für die demografiebedingte Belastung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu treffen.

Nach wie vor verzeichnet Spanien ein signifikantes Leistungsbilanzdefizit. Für 2008 rechnet die EU-Kommission mit einem Anstieg auf nahezu 10 % des BIP. Das Leistungsbilanzdefizit, die hohe Verschuldung des Privatsektors und der überbewertete Immobilienmarkt stellen weiterhin Herausforderungen für die spanische Finanz- und Wirtschaftspolitik dar.

Die relativ hohe, wenn auch stark rückläufige Inflationsrate (April: 2,5 %, Euroraum: 1,9 %), zusammen mit einem nur geringen Produktivitätswachstum, beeinträchtigen die Wettbewerbs- und Marktchancen in nicht unerheblichem Maße.

Reformprioritäten

Strukturreformen am Arbeitsmarkt

Weitere strukturelle Reformen sind für spezielle Problembereiche vorgesehen, u. a. temporäre Arbeit, Segmentierung, Verbesserung der Chancen älterer Arbeitnehmer, Beschäftigung von Frauen. In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern konnten vor allem Reformmaßnahmen implementiert werden, die auch dazu beitragen, die „Qualität der Arbeit“ zu erhöhen: dazu gehören ein Anstieg des Mindestlohns, eine Normalisierung im Bereich Fremdarbeit, soziale Sicherungsmaßnahmen, die Durchsetzung von mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Steigerung regulärer Beschäftigung anstelle von Zeitarbeit.

Infrastruktur, Humankapital, FuE und Innovationen

Während Spanien im Infrastrukturbereich kaum noch Nachholbedarf aufweist, wird Humankapital als Schlüsselfaktor zu mehr Wachstum,

höherer Arbeitsproduktivität und gleichen Möglichkeiten für alle (Social Bridges) angesehen: Vor diesem Hintergrund werden sowohl das Schulwesen als auch das Universitätswesen derzeit reformiert, um Frühabgänger-Quoten sowohl in den Schulen als auch in den Universitäten zu reduzieren.

Ergänzt werden diese Reformmaßnahmen durch eine substanzielle Erhöhung der Ansätze der öffentlichen Haushalte für F&E in 2007 um mehr als das Doppelte im Vergleich zum Jahr 2004 (Ausgabenansatz von Öffentlichen und Privaten in 2005 insgesamt bei 1,13 % des BIP). Darüber hinaus sollen große PPP-Projekte wie auch Exzellenzinitiativen langfristig gefördert werden.

Immobilienmärkte

Strukturreformen im Bereich der Immobilienmärkte stehen nach wie vor auf der Agenda der spanischen Regierung: Ziel ist eine sanfte Landung des Marktes durch eine Förderung des Mietmarktes, durch Vereinfachung der Besteuerung und Reduzierung von administrativen Kosten sowie durch eine öffentliche Mietagentur. Darüber hinaus wird das soziale Wohnungswesen gestärkt; schließlich soll die Effizienz des Immobilienmarktes durch eine Reform des Grundstückrechts verbessert werden.

Wettbewerbspolitik

Die Regierung plant eine Modernisierung des spanischen Wettbewerbssystems: Dies beinhaltet die Schaffung einer nationalen Wettbewerbskommission, die – bei relativer Autonomie gegenüber der Regierung – die Konzentrationsbewegungen auf den Märkten überwacht. Dies soll u. a. mehr Transparenz und Verantwortlichkeit, mehr Rechtsklarheit und mehr Effizienz, auch über ein verbessertes Sanktionsverfahren, schaffen. Gleichzeitig sollen im Dienstleistungssektor verbleibende Marktbarrieren – unter Federführung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums – abgebaut werden. Auch ist geplant, im Rahmen der Europäischen Energiestrategie die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sowie die Energiesicherheit durch die weitere Liberalisierung der Märkte zu verbessern.

7 Italien

- Wirtschaftliche Entwicklung hat an Dynamik gewonnen.
- Staatsfinanzen auf Konsolidierungskurs bei immer noch hoher Gesamtverschuldung.
- Kontinuierlich sinkende Arbeitslosenquote, aber weiterhin bestehende Herausforderungen.

Konjunktur

Das Wirtschaftswachstum hat sich in 2006 auf 1,9 % beschleunigt und lag damit über dem Potenzialpfad. Für 2007 rechnet die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose mit einem Wachstum von 1,9 % und korrigierte damit ihre Voraussage vom Herbst 2006 um 0,5 Prozentpunkte nach oben. Im 1. Quartal 2007 legte das reale BIP um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal zu. Wichtiger Wachstumsfaktor ist der gesteigerte Außenbeitrag, bedingt durch Lohnmoderation, Produktivitätssteigerungen und Qualitätssteigerungen bei Exporten. Die außenwirtschaftlichen Impulse sind 2006 auf die Binnennachfrage übersprungen. Getragen wird der Aufschwung jetzt von einer Zunahme der Investitionen, insbesondere aus dem Inland, und vom privaten Konsum. Deutschland spielt dabei als Hauptabnehmer italienischer Qualitätsprodukte eine zentrale Rolle. Die Inflation (HICP) näherte sich 2005 und 2006 mit 2,2 % dem Durchschnitt des Euroraums an. Moderate Lohnkostenentwicklungen, sinkende Importpreise und Liberalisierungseffekte werden laut EU-Kommission zu einem Rückgang der Inflation auf 1,9 % in 2007 führen. Eine weiterhin lebhafte Auslandsnachfrage und die Fortsetzung der Restrukturierung bei den Unternehmen dürften die positive wirtschaftliche Entwicklung in diesem und im kommenden Jahr festigen.

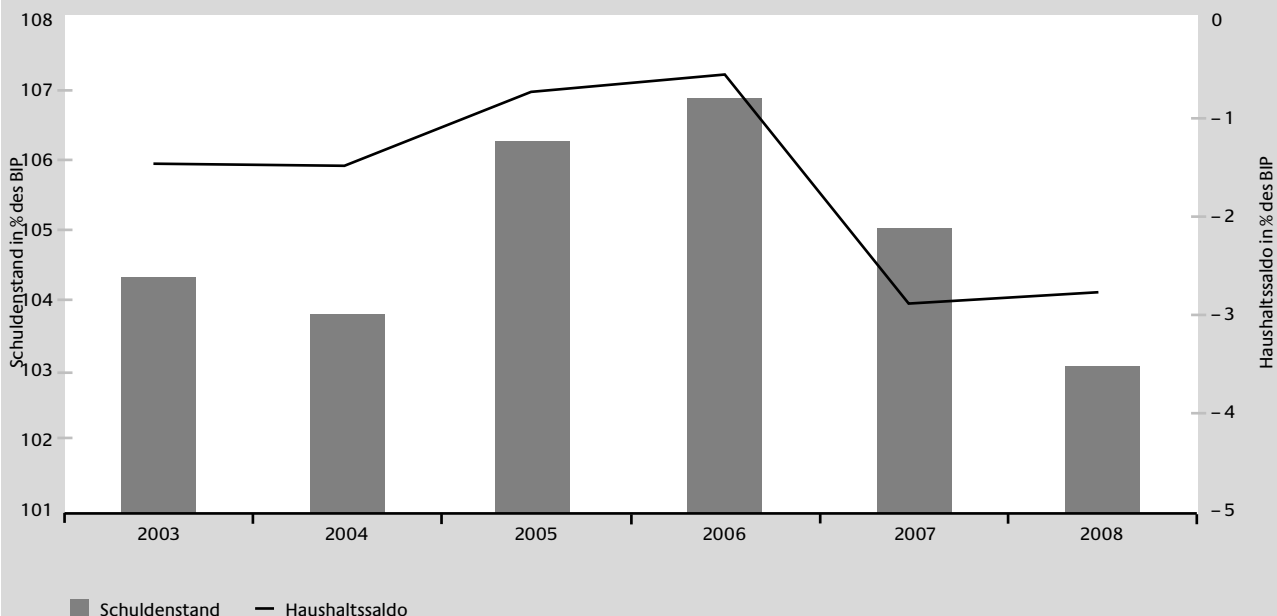
Finanzpolitik

Die Situation der öffentlichen Finanzen hat sich seit Ende 2006 verbessert. So stieg das Defizit im Jahr 2006 zwar auf 4,4 % des BIP nach 4,2 % im Vorjahr an. Noch im Stabilitätsprogramm 2006 war mit 5,7 % des BIP aber ein weitaus höheres Defizit prognostiziert worden. Auch wurde das strukturelle, um einmalige und sonstige befristete Maßnahmen bereinigte Defizit signifikant zurückgeführt. Diese Entwicklung ist vor allem auf die unerwartet positive Situation auf der Einnahmenseite zurückzuführen. Die Steuereinnahmen stiegen 2006 um rund 10 % an. Neben der konjunkturellen Belebung scheinen insbesondere Maßnahmen der Regierung zur Vermeidung von Steuerflucht und zur Steigerung der Effizienz beim Einzug von Steuerschulden Früchte zu tragen. Auch Ausgabenkürzungen im Haushalt 2006 spielten eine Rolle. Das Korrekturpaket zum Haushalt 2007 („Finanziaria“) sieht eine weitere Reduzierung des Defizits um ca. 15 Mrd. € vor. Die italienische Regierung hält an ihrem Ziel fest, die Neuverschuldung Italiens im laufenden Jahr 2007 auf 2,3 % und damit unter den Maastricht-Referenzwert von 3 % des BIP zu senken (EU-KOM-Frühjahrsprognose: 2,1 %). Diese Berechnungen beruhen allerdings auf der Annahme, dass im Jahr 2007 mit keinen weiteren Zusatzrisiken zu rechnen ist.

Ein Risiko könnte derzeit darin bestehen, innenpolitischem Druck nachzugeben und durch Steuerkürzungen oder Ausgabenlockerungen die begonnene Haushaltskonsolidierung zu gefährden. So wurde z. B. eine parlamentarische Zusage gegeben, die durch Vermeidung von Steuerflucht erzielten Einnahmen direkt in Steuerkürzungen umzusetzen.

Die Staatsschuldenquote wird im laufenden Jahr laut EU-Kommission von 106,8 % auf 105,0 % des BIP leicht zurückgehen. Die Gesamtverschuldung Italiens ist noch immer die zweithöchste unter den OECD-Staaten. Auch hieraus ergibt sich die Notwendigkeit für die italienische Regierung, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung zu verbessern. Im Hinblick auf die stark gestiegene Steuerquote, die laut OECD langfristig negative

Abbildung 7: Schuldenstand und Haushaltssaldo in Italien



Quelle: Frühjahrsprognose der EU-Kommission, 2007.

Wachstumseffekte haben könnte, sollte zudem Raum für zukünftige Steuersenkungen geschaffen werden.

Wirtschaftspolitik

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich verbessert. Die Arbeitslosenquote ist seit 1999 kontinuierlich auf 6,8 % im Jahr 2006 gesunken, was vor allem auf Lohnzurückhaltung und größere Arbeitsmarktflexibilität zurückzuführen ist. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die größere Flexibilität vorrangig auf befristete Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnbereich zurückzuführen ist. Weitere Maßnahmen zur besseren Funktion des Arbeitsmarktes konzentrieren sich auf die Schaffung von Anreizen zur Reduzierung prekärer Beschäftigungsformen, Maßnahmen zur Legalisierung von Schwarzarbeit, eine Öffnung für die neuen Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien) sowie die Regularisierung des Status von Wanderarbeitnehmern. Jüngst wurde der Ausbau des Arbeitslosenversicherungssystems angekündigt. Herausforderungen bleiben weiterhin das Problem prekärer Beschäftigungsverhältnisse bei Jugendlichen, niedrige Er-

werbsbeteiligungsraten in der formalen Wirtschaft sowie das starke Ungleichgewicht bei Arbeitslosigkeit und Erwerbsbeteiligungsraten zwischen den Regionen.

Mit der Finanziaria 2006 wurde ein Gesetz zur ergänzenden Alterssicherung für Erwerbstätige außerhalb des öffentlichen Dienstes beschlossen, das am 1. Januar 2007 in Kraft trat. Grundlage ist die freiwillige Umwandlung der gesetzlich geregelten Abfindungszahlung zu Gunsten einer ergänzenden Alterssicherung. Vergleichbare Regelungen für den öffentlichen Sektor sind angekündigt. Diese Maßnahmen sollten nach Einschätzung der OECD mit Blick auf das demografische Problem und die Haushaltsauswirkung möglichst bald und vollständig umgesetzt werden. Bei der Reform des 2005 beschlossenen Gesetzes zur Anhebung des Mindestalters für den Bezug einer vorgezogenen Rente von 57 auf 60 Jahre zeichnet sich derzeit eine Abschwächung ab. Die Regierung Prodi verhandelt aktuell die Anhebung des Mindestalters auf zunächst 58 Jahre in 2008.

Zur Steigerung des Wettbewerbs wurden jüngst zwei Pakete zur Liberalisierung insbesondere des Einzelhandels, der freien Berufe und des Bankensektors beschlossen. So stärkt z.B. ein

neues Gesetz über das Sparwesen die Aufsichtsbehörden im Bankensektor und mit dem „Bersani-Urteil“ wurde die Abschaffung von Kontoschließungsgebühren beschlossen. Weitere Liberalisierungsanstrengungen sind laut OECD zur Wettbewerbssteigerung im Unternehmenssektor notwendig, vor allem durch eine Reduzierung der Staatsinterventionen, den Abbau von Zugangsschranken im Einzelhandel und weitere Reformen im Bankensektor.

8 Finnland

- Festes und ausgewogenes Wachstum schafft günstige Ausgangsposition für neue Regierung.
- Verbesserung der Effizienz öffentlicher Dienstleistungen.
- Neue Regierung setzt Reformschwerpunkte im sozial- und arbeitsmarktpolitischen Bereich.

Konjunktur/Finanzpolitik

Das nach dem Regierungswechsel im April neu konstituierte Kabinett kann sein Regierungsprogramm auf solide gesamtwirtschaftliche Eckdaten stützen. Nach einem realen Wirtschaftswachstum von 5,5 % in 2006 erwartet die EU-Kommission für die Jahre 2007 und 2008 ein reales BIP-Wachstum von 3,1 % bzw. 2,7 % und damit nahe am Potenzialpfad von 3 %. Im 1. Quartal 2007 legte das reale BIP um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal (+ 5,5 % gegenüber Vorjahr) zu, getragen insbesondere vom produzierenden Gewerbe (insbesondere Forstbranche). Nicht zuletzt aufgrund hoher Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungsbeiträgen sowie hoher Steuermehreinnahmen wird von einem Budgetüberschuss von 3 ½ % des BIP in 2007/08 ausgegangen. Damit wird auch eine weitere Rückführung der Gesamtverschuldung auf rd. 35 % im Jahr 2008 erwartet. Auch die derzeit recht hohe Arbeitslosigkeit dürfte lt. EU-Kommission zügig abgebaut werden. Das Preisniveau wird wahrscheinlich weiter stabil bleiben.

Der finnische Finanzminister geht zum Ende der Legislaturperiode 2011 von einem Verschuldungsrückgang auf unter 30 % des BIP aus. Um diese finanzpolitische Zielmarke zu erreichen, hat die Regierung eine bindende Ausgabenlinie für den gesamten Planungszeitraum 2008 bis 2011 festgelegt, in der sich die Budgetplanungen bewegen müssen. Zusätzliche Ausgaben in einzelnen Programmen sind zu einem wesentlichen Teil durch Umschichtung von Ressourcen zu refinanzieren.

Vor dem Hintergrund der günstigen fiskalischen Entwicklung möchte die neue Regierung perspektivisch Schwerpunkte im steuerpolitischen Bereich setzen, um einerseits Beschäftigung, Unternehmertum und unternehmerische Kompetenz zu erhöhen und andererseits mehr Steuergerechtigkeit zu gewährleisten. So soll die Unternehmensbesteuerung international wettbewerbsfähig gehalten werden. Außerdem sieht die geplante Erbschaftsteuerreform höhere Freibeträge vor und soll die Gründung von Familienunternehmen erleichtern durch Ausnahmeregelungen in den Bereichen Landwirtschaft und Forst. Die Möglichkeit der steuerfreien Übertragung von Familienunternehmen wird geprüft. Details und Zeitplan der Umsetzung der Reform sind derzeit noch offen; die Steuervergünstigungen sollen aber zeitlich abhängig von der Stabilität des Konjunkturzyklus ausgestaltet werden.

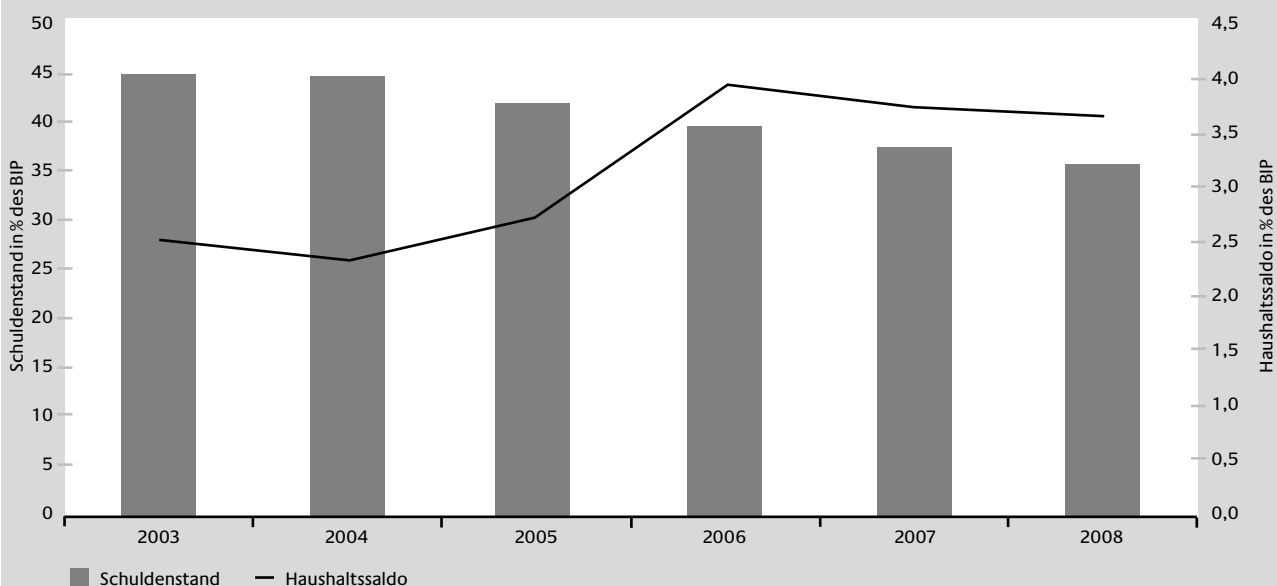
Reformpolitik

Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen

Ein Kernprojekt zur Stärkung des Wachstums im Bereich der öffentlichen Finanzen wird nach vorliegendem Regierungsprogramm die Restruk-

turierung der lokalen Gebietskörperschaften und ihrer Dienstleistungen sowie ein Programm zur Erhöhung der Staatsproduktivität sein. Die öffentliche Verwaltung und öffentliche Dienstleistungen sollen modernisiert und effizienter ausgestaltet werden, wobei gleichzeitig ein deutlicher Personalabbau geplant ist. Neue konkrete Maßnahmen werden allerdings erst im Rahmen der Festlegungen des Zielpfades für die Ausgabensteigerungen im Frühjahr 2008 eingeführt. Bereits jetzt sollen aber die Investitionen in den Bildungsbereich sowie im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) gesteigert werden. So wurde für FuE von der finnischen Regierung ein Ziel von 4 % des BIP gesetzt. Im Bereich Hochtechnologie und Innovationen werden Initiativen zur Stärkung der Universitäten gestartet. Einerseits soll die Gesamtausstattung der Universitäten verbessert werden, andererseits werden Technologiezentren stärker gefördert und zusätzliche Bildungsmöglichkeiten (Sprachen) geschaffen. Innerhalb der Legislaturperiode soll darüber hinaus evaluiert werden, inwiefern die eingeleiteten finanzpolitischen Maßnahmen in der Lage sind, die fiskalischen Herausforderungen aus der Alterung der Bevölkerung zu meistern.

Abbildung 8: Schuldenstand und Haushaltssaldo in Finnland



Quelle: Frühjahrsprognose der EU-Kommission, 2007.

Arbeitsmarkt- und Sozialreformen

Angesichts der nach wie vor vorhandenen strukturellen Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt (Mismatch) kommt der Förderung von regionaler und beruflicher Mobilität eine zentrale Bedeutung zu. Hierzu soll u.a. die Weiterbildung von Erwachsenen effizienter auf die Arbeitsmarkterfordernisse ausgerichtet werden; gleichzeitig werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Subventionierung von Arbeitsplätzen eingeschränkt. Als allgemeiner steuerpolitischer Rahmen ist die geplante Reduzierung der Besteuerung von Arbeit, insbesondere durch Senkung der Einkommensteuer, von Bedeutung.

Die finnische Regierung will darüber hinaus eine Reform der Sozialen Sicherung initiieren, die in mehreren Stufen umgesetzt und parlamentarisch spätestens im Herbst 2008 verabschiedet werden soll. Die Reform wird von einem von der Regierung eingesetzten Komitee erarbeitet, in dem die Tarifparteien eine wichtige Rolle einneh-

men. Ziel der Reform ist es, mehr Anreize für die Aufnahme von Arbeit zu setzen, Armut zu vermeiden und einen Mindeststandard an Sozialschutz für alle Lebenssituationen zu gewährleisten. Die Einkommensposition von Niedrigeinkommensbeziehern, Rentnern, Alleinerziehenden mit Kindern sowie von Studenten soll verbessert werden. Auch im administrativen Bereich soll die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte und des Sozialsystems weiter verbessert und einem umfassenden Review unterzogen werden.

Auch im Gesundheits- und Familienbereich hat die neue finnische Regierung Maßnahmen angekündigt. So werden die Zuweisungen an die Kommunen für soziale Einrichtungen und Gesundheit deutlich ausgeweitet, um Krankenpflege und Betreuung Älterer, aber auch die Kinderbetreuung zu verbessern.

Entscheidende Rahmenbedingung für die Reform im Arbeits- und Sozialbereich ist eine tragfähige Finanzierung der Leistungen.

9 Anhang: Vergleichende Grafiken

Abbildung 9: Reales BIP

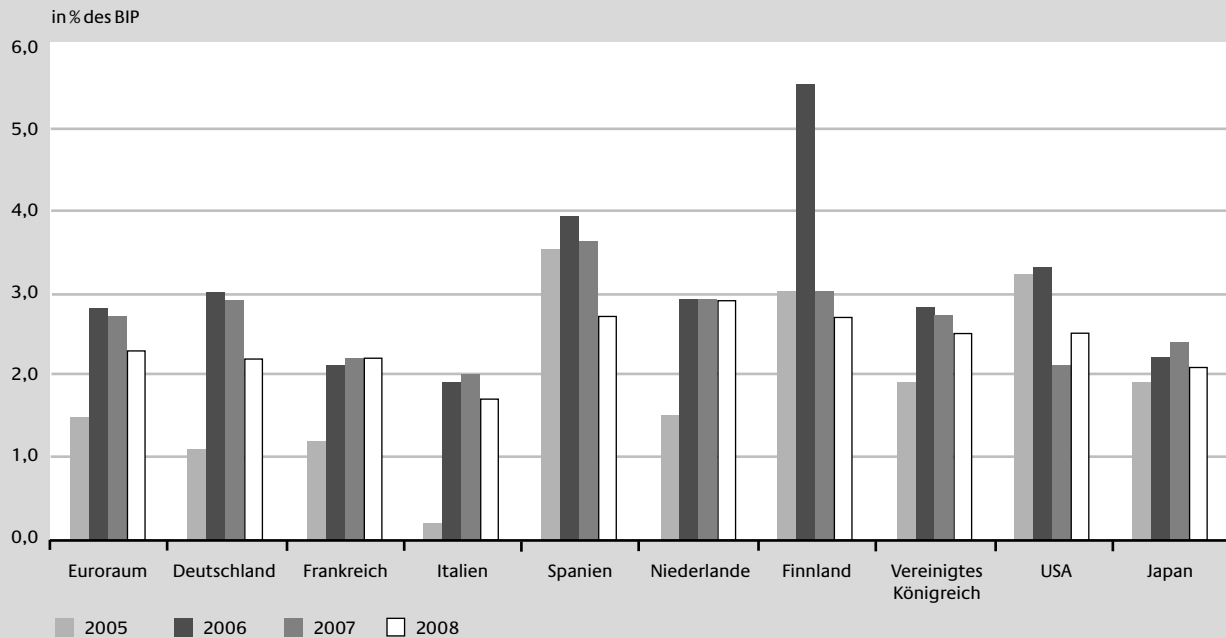


Abbildung 10: Inflation

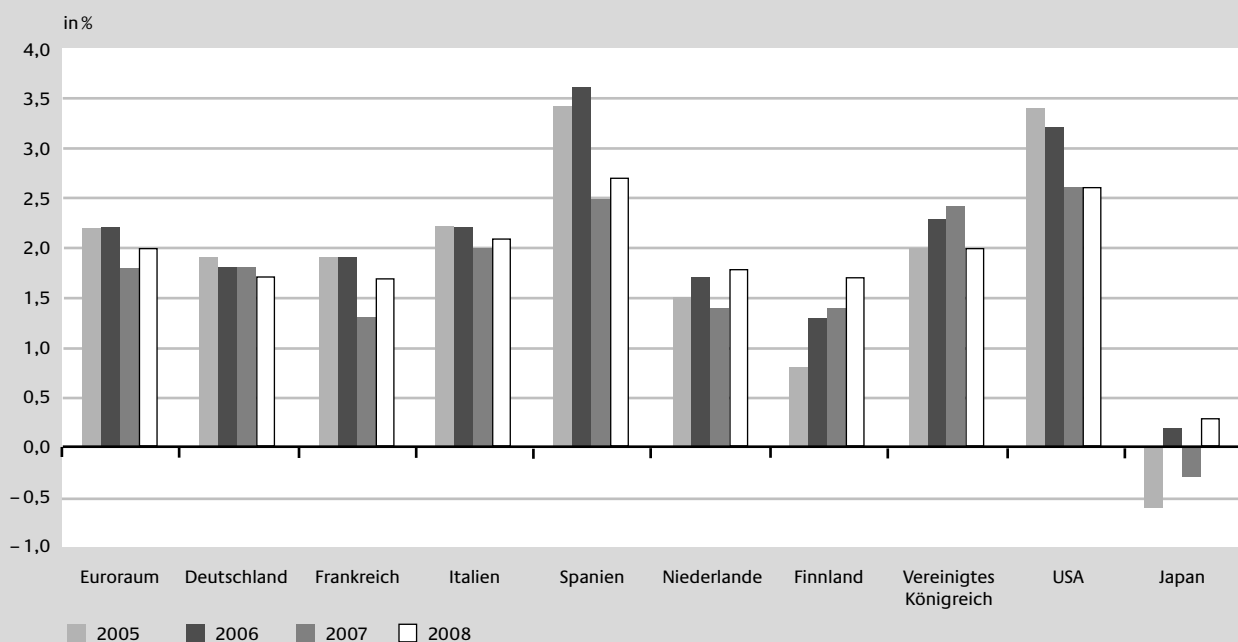


Abbildung 11: Arbeitslosenquoten

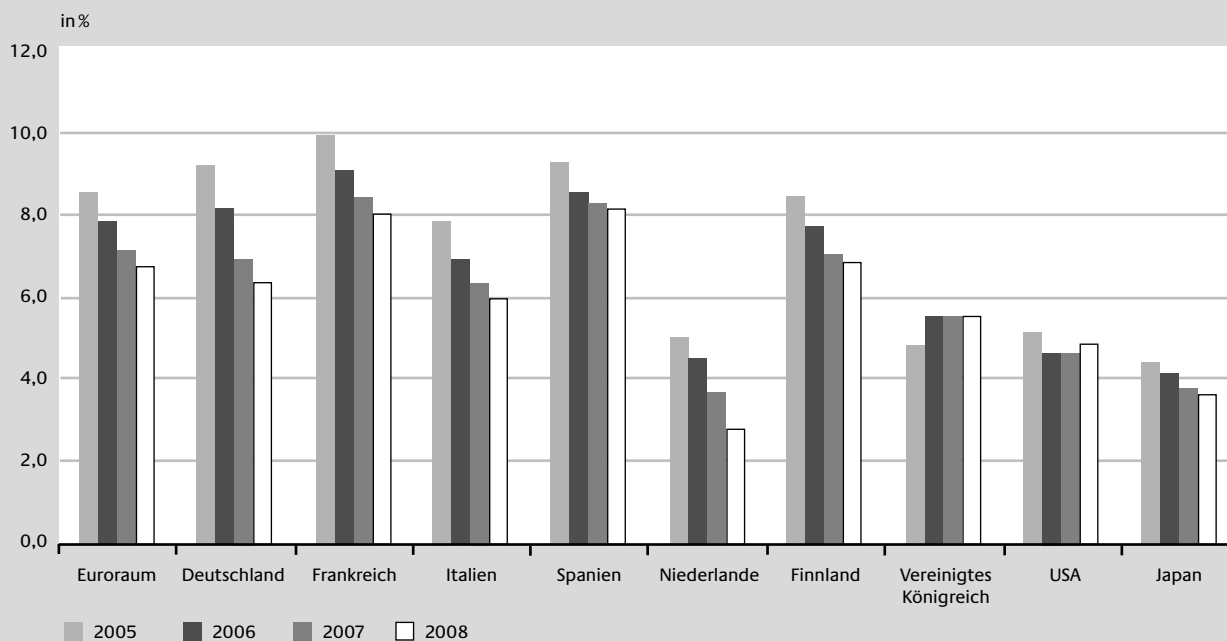
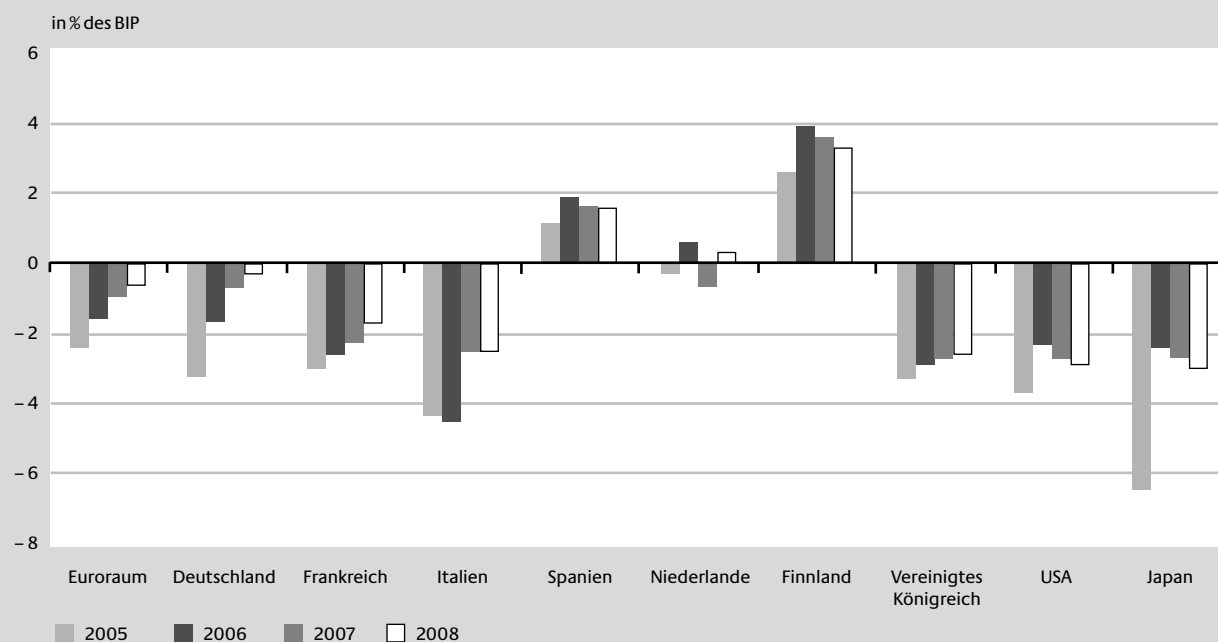


Abbildung 12: Haushaltssalden



Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie

Ergebnisse des G 8-Gipfels von Heiligendamm für die internationale Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden

1	Einleitung	93
2	Die Leitlinien zur Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden	94
3	Das internationale Informationssystem zum Schutze der Rechte des geistigen Eigentums ...	96
4	Ausblick	98

- Die Staats- und Regierungschefs der G 8-Staaten unterstützen die deutsche Initiative zur besseren Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden im Kampf gegen die Marken- und Produktpiraterie.
- Die vom Bundesministerium der Finanzen erarbeiteten Leitlinien dienen als Arbeitsempfehlungen.
- Das Kernstück der Leitlinien stellt das sogenannte INFO_IPR (Information System on Intellectual Property Rights) dar, das künftig insbesondere einen besseren Datenaustausch zwischen den Zollbehörden gewährleisten soll.

1 Einleitung

In den letzten Jahren hat die Bekämpfung der Marken- und Produktpiraterie weltweit eine immer größere Bedeutung erlangt. Auch die deutsche Zollverwaltung hat ihre Bemühungen in diesem Bereich noch verstärkt und gerade im vergangenen Jahr insbesondere mit Aufgriffen im Hamburger Hafen die weltweit bisher größten Erfolge erzielt. Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel hatte das Thema „Schutz von Innovationen“ auch auf die Tagesordnung der deutschen G8-Präsidentschaft gesetzt. In Heiligendamm wurde der Schutz von Innovationen neben Themen wie der Entwicklungshilfe für Afrika und dem Klimaschutz behandelt. In diesem Zusammenhang hat das Bundesfinanzministerium unter Federführung der Zoll- und Verbrauchsteuerabteilung in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz und dem Bundesministerium des Innern ein Papier entwi-

ckelt, das Leitlinien für die Zusammenarbeit von Zoll- und Grenzschutzbehörden unter anderem zur Umsetzung von Strafverfolgungsmaßnahmen im Bereich der Produkt- und Markenpiraterie enthält (Guidelines for Customs and Border enforcement Cooperation). Ein Kernstück dieser Leitlinien ist das von Deutschland für den G8-Gipfel vorgeschlagene elektronische Informationssystem, das zukünftig, zunächst ausgehend von den G8-Staaten, einen verbesserten Datenaustausch zwischen den Zoll- und Grenzschutzbehörden der G8-Staaten ermöglichen soll. Einzelheiten des Konzeptes wurden von Experten des Bundesfinanzministeriums, der Zentralstelle für den Gewerblichen Rechtsschutz, der Zentralstelle für die Risikoanalyse und dem Zollkriminalamt sowie Vertretern der Weltzollorganisation (WZO) erarbeitet.

In der Gipfelerklärung heißt es hierzu wörtlich:

„Wir unterstützen die Leitlinien zur Zusammenarbeit im Bereich Zoll- und Grenzverwaltung, die die Zusammenarbeit und Abstimmung unserer nationalen Zoll- und Justizverwaltungen verbessern sollen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir insbesondere die Entwicklung eines leistungsfähigen Informationsaustauschsystems, soweit dies angemessen ist, in enger Zusammenarbeit mit der Weltzollorganisation, das zur besseren Zusammenarbeit der einschlägigen Vollzugsbehörden weltweit führen wird.“

Im Folgenden werden der wesentliche Inhalt der Leitlinien zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Zoll- und Grenzschutzbehörden sowie das elektronische Informationssystem INFO_IPR näher dargestellt.



2 Die Leitlinien zur Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden

Die von Deutschland vorgeschlagenen Leitlinien wurden in mehreren Konferenzen mit IPR-Experten der G8-Staaten abgestimmt. Teilgenommen hatten Vertreter der zuvor genannten deutschen Bundesministerien, der World Intellectual Property Rights Organization (WIPO) mit Sitz in Genf, der OECD, der WZO und von INTERPOL.

Im Einzelnen wird festgestellt:

– Nur durch konzertiertes Handeln kann die internationale Gemeinschaft Maßnahmen zum Schutze der geistigen Eigentumsrechte (englische Kurzbeschreibung: IPR) ausarbeiten und Verletzungen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes wirksam bekämpfen.

Das Deliktsfeld ist durch eine sehr wirtschaftsnahe Ansiedlung der Tätergruppierungen gekennzeichnet. Hier ist bei legalen Warenbewegungen ein noch stärkerer Sogeffekt erkennbar als bei Schmuggelaktivitäten mit illegalen Waren. Die Transportwege von gegen IPR-Regeln verstoßenden Gütern folgen den existierenden Warenströmen gleichartiger legaler Waren. Erfahrungsgemäß handelt es sich dabei fast ausschließlich um globalisierte Vergehen.

– Integriertes Vorgehen der Gremien

Eine wirksame Koordinierung durch die Einbindung von eigens hierfür eingerichteten Ausschüssen und anderen Gremien ist auch aus Sicht der G8 wünschenswert. Die relevanten internationalen Organisationen und Institutionen sollten ihre Vorgehensweisen integrieren,

um den Aufbau von Doppelstrukturen auf operationeller Ebene wie beispielsweise parallele IT- und Informationsaustauschsysteme zu vermeiden.

– Gesetzliche Regelungen

Als Grundlage für die Zusammenarbeit der Behörden, insbesondere im Bereich der Strafverfolgung, müssen unter anderem Regelungen für den Austausch relevanter personenbezogener Daten zwischen den G8-Staaten getroffen werden. Staaten, die keine Amtshilfeabkommen mit anderen Mitgliedstaaten abgeschlossen haben, sollten daher bestrebt sein, derartige Abkommen zwecks Durchführung einer wirksameren Kooperation abzuschließen. Ein verstärkter Datenaustausch ist eine Grundvoraussetzung zur Durchführung gemeinsamer Zollkontroll- und Grenzschutzmaßnahmen mit Partnern auch in Drittländern.

– Zentralstellen der Zoll- und Grenzschutzverwaltungen für IPR-Fragen

Aufgrund der EU-Gesetzgebung existieren in den EU-Mitgliedstaaten bereits IPR-Zentralstellen. Die Rechteinhaber können Anträge auf Tätigwerden des Zolls, insbesondere auf Beschlagnahme gefälschter Waren an der Grenze stellen. Die Zentralstelle für Gewerblichen Rechtsschutz in München arbeitet seit Jahren sehr erfolgreich mit der Wirtschaft, den IPR-Zentralstellen sowie den jeweiligen Risikoanalysestellen der Zollverwaltungen der anderen EU-Mitgliedstaaten zusammen. Derartige IPR-Zentralstellen sollten in allen G8-Staaten errichtet werden. Darüber hinaus könnte die Errichtung solcher Zentralstellen in Ländern, aus denen die gefälschten Waren stammen, zu einer engeren Zusammenarbeit mit den G8-Staaten führen.

– Strategie zur Reduzierung von Angebot und Nachfrage

Es muss eine Verfolgungsstrategie implementiert werden, die Maßnahmen zur Reduzierung von Angebot und Nachfrage gefälschter Produkte kombiniert. Im Bereich des Handels mit illegalen Drogen hat sich gezeigt, dass durch solche Maßnahmen die internationale Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden stark optimiert und der Verfolgungsdruck signifikant erhöht werden kann. Geeignete Voraussetzungen auf politischer und operati-

ver Ebene können durch Maßnahmen wie internationale Konferenzen, Workshops und Seminare geschaffen werden, die das Bewusstsein für die Illegalität und das Schadensausmaß von IPR-Verstößen schärfen.

Besonders hinsichtlich der Nachfrage müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Die Zoll- und Grenzschutzbehörden der G8-Staaten können dazu beitragen, die Anstrengungen im öffentlichen und privaten Sektor zu verstärken, indem sie – z.B. durch die Bekanntmachung von Verfolgungsmaßnahmen und die Veröffentlichung von Statistiken – die weltweite Sensibilisierung der Öffentlichkeit erhöhen. All diese Maßnahmen können allerdings nicht greifen, wenn nicht auch die Reduzierung der Angebotsseite verfolgt wird. Hier sind die Länder, in denen die gefälschten Waren hergestellt werden, aufzufordern, mehr als bisher zur Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie in dem Ursprungsland zu unternehmen.

– Neben diesen allgemeinen Feststellungen und Empfehlungen enthalten die Leitlinien auch ein Bündel von operativen Maßnahmen, deren Umsetzung angestrebt werden sollte. Als Erstes und Wesentliches ist hier die Schaffung eines Systems zum Austausch von personen- und nicht personenbezogenen Daten ähnlich dem sogenannten „Balkan-Info“ der WZO, einem Informationssystem zur Bekämpfung des Schmuggels von Drogen auf der Balkan-Route, zu nennen. Des Weiteren wären als operative Maßnahmen zu nennen:

- die Schaffung eines Austauschprogramms für Zöllner und andere Beamte zwischen den Ursprungs- und Zielländern. Hierzu könnten Vereinbarungen für die Zusammenarbeit zwischen den G8-Staaten und ausgesuchten Schwellenländern geschlossen werden;
- eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, um den Zoll- und Grenzschutzbehörden verlässliche und einfache Erkennungsmerkmale für Originalwaren an die Hand geben zu können;
- die Fortentwicklung und Nutzung der sogenannten RFID-Technologie (Radio Frequency Identification Technology); mittels in die Originalware eingebauter Mikrochips können durch Nutzung von Scannern diese einfacher von den gefälschten Waren unterschieden werden;

- die verstärkte Durchführung internationaler konzertierter Kontrolloperationen unter Federführung der Zollverwaltungen;
- die Schaffung einer technischen Standard-Datenbank mit detaillierten Informationen zur besseren Erkennung gefälschter Produkte.

3 Das internationale Informationssystem zum Schutze der Rechte des geistigen Eigentums

– Projekt Informationssystem on Intellectual Property Rights, kurz INFO_IPR

Das Kernstück der deutschen G8-Initiative zur verbesserten Zusammenarbeit der Zoll- und Grenzschutzbehörden im Kampf gegen die Produkt- und Markenpiraterie stellt das sogenannte Projekt „Information System on Intellectual Property Rights“, kurz INFO_IPR, dar. Wie bereits erwähnt, wurde es in enger Zusammenarbeit mit der WZO als Konzept entwickelt und soll dazu beitragen, künftig einen verbesserten Datenaustausch zwischen den Zollverwaltungen und später auch anderen Grenzbehörden der an dem Informationssystem teilnehmenden Staaten zu gewährleisten. Die in Heiligendamm verabschiedete Initiative soll zunächst auf die G8-Staaten beschränkt sein. Zukünftig können jedoch auch andere EU-Mitgliedstaaten und wichtige Partnerstaaten an dem System teilnehmen. Grundsätzlich steht die Teilnahme allen Mitgliedstaaten der WZO offen.

Das Infosystem baut auf noch zu schaffende oder bereits bestehende Datenbanken auf. Es führt zu einer Standardisierung und wesentlichen Ausweitung des Datenaustausches. Auf nationaler Ebene wird INFO_IPR innerhalb der Zollverwaltung dazu beitragen, Datenflüsse dienststellenübergreifend zu integrieren und Daten konsistent zu halten. International wird das System ein wirksames Instrument zur Bekämpfung des Handels mit gefälschten Waren werden. Je mehr Staaten teilnehmen, desto größer ist der Datenbestand in den nationalen Datenbanken. Dies wird eine verbesserte Risikoanalyse der Zollverwaltungen und anderer Behörden und damit eine wirksamere Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie zur Folge haben. Auch die erarbeiteten Statistiken hätten eine größere Aussagekraft.

– Ist-Zustand

Gegenwärtig werden nicht personenbezogene Daten (non nominal data) über die sog. CEN-

Datenbank (Customs Enforcement Network) der WZO zwischen den teilnehmenden Staaten ausgetauscht. CEN umfasst Angaben z.B. über die Art und Menge beschlagnahmter Waren (Textilien, Uhren, Medikamente, Autoteile etc.), Beschlagnahmeorte, Schmuggelmethoden und -mittel (z.B. Containerschiff, Flugzeug, LKW) sowie Schmuggelrouten (Herkunfts-, Transit- und Bestimmungsländer). Der Austausch dieser Daten dient heute in erster Linie statistischen Zwecken und in gewissem Umfang der Risikoanalyse.

Personenbezogene Daten (nominal data) werden von der CEN-Datenbank mangels Rechtsgrundlage gegenwärtig nicht erfasst. Solche Daten werden heute lediglich im Rahmen von Einzelauskunftersuchen oder Spontanmitteilungen auf der Grundlage bestehender bilateraler Verträge über die gegenseitige Unterstützung der Zollverwaltung oder entsprechender Abkommen der EU mit Drittstaaten zwischen den Zollverwaltungen dieser Staaten ausgetauscht. Meist erfolgt dies durch die Übermittlung entsprechender Schreiben, also grundsätzlich in Papierform.

– Soll-Zustand

INFO_IPR soll künftig den Austausch sowohl von nicht personenbezogenen Daten als auch von personenbezogenen Daten verbessern. In dem Bereich der nicht personenbezogenen Daten soll dies geschehen, indem, ausgehend von den jeweils vorhandenen oder noch zu schaffenden nationalen Datenbanken, eine bessere Strukturierung der Daten vorgenommen und eine automatische Eingabe in die CEN-Datenbank der WZO gewährleistet wird. Das INFO_IPR soll die in den teilnehmenden Staaten vorhandenen nationalen Datenbanken enger verknüpfen. Auf diese Weise werden sich Qualität und Quantität der bei der WZO verfügbaren und damit den zugriffsberechtigten Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden Daten erhöhen. Dies steigert die Aussagekraft der statistischen Auswertungen und verbessert die Möglichkeiten einer Risikoanalyse.

Der Austausch personenbezogener Daten soll durch INFO_IPR ebenfalls besser strukturiert und erstmals – in verschlüsselter Form – grundsätzlich auch elektronisch möglich werden. Zu den personenbezogenen Daten gehören –

jedenfalls nach deutschem Rechtsverständnis – alle Angaben, die Rückschlüsse auf handelnde natürliche oder juristische Personen erlauben. Hierunter fallen Angaben über die konkret verwendeten Transportmittel (Fahrzeugkennzeichen oder Containernummer), über die an dem illegalen Transport beteiligten Spediteure bis hin zu Angaben über die den Transport veranlassenden Personen oder Firmen. Auch Angaben über etwaige Verurteilungen von im Zusammenhang mit der Produktpiraterie überführten Straftätern fallen hierunter.

Das Info-System soll auch den Austausch personenbezogener Daten – wiederum ausgehend von den jeweils vorhandenen oder noch zu schaffenden nationalen Datenbanken – in Zukunft standardisieren und beschleunigen. Selbstverständlich muss das System dabei die datenschutzrechtlichen gesetzlichen Bestimmungen der teilnehmenden Staaten berücksichtigen. Aus diesem Grund entscheidet jeder Staat im Einzelfall auf der Grundlage des jeweils nationalen Rechts – insbesondere seiner Datenschutzbestimmungen – in eigener Zuständigkeit, welche Daten er über seine Datenbank den anderen Staaten zur Verfügung stellen möchte und in welche weiteren Datenbanken z.B. bei der Europäischen Kommission, bei EUROPOL und INTERPOL oder bei der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) er seine Daten einspeist. Die vollständige Umsetzung dieses Informationssystems wäre jedenfalls ein Meilenstein im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Zollverwaltungen und anderen Behörden.



4 Ausblick

Nachdem die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten nunmehr „grünes Licht“ für die Umsetzung der Leitlinien und des elektronischen Informationssystems INFO_IPR gegeben haben, gilt es, bereits in der zweiten Hälfte der deutschen G8-Präsidentschaft in konkrete Verhandlungen mit Zoll- und IT-Experten der G8-Staaten einzutreten, um eine möglichst zügige Umsetzung des Systems zu gewährleisten. Das deutsche Grobkonzept liegt vor und wird mit den G8-Partnerstaaten in seinen Einzelheiten diskutiert werden. Es zeigt ausführlich die erforderlichen fachlichen Anforderungen auf und befasst sich mit Datenerfassungs- und Schnitt-

stellenthematik, rechtlichen Aspekten und mit der Wirtschaftlichkeit des Systems und bildet eine solide Grundlage für weitere Gespräche mit den Partnerstaaten.

Es ist verständlich, dass ein solch großes Vorhaben nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann, zumal auch widerstreitende Interessen der Staaten in den G8-Vorbereitungskonferenzen deutlich erkennbar waren. Umso erfreulicher ist, dass man sich auf den zuvor genannten Text der Gipfelerklärung einigen konnte. Japan, das im Jahre 2008 die Präsidentschaft der G8 von Deutschland übernehmen wird, hat bereits signalisiert, dass es das Projekt unterstützen und forcieren werde.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	102
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	125
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	129

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	102
1 Kreditmarktmittel	102
2 Gewährleistungen	103
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	103
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	104
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007	106
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	110
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	112
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	114
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	115
10 Entwicklung der Staatsquote	116
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	117
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	118
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	119
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	120
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	121
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	122
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	123
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	124
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	125
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	125
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007	125
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2007	126
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2007	127
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	129
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	129
2 Preisentwicklung	129
3 Außenwirtschaft	130
4 Einkommensverteilung	130
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	131
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	132
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	133
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	134
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	135
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	136
11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (BIP, Verbraucherpreise, Arbeitslosenquote)	137
12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF (Haushaltssaldo, Staatsschuldenquote, Leistungsbilanzsaldo)	140

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Mai 2007 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. Juni 2007 Mio. €
Anleihen	583 050	0	0	583 050
Bundesobligationen	178 949	5 000	0	183 949
Bundesschatzbriefe	10 074	184	145	10 113
Bundesschatzanweisungen	117 000	7 000	13 000	111 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 529	5 878	5 893	35 514
Finanzierungsschätze	3 068	166	249	2 985
Schuldscheindarlehen	21 320	110	160	21 270
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	0	0	0	0
Kreditmarktmittel insgesamt	949 195			948 085

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Mai 2007 Mio. €	Stand: 30. Juni 2007 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	186 504	187 425
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	300 078	292 957
langfristig (mehr als 4 Jahre)	462 613	467 703
Kreditmarktmittel insgesamt	949 195	948 085

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2007 in Mrd. €	Belegung am 30. Juni 2006 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	96,4	107,6
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	25,6	29,5
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	61,2	61,5

3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006 Ist	2007 Soll	2008 Reg.-Entw.	2009	2010	2011
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Finanzplanung		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
1. Ausgaben	261,0	270,5	283,0	285,5	288,5	289,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
2. Einnahmen¹	232,8	250,7	270,1	274,8	282,3	289,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 7,7	+ 7,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	220,5	237,1	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 13,7	+ 7,5	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,1
3. Finanzierungssaldo	- 28,2	- 19,8	- 13,1	- 10,7	- 6,2	- 0,2
in % der Ausgaben	10,8	7,3	4,6	3,7	2,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (-)²	240,5	238,0	231,7	226,1	221,1	220,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	1,6	- 5,3	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	195,9	216,3	218,9	215,6	215,1	220,0
7. Nettokreditaufnahme	- 27,9	- 19,6	- 12,9	- 10,5	- 6,0	0,0
8. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	24,0	24,3	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 5,5	+ 1,4	- 0,9	0,0	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2007.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Soll	2008 Entwurf	2009	2010	2011
				Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 204	26 737	26 756	26 764	27 159
Aktivitätsbezüge	19 730	19 761	20 250	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 554	9 159	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 206	11 092	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 443	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 320	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 124	4 178	4 255	4 343	4 412
Laufender Sachaufwand	18 349	18 715	19 597	19 900	20 229	20 588
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 517	1 411	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 654	9 497	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 543	8 689	8 700	8 641	8 627
Zinsausgaben	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
an andere Bereiche	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	39 278	42 120	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	39 233	42 076	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	4	3	3	3	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	162 467	170 020	171 062	172 211	172 577
an Verwaltungen	13 937	14 770	14 563	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	9 141	8 819	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	26	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 601	5 719	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	147 697	155 458	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	18 002	23 637	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	27 847	28 218	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 633	98 884	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	881	954	927	920	910
an Ausland	3 024	3 328	3 761	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	246 664	258 474	260 812	264 104	265 702
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 112	6 860	6 990	6 915	6 780	6 771
Baumaßnahmen	5 634	5 326	5 565	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	1 029	945	884	889	875
Grunderwerb	536	505	480	461	464	459
Vermögensübertragungen	13 302	14 051	14 203	13 460	13 495	13 301
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	13 674	13 830	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	6 051	5 516	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	5 979	5 442	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	66	68	62	76	82
Sondervermögen	–	6	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	7 624	8 314	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	5 333	5 881	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 291	2 433	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	376	374	351	338	332
an andere Bereiche	387	376	374	351	338	332
Unternehmen – Inland	–	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland	172	161	164	151	143	142
Ausland	215	215	210	200	195	190

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	3 422	3 477	4 045	4 139	3 938
Darlehensgewährung	2 109	2 778	2 720	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 777	2 719	3 104	3 302	3 205
Sozialversicherungen	–	–	–	–	–	–
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	1 666	1 293	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 111	1 425	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	644	757	940	837	732
Inland	0	28	16	13	13	13
Ausland	578	616	741	927	824	719
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	23 102	24 333	24 670	24 421	24 414	24 010
¹ Darunter: Investive Ausgaben	–	– 496	56	267	– 18	– 12
Globale Mehr-/Minderausgaben	22 715	23 957	24 296	24 070	24 076	23 678
Ausgaben zusammen	261 046	270 500	283 200	285 500	288 500	289 700

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0	Allgemeine Dienste	49 046	44 189	23 757	14 375	–	6 057
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 627	7 335	3 746	1 218	–	2 371
02	Auswärtige Angelegenheiten	6 485	3 032	445	163	–	2 423
03	Verteidigung	28 222	27 771	15 330	11 639	–	802
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 991	2 629	1 802	725	–	102
05	Rechtsschutz	337	322	224	83	–	15
06	Finanzverwaltung	3 383	3 101	2 209	548	–	344
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13 249	9 342	446	655	–	8 241
13	Hochschulen	2 232	1 238	7	4	–	1 227
14	Förderung von Schülern, Studenten	1 551	1 551	–	–	–	1 551
15	Sonstiges Bildungswesen	502	440	9	62	–	369
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 293	5 638	430	583	–	4 626
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 670	475	1	7	–	468
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	138 007	137 209	194	552	–	136 463
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 705	91 705	36	0	–	91 669
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 160	5 159	–	–	–	5 159
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 410	3 193	–	146	–	3 047
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 463	36 330	45	346	–	35 939
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 163	715	114	59	–	541
3	Gesundheit und Sport	926	692	233	239	–	220
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	358	311	125	139	–	47
312	Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	358	311	125	139	–	47
32	Sport	108	83	–	2	–	82
33	Umwelt- und Naturschutz	197	159	71	46	–	42
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	263	139	37	53	–	50
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 005	784	2	4	–	779
41	Wohnungswesen	1 446	781	–	3	–	779
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	1
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	4	2	2	–	–	–
44	Städtebauförderung	554	–	–	–	–	–
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 000	529	27	131	–	371
52	Verbesserung der Agrarstruktur	632	244	–	1	–	242
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	125	125	–	53	–	71
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	125	125	–	53	–	71
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	244	161	27	77	–	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
0 Allgemeine Dienste	1 010	1 897	1 950	–	4 857	4 817
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	290	3	0	–	293	293
02 Auswärtige Angelegenheiten	48	1 678	1 727	–	3 453	3 447
03 Verteidigung	296	97	58	–	451	418
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	244	119	–	–	363	363
05 Rechtsschutz	15	–	–	–	15	15
06 Finanzverwaltung	116	1	165	–	282	282
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	141	3 766	–	–	3 907	3 906
13 Hochschulen	1	993	–	–	994	994
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	62	–	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	136	1 519	–	–	1 655	1 654
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 191	–	–	1 195	1 195
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	787	1	–	799	463
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	214	1	–	217	6
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	127	–	–	133	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3	445	–	–	449	449
3 Gesundheit und Sport	161	73	–	–	234	234
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	36	12	–	–	47	47
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	36	12	–	–	47	47
32 Sport	–	25	–	–	25	25
33 Umwelt- und Naturschutz	8	30	–	–	38	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	118	7	–	–	124	124
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 216	5	–	1 221	1 221
41 Wohnungswesen	–	660	5	–	664	664
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	2	–	–	2	2
44 Städtebauförderung	–	554	–	–	554	554
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	38	432	2	–	471	471
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	388	1	–	388	388
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	38	44	1	–	83	83

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Funktion	Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 088	3 189	46	398	–	2 745
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	526	476	–	243	–	233
621	Kernenergie	223	223	–	–	–	223
622	Erneuerbare Energieformen	38	12	–	4	–	8
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	241	–	238	–	3
63	Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 099	2 079	–	5	–	2 074
64	Handel	100	100	–	54	–	46
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	742	65	–	12	–	52
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 621	470	46	84	–	340
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 991	3 733	970	2 013	–	751
72	Straßen	7 075	957	–	848	–	109
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 510	780	467	246	–	66
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	–	–	–	4
75	Luftfahrt	201	200	42	18	–	141
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 869	1 791	461	901	–	430
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	10 177	6 528	–	19	–	6 509
81	Wirtschaftsunternehmen	4 736	1 087	–	19	–	1 068
832	Eisenbahnen	3 488	83	–	5	–	78
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	1 248	1 004	–	14	–	990
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 441	5 441	–	–	–	5 441
873	Sondervermögen	5 421	5 421	–	–	–	5 421
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	20	20	–	–	–	20
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 010	40 468	529	329	–	332
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	368	330	–	–	–	330
92	Schulden	39 313	39 313	–	35	–	–
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	329	825	529	294	–	2
Summe aller Hauptfunktionen		270 500	246 664	26 204	18 715	–	162 467

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2007

– in Mio. € –

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Globale Mehr-/ Minder- ausgaben	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion						
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	748	1 150	–	1 899	1 899
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	51	–	–	51	51
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	26	–	–	26	26
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	–	20	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	677	–	–	677	677
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 150	–	1 151	1 151
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 498	1 760	0	–	7 258	7 258
72 Straßen	4 698	1 420	–	–	6 118	6 118
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	730	–	–	–	730	730
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	–	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	69	8	–	–	77	77
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	–	3 334	314	–	3 649	3 649
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 128	277	–	3 404	3 404
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	206	38	–	244	244
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	– 496	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	– 496	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 860	14 051	3 422	– 496	24 333	23 957

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.³ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse							Soll	Reg.-Entw.
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,5	283,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	250,7	270,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	7,7	7,7
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 19,8	- 13,1
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6	- 12,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,2	26,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	0,4	2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,7	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	14,9
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	39,3	42,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	4,8	7,2
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,5	14,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	24,0	24,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	5,5	1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	8,9	8,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	33,4	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	220,5	237,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	8,2	7,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	81,5	83,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	88,0	87,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	41,2	43,2
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 19,6	- 12,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	7,2	4,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	81,7	53,1
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	121,6	115,2
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juni 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²	2007 ³	2008 ³
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7	652	665 1/2
Einnahmen	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2	635	653
Finanzierungssaldo	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9	- 16	- 11
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	271	283
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	257 1/2	270
Finanzierungssaldo	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 13	- 13
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7	265 1/2	271
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7	264	267
Finanzierungssaldo	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0	- 1 1/2	- 4 1/2
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7	159 1/2	163 1/2
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6	163	166
Finanzierungssaldo	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0	3 1/2	2 1/2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6	2 1/2	2
Einnahmen	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0	6 1/2	3
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	4	4 1/2
Einnahmen	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	10 1/2	5
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2	2 1/2	2
Einnahmen	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5	6	1
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6	2 1/2	2 1/2
Einnahmen	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0	3	1 1/2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Schätzungen.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juni 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²	2007 ³	2008 ³
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7	- 1/2	- 1/2
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 1/2	- 1/2
Länder	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4	- 0	- 0
Gemeinden	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 9,3	-11,0	-10,7	- 8,4	- 6,1	- 2 1/2	- 1 1/2
darunter:							
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	- 5	- 4 1/2
Länder	-11,4	-11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9	- 1/2	- 1 1/2
Gemeinden	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9	2	1 1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,5	28,7	27,8	27,9	27,5	27	26 1/2
darunter:							
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,3	11 1/2	11 1/2
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	11	11
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7	6 1/2	6 1/2
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ⁴	20,6	20,5	20,1	20,2	21,2	22 1/2	22

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Schätzungen.

⁴ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juni 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 ²	534,3	264,2	270,1	49,4	50,6
2008 ²	555,3	277,2	278,1	49,9	50,1
2009 ²	575,0	292,3	282,7	50,8	49,2
2010 ²	594,9	307,5	287,4	51,7	48,3
2011 ²	613,6	322,1	291,4	52,5	47,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragsentnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,5	37,7
2004 ³	21,8	39,8	20,1	37,0
2005 ³	22,0	39,7	20,2	36,8
2006 ⁴	23,0	40,3	21,2	37,5

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2006.

⁴ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
	Anteile am BIP in %		
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,8	26,0	20,8
2006 ⁶	45,6	25,4	20,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: August 2006.

⁶ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Schulden in Mio. € ¹							
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 198 145	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 480 625
Bund ²	715 627	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	333 187	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 991	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 877
Zweckverbände	8 070	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649
nachrichtlich:							
Bund + SR	773 897	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 610
Länder + Gemeinden	416 178	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	278 358	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	54 828	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 572
Gemeinden (West)	67 345	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387
Gemeinden (Ost)	15 646	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	13 489
Länder und Gemeinden (West)	345 703	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	70 474	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:							
Sonderrechnungen Bund	58 270	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	18 386	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357
Fonds Deutsche Einheit	39 680	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	204	285	369	469	400	300	199
Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,1	57,0	58,5	61,3	63,2	64,6	64,1
Bund ²	34,7	33,0	33,6	35,2	36,4	38,9	39,1
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,2	16,9	18,0	19,2	20,1	20,9	20,8
Gemeinden	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:							
Bund + SR	37,5	35,8	36,3	37,9	39,0	39,6	39,7
Länder + Gemeinden	20,2	20,8	21,8	23,1	23,9	24,6	24,3
nachrichtlich:							
Länder (West) ³	13,5	14,2	15,1	16,1	16,9	17,6	17,5
Länder (Ost)	2,7	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,3	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	3,0
Gemeinden (Ost)	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	16,8	17,4	18,2	19,3	20,0	20,7	20,5
Länder und Gemeinden (Ost)	3,4	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:							
Maastricht-Schuldenstand ⁴	59,7	58,8	60,3	63,9	65,7	67,9	67,9
Schulden insgesamt (€)							
je Einwohner	14579	14622	15195	16066	16909	17559	17987
je Erwerbstätigen	30609	30621	32054	34235	35883	37285	37862
nachrichtlich:							
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2062,5	2113,2	2143,2	2161,5	2207,2	2241,0	2309,1
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,183	82,335	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,144	39,316	39,096	38,724	38,875	38,823	39,106

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

³ West- und Ost-Berlin.

⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,2	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 87,0	- 79,3	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 ⁵	- 82,5	- 81,1	- 1,4	- 3,7	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 72,6	- 69,2	- 3,4	- 3,2	- 3,1	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 ⁶	- 37,0	- 40,8	3,8	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2006.

⁶ Erstes vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung; Stand: Mai 2007.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,7	- 3,2	- 1,7	- 0,6	- 0,3
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,1	0,0	- 2,3	0,2	- 0,1	- 0,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 6,2	- 7,9	- 5,5	- 2,6	- 2,4	- 2,7
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	0,0	- 0,2	1,1	1,8	1,4	1,2
Frankreich	0,2	- 2,9	- 2,3	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 3,0	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,6	0,4	1,4	1,0	2,9	1,5	1,0
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,1	- 2,2
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,4	- 1,2	- 0,3	0,1	0,4	0,6
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,8	- 0,3	0,6	- 0,7	0,0
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,1	- 0,9	- 0,8
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,3	- 6,1	- 3,9	- 3,5	- 3,2
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,8	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,5
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,9	3,7	3,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,0	- 2,8	- 2,5	- 1,6	- 1,0	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	- 0,9	2,2	1,9	3,3	2,0	2,0
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	3,2	0,0	2,0	4,7	4,2	3,7	3,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	2,0	2,3	2,3	3,8	3,7	3,5
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,2	0,4	0,2	0,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,4	- 1,0
Malta	-	-	-	-	- 6,2	-10,0	- 4,9	- 3,1	- 2,6	- 2,1	- 1,6
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,9	- 3,4	- 3,3
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 3,2	- 3,2
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,1	2,2	2,2	2,4
Slowakei	-	-	-	- 1,8	-11,8	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,4	- 2,9	- 2,8
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 2,9	- 3,5	- 2,9	- 3,9	- 3,6
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,8	- 4,9
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,6	- 5,7	1,6	- 3,2	- 3,1	- 3,1	- 2,8	- 2,6	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,3	- 4,1	- 2,3	- 1,5	- 1,4	- 1,4
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,7	- 2,4	- 1,7	- 1,2	- 1,0
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,6	- 3,7	- 2,3	- 2,6	- 2,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 3,9	- 3,5

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2008: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

(alle Angaben ohne UMTS-Erlöse)

Stand: Mai 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,9	65,7	67,9	67,9	65,4	63,6
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,3	93,2	89,1	85,6	82,6
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	107,8	108,5	107,5	104,6	100,9	97,6
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,8	46,2	43,2	39,9	37,0	34,6
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	62,4	64,3	66,2	63,9	62,9	61,9
Irland	69,0	100,6	93,2	81,1	37,8	31,2	29,7	27,4	24,9	23,0	21,7
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	105,0	103,1
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,6	6,1	6,8	6,7	6,0
Niederlande	45,5	69,6	76,1	76,1	53,8	52,0	52,6	52,7	48,7	47,7	45,9
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,9	63,5	62,2	60,6	59,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,8	58,2	63,6	64,7	65,4	65,8
Slowenien	–	–	–	–	27,6	28,6	28,9	28,4	27,8	27,5	27,2
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,1	37,0	35,2
Euroraum	33,5	50,3	56,7	72,4	69,2	69,2	69,7	70,5	69,0	66,9	65,0
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	20,9	19,0
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,2	25,0	20,0
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,7	5,2	4,4	4,1	2,7	2,3
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,0	10,0	8,0	6,7
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	18,6	19,9
Malta	–	–	–	–	56,0	70,4	73,9	72,4	66,5	65,9	64,3
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,8	48,4	49,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,8	13,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	46,9	42,1	37,7
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,5	34,5	30,7	29,7	29,4
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,7	30,4	30,4	30,6	30,9
Ungarn	–	–	–	–	54,2	58,0	59,4	61,7	66,0	67,1	68,1
Vereinigtes Königreich	52,3	51,8	33,4	51,0	41,2	38,8	40,3	42,2	43,5	44,0	44,5
Zypern	–	–	–	–	58,8	69,1	70,3	69,2	65,3	61,5	54,8
EU-27	–	–	–	–	61,8	61,8	62,2	62,9	61,7	59,9	58,3
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,2	62,0	62,2	61,2	62,5	63,0
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	173,1	175,7	175,7	175,3

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	22,5	24,6	22,3	22,7	22,7	21,1	20,6	20,8
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,3	31,0	31,5
Dänemark	37,0	42,4	45,6	47,7	47,6	46,5	47,7	48,6
Finnland	28,9	27,5	32,7	31,6	35,7	32,7	32,3	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	26,8	27,3	28,0
Griechenland	15,3	15,9	20,0	21,4	25,8	23,3	22,8	.
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,6	24,5	25,5	26,0
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	29,4	28,7	28,4
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,6	15,8	16,5	16,8
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,3	28,4	28,6
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,4	27,1	27,0
Niederlande	22,1	25,9	25,8	23,4	24,1	23,5	23,7	26,0
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,0	33,1	34,5	36,0
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,4	28,2	27,5
Polen	–	–	–	25,8	23,0	20,4	20,3	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,8	23,5	.
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	35,6	36,1	36,8
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,0	22,9
Slowakei	–	–	–	–	19,9	18,5	18,4	18,4
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,2	22,7	23,8
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	21,2	22,2	22,1
Ungarn	–	–	–	27,1	27,4	26,5	26,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	30,9	28,9	29,3	30,2
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	18,9	18,8	20,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2003	2004	2005
Deutschland^{2,3}	32,3	37,5	35,7	37,2	37,2	35,5	34,7	34,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,7	45,0	45,4
Dänemark	38,5	43,1	46,5	48,8	49,4	47,7	48,8	49,7
Finnland	31,7	35,9	43,9	45,6	47,7	44,6	44,2	44,5
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,1	43,4	44,3
Griechenland	21,9	23,6	28,7	31,7	37,3	36,3	35,0	.
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	28,7	30,1	30,5
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,8	41,1	41,0
Japan	19,6	25,4	29,1	26,9	27,1	25,7	26,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,5	33,5
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,0	39,1	38,2	37,8	37,6
Niederlande	34,1	41,8	41,1	40,2	39,5	37,0	37,5	.
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,0	42,9	44,0	45,0
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,9	42,6	41,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,9	34,4	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	35,0	34,5	.
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	53,4	50,1	50,4	51,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,4	29,2	30,0
Slowakei	–	–	–	–	33,1	31,2	30,3	29,4
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,3	34,8	35,8
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,6	38,4	38,5
Ungarn	–	–	–	42,1	38,7	38,1	38,1	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,2	35,4	36,0	37,2
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	25,7	25,5	26,8

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2005, Paris 2006.

Stand: Oktober 2006.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	48,5	47,1	46,8	45,7	44,3	43,7
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 ²	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

¹ 1990: nur alte Bundesländer.

² 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	104,84	107,38
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,47	50,13
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,76	32,34
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	7,97	8,91
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,01	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,31	5,86	6,19	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,14	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	2,98	2,44
Ausgleichszahlungen				1,41	1,31	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	4,7	2,4
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	3,4
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 4,2	- 1,3
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	9,8	11,8
Externe Politiken	10,2	4,5	- 2,9	7,5	8,7	7,2
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,9	10,4	5,6	7,6
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	- 22,2	228,6
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	28,0	36,2	- 2,3	- 18,1
Ausgleichszahlungen					- 7,1	- 18,3
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	46,2	46,7
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	31,2	30,1
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	8,3
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	4,8	5,0
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	5,9	6,2
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	2,8	2,3
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,29	95,43	93,47	103,51	107,09	107,38
davon:						
Zölle	12,81	7,95	9,46	10,59	12,02	13,87
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,78	1,26	1,39	1,71	2,05	1,01
MwSt-Eigenmittel	31,32	22,39	21,26	13,91	16,02	17,20
BSP/BNE-Eigenmittel	34,88	45,95	51,24	68,98	70,86	68,92
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	1,2	- 2,1	10,7	3,5	0,3
davon:						
Zölle	- 2,3	- 37,9	19,0	11,9	13,5	15,4
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 17,6	- 29,2	10,3	23,0	19,9	- 50,7
MwSt-Eigenmittel	- 11,0	- 28,5	- 5,0	- 34,6	15,2	7,4
BSP/BNE-Eigenmittel	- 7,2	31,7	11,5	34,6	2,7	- 2,7
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	8,3	10,1	10,2	11,2	12,9
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,3	1,5	1,7	1,9	0,9
MwSt-Eigenmittel	33,2	23,5	22,7	13,4	15,0	16,0
BSP/BNE-Eigenmittel	37,0	48,2	54,8	66,6	66,2	64,2

Bemerkungen:

2001 bis 2005: Ist-Angaben gem. EU-Jahresrechnung der EU-Kommission.

2006: EU-Haushalt einschl. Berichtigungshaushalte Nr. 1-6.

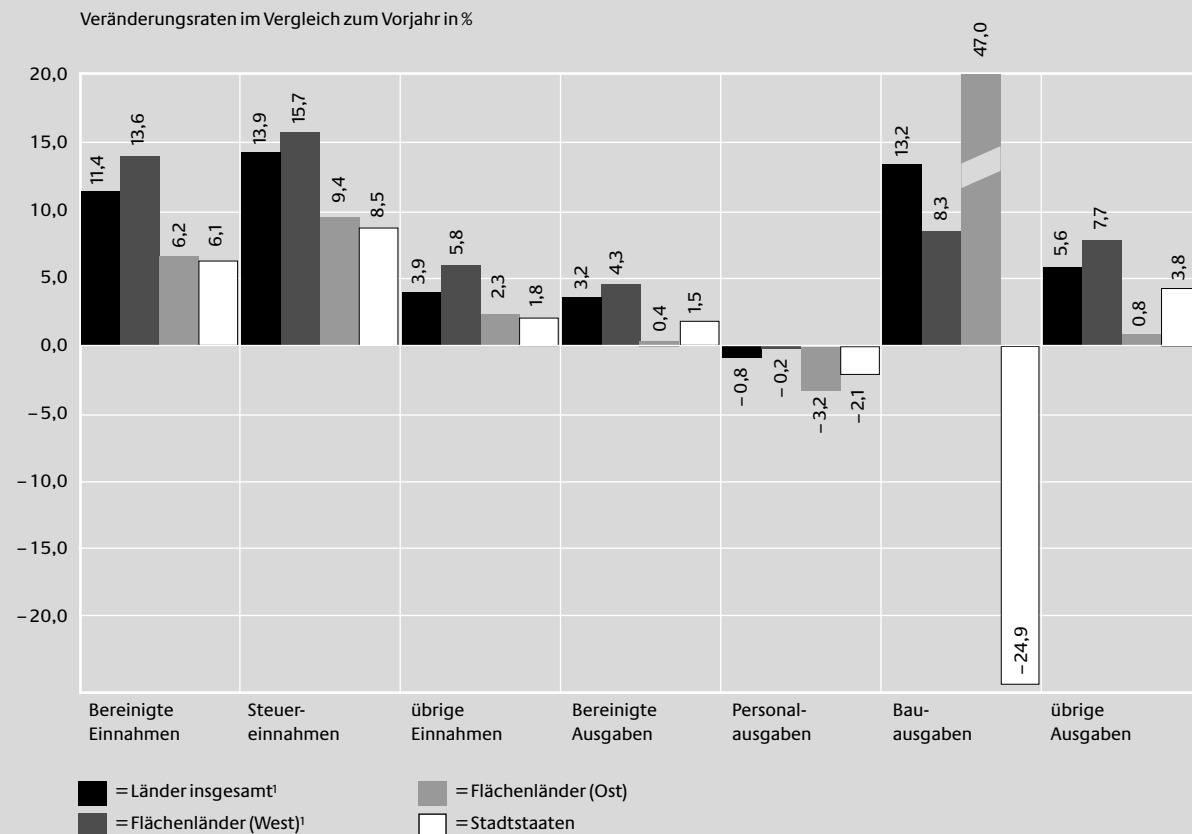
Stand: Februar 2007.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	174 186	72 908	50 524	19 216	29 725	12 694	248 819	102 347
darunter:								
Steuereinnahmen	139 904	58 932	25 492	10 932	18 359	8 302	183 755	78 166
übrige Einnahmen	34 282	13 976	25 033	8 285	11 365	4 392	65 064	24 181
Bereinigte Ausgaben	183 753	75 591	52 229	19 912	33 966	14 385	264 332	107 417
darunter:								
Personalausgaben	71 862	30 973	12 429	5 070	10 889	4 600	95 180	40 643
Bauausgaben	2 396	583	1 647	411	673	136	4 716	1 130
übrige Ausgaben	109 495	44 034	38 153	14 432	22 404	9 649	164 436	65 644
Finanzierungssaldo	- 9 564	- 2 683	- 1 704	- 696	- 4 244	- 1 691	- 15 512	- 5 070

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Mai 2007



¹ Der Vergleich zum Vorjahr ist nur bedingt belastbar, da für Januar bis Mai 2006 keine Zahlen des Saarlandes vorliegen.

3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Mai 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Mai 2006			April 2007			Mai 2007		
		Bund	Länder ⁵	Ins-gesamt ⁵	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	84 256	90 938	169 081	74 701	80 821⁶	149 816	96 991	102 347	192 513
111	darunter: Steuereinnahmen	71 301	67 809	139 110	64 958	60 207	125 165	85 241	78 166	163 408
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	109 494 ³	30 306	139 800	77 756 ³	20 210	97 966	91 117 ³	25 384	116 501
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	112 458	102 757	209 102	96 297	88 514⁶	179 106	115 617	107 417	216 209
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	11 226	40 391	51 617	9 034	33 069	42 103	11 227	40 643	51 870
122	Bausgaben	1 272	983	2 255	958	840	1 799	1 359	1 130	2 489
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–244	–244	–	169	169	–	185	185
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	89 457	26 171	115 628	75 385	27 668	103 053	82 130	33 853	115 983
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–28 202	–11 819	–40 021	–21 596	–7 694	–29 290	–18 626	–5 070	–23 696
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	704	704	0	82	82	0	524	524
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	177	177	0	115	115	0	115	115
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	528	528	0	–33	–33	0	409	409
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	20 285	4 425	24 710	3 281	–6 600 ⁶	–3 320	9 990	–9 213	776
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–741	–741	0	–997	–997	0	122	122
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–180	–180	0	165	165	0	165	165
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	5 512	6 532	12 044	3 771	8 525	12 296	7 430	8 383	15 813
32	Vorschüsse	–	9 272	9 272	0	10 951	10 951	0	10 332	10 332
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	5 788	5 788	0	9 457	9 457	0	9 312	9 312
34	Saldo (31–32+33)	5 512	3 048	8 560	3 771	7 031	10 802	7 430	7 362	14 792
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–2 405	–4 740	–7 145	–14 544	–8 130	–22 674	–1 207	–6 225	–7 432
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	2 405	4 428	6 833	14 544	6 262	20 806	1 207	4 576	5 783
52	Schatzwechsel	–	–	–	0	–	0	0	–	0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	0	–	0	0	–	0
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	0	–	0
55	Sonstige	–	220	220	0	87	87	0	1 107	1 107
56	Zusammen	2 405	4 648	7 053	14 544	6 349	20 893	1 207	5 683	6 890
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–92	–92	0	–1 781	–1 781	0	–542	–542
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	955	955	–	1 731	1 731	–	1 071	1 071
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 909	1 909	–	3 263	3 263	–	3 270	3 270

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Ohne Saarland. ⁶ In Rheinland-Pfalz wurden die Wiedergutmachungserstattungen des Bundes und die Grundsicherung für Arbeitsuchende rückwirkend zum Januar 2007 brutto gestellt.
Stand: Juli 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	13 073,8	14 714,0	3 722,2	8 263,0	2 412,8	9 076,5	19 088,7	4 839,8	1 102,3
111	darunter: Steuereinnahmen	10 548,3	11 915,3	2 243,1	7 190,4	1 264,6	6 241,6	16 362,7 ⁶	3 424,4	908,5
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	0,0	149,6	–	207,9	81,3	–	141,6	35,7
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 515,0	1 802,4	1 134,0	0,0	64,4	1 266,6	6 494,4 ⁶	3 400,3	628,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	12 783,3	14 970,9	3 882,3	8 538,6	2 653,5	9 233,0	19 614,7	5 608,6	1 448,8
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	6 049,0	6 938,6	916,0	2 863,1	616,1	3 488,3 ³	7 466,7 ³	2 187,6	572,7
122	Bausubstanz	107,5	244,9	57,3	114,7	67,4	25,1	32,9	13,6	17,7
123	Länderfinanzausgleich ¹	760,0	1 074,0	–	1 284,7	–	–	–169,0	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 669,9	1 731,6	1 675,5	2 283,3	481,8	3 903,5	8 249,2	3 269,4	610,6
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	290,5	– 256,9	– 160,1	– 275,6	– 240,7	– 156,5	– 526,0	– 768,8	– 346,5
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	0,0	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	0,0	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	0,0	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	851,4	168,8	– 279,9	– 2 291,9	– 417,4	– 2 629,4	– 1 772,6	145,6	9,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	535,2	0,0	–	–	0,0	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	153,9	0,0	0,1	10,7	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 564,2	1 231,2	289,3	793,5	302,7	125,3	1 070,0	1 271,2	258,9
32	Vorschüsse	3 573,2	4 585,1	16,9	16,8	0,6	559,4	45,8	647,1	– 18,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	272,9	3 288,2	0,0	726,1	187,3	1 302,6	756,8	0,0	10,0
34	Saldo (31–32+33)	– 1 736,1	– 65,7	272,4	1 502,8	489,4	868,5	1 780,9	624,1	287,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 59,0	0,0	– 167,6	– 1 064,5	– 158,0	– 1 917,4	– 517,7	0,9	– 49,8
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	145,4	1 178,0	121,0	495,0	510,0	0,0	104,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	93,0	–	1 014,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	145,4	1 271,0	121,0	1 509,0	510,0	0,0	104,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 59,0	0,0	– 22,2	206,5	– 37,0	– 408,4	– 7,7	0,9	54,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	1 003,1	0,0	–	–
72	Nicht zum Bestand der Landeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 302,6	751,6	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Juni-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 168,443 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Mai 2007; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	6 154,1	3 430,0	3 043,6	3 497,1	7 429,3	1 225,2	4 168,7	102 346,9
111	darunter: Steuereinnahmen	3 439,0	2 009,0	2 341,2	1 975,9	3 950,5	843,6	3 508,1	78 166,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	472,1	262,6	34,7	270,6	1 145,1	93,0	0,0	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 43,0	2 009,0	2 048,4	1 112,1	3 103,9	916,7	– 1 068,7	25 384,1
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	5 678,4	3 966,8	3 686,3	3 731,4	8 731,1	1 749,8	4 033,3	107 416,6
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	1 669,1	894,0	1 407,2	974,8	2 833,1	541,6	1 224,8	40 642,7
122	Bausubstanz	178,7	44,0	27,0	63,2	35,6	20,6	79,9	1 130,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	129,3	184,8
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	747,5	1 116,8	2 273,3	953,1	4 139,7	747,9	0,0	33 853,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	475,7	– 536,8	– 642,7	– 234,3	– 1 301,8	– 524,6	135,4	– 5 069,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	524,2	–	524,2
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	115,2	–	115,2
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	409,0	–	409,0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 935,2	– 497,2	– 196,4	153,3	– 633,3	174,3	– 1 062,9	– 9 213,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	– 409,0	– 4,0	122,2
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	0,0	164,7
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	331,2	956,7	0,0	– 250,1	140,5	104,7	193,7	8 383,0
32	Vorschüsse	1 323,0	59,0	0,0	24,0	–	– 26,8	– 473,4	10 332,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 353,6	112,1	0,0	2,2	392,6	193,8	713,4	9 311,6
34	Saldo (31–32+33)	361,8	1 009,8	0,0 ⁵	– 271,9	533,1	325,2	1 380,5	7 362,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 97,7	– 24,2	– 839,1	– 352,9	– 1 402,0	– 25,1	449,0	– 6 225,1
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	342,0	1 415,0	68,1	197,0	4 576,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	1 107,0
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	342,0	1 415,0	68,1	197,0	5 683,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	– 97,7	– 24,2	– 839,1	– 10,9	13,0	43,1	646,0	– 541,9
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	67,4	1 070,5
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	392,6	109,7	713,4	3 269,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Juni-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 168,443 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Juli 2007.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
		Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
Mio.		in %	Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %	
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	- 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,7	2,8	6,9	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	- 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,2	0,9	0,7	17,4
2005	38,8	- 0,1	51,7	3,9	9,1	0,9	1,0	1,3	17,3
2006	39,1	0,7	51,5	3,4	8,1	2,8	2,1	2,2	17,8
2001/1996	38,3	1,0	50,4	3,1	7,6	2,1	1,1	1,9	21,0
2006/2001	39,0	- 0,1	51,4	3,5	8,3	0,9	1,1	1,4	18,1

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Mai 2007.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal) ¹	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	0,9	1,0	1,0	0,9	1,5	1,1	0,7
2004	2,1	0,9	- 0,2	1,0	1,6	1,6	- 0,5
2005	1,5	0,6	- 0,8	0,9	1,4	2,0	- 0,9
2006	3,0	0,3	- 2,0	1,1	1,4	1,7	- 1,2
2001/1996	2,4	0,3	- 1,0	0,7	1,0	1,4	0,2
2006/2001	1,8	0,8	0,0	0,9	1,4	1,5	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,52	43,90	35,7	31,7	4,0	2,0
2004	9,5	7,0	110,88	85,13	38,2	33,2	5,0	3,9
2005	8,1	8,6	116,01	94,78	40,7	35,5	5,2	4,2
2006	14,0	14,9	125,12	124,33	45,1	39,6	5,4	5,4
2001/1996	9,5	9,0	22,5	- 14,3	29,8	28,6	1,1	- 0,7
2006/2001	7,2	5,7	96,3	65,5	38,3	34,0	4,4	2,9

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
				unbereinigt ¹	bereinigt ²		
				Veränderung in % p. a.			in %
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	– 0,1
2003	1,3	3,9	0,3	70,9	72,0	1,2	– 0,8
2004	3,4	10,4	0,5	68,9	70,2	0,6	0,8
2005	1,5	6,2	– 0,7	67,4	69,0	0,3	– 1,1
2006	4,3	10,1	1,5	65,6	67,2	0,8	– 1,7
2001/1996	1,9	1,4	2,2	71,1	71,9	1,2	0,4
2006/2001	2,3	6,4	0,4	69,4	70,6	0,9	– 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Mai 2007.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,2	0,9	2,7	2,5	2,4
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,1	3,1	2,3	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,8	4,7	3,7	4,3	3,7	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,0	3,2	3,5	3,9	3,7	3,4
Frankreich	2,0	2,7	2,2	4,0	1,1	2,3	1,2	2,0	2,4	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	10,2	4,3	4,3	5,5	6,0	5,0	4,0
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	1,3	3,6	4,0	6,2	5,0	4,7
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,9	0,3	2,0	1,5	2,9	2,8	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,1	2,4	2,0	3,1	2,9	2,5
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,3	0,5	1,3	1,8	2,0
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,7	4,4	4,0	5,2	4,3	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,5	3,1	2,7
Euroraum	2,4	3,5	2,4	3,9	0,8	2,0	1,4	2,7	2,6	2,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,1	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,1	2,3	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,1	8,1	10,5	11,4	8,7	8,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	9,6	7,9
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,6	7,5	7,3	6,3
Malta	-	-	6,2	6,4	- 2,3	0,4	3,0	2,9	3,0	2,8
Polen	-	-	7,0	4,2	3,8	5,3	3,5	6,1	6,1	5,5
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,7	6,3
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,4	3,8	3,3
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,5	6,5
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,2	6,1	6,1	4,9	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,1	4,9	4,2	3,9	2,4	2,6
Vereinigtes Königreich	3,5	0,7	2,9	3,8	2,7	3,3	1,9	2,8	2,8	2,5
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,7	3,0	2,9	2,7
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	2,3	2,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,9	3,2	3,3	2,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	1,4	1,0	1,8	1,9	1,8	1,9	1,7
Belgien	1,6	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	1,8
Griechenland	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,2	3,1
Spanien	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	2,4	2,6
Frankreich	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7
Irland	4,7	4,0	2,3	2,2	2,7	2,6	2,2
Italien	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0
Luxemburg	2,1	2,5	3,2	3,8	3,0	2,4	2,0
Niederlande	3,9	2,2	1,4	1,5	1,7	1,5	2,1
Österreich	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,8	1,7
Portugal	3,7	3,3	2,5	2,1	3,0	2,3	2,3
Slowenien	7,5	5,7	3,7	2,5	2,5	2,6	2,7
Finnland	2,0	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	1,7
Euroraum	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9
Bulgarien	5,8	2,3	6,1	6,0	7,4	4,2	4,3
Dänemark	2,4	2,0	0,9	1,7	1,9	1,9	2,2
Estland	3,6	1,4	3,0	4,1	4,4	5,1	5,3
Lettland	2,0	2,9	6,2	6,9	6,6	7,2	6,2
Litauen	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,8	4,7	4,4
Malta	2,6	1,9	2,7	2,5	2,6	1,4	2,1
Polen	1,9	0,7	3,6	2,2	1,3	2,0	2,5
Schweden	1,9	2,3	1,0	0,8	1,5	1,2	1,9
Slowakei	3,5	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,4
Tschechien	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,1	2,4	2,9
Ungarn	5,2	4,7	6,8	3,5	4,0	7,5	3,8
Vereinigtes Königreich	1,3	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,0
Zypern	2,8	4,0	1,9	2,0	2,2	1,3	2,0
EU-27	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1
Japan	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,4
USA	1,6	2,3	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.
Stand: Mai 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	9,0	9,5	9,5	8,4	7,3	6,5
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,8	7,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,5	8,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,6	8,1	7,8
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,4	9,6	9,7	9,4	8,9	8,5
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,6	6,4
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,6	4,4
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,7
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,8	4,4	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	7,7	7,5
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	5,8	5,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	7,2	6,8
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,2	8,7	8,8	8,6	7,9	7,3	6,9
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	8,2	7,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,3	3,3
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	6,6	6,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,3	6,0
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,8	4,3
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,4	7,4	7,3
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	11,0	9,0
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,4	7,2	7,1
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	12,2	11,7
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,4	5,9
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	6,4	6,1
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,8	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,0	4,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,7	4,8	4,8
EU-27	–	–	–	8,6	9,0	9,0	8,7	7,9	7,2	6,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	4,1	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,7	5,0

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, Mai 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2007.

Stand: Mai 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6 ↑	7,7 ↑	7,0 ↑	6,4	12,4 ↑	9,6 ↓	9,0 ↓	8,3	8,8	7,7 ↓	5,0 ↓	4,4
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7 ↑	6,4 ↓	5,9	12,7 ↑	9,7	8,1 ↓	7,5	10,9	9,8 ↓	6,2 ↓	5,0
Ukraine	2,7 ↑	7,1 ↑	5,0 ↑	4,6	13,5	9,0 ↓	11,3 ↑	10,0	2,9 ↓	-1,7 ↓	-4,1 ↓	-5,5
Asien	8,7 ↑	8,9 ↑	8,4 ↑	8,0	3,5 ↑	3,7 ↑	3,7 ↑	3,2	4,5 ↓	5,4 ↑	5,7 ↑	5,9
darunter												
China	10,4 ↑	10,7 ↑	10,0	9,5	1,8	1,5	2,2	2,3	7,2	9,1 ↑	10,0 ↑	10,5
Indien	9,2 ↑	9,2 ↑	8,4 ↑	7,8	4,2 ↑	6,1 ↑	6,2 ↑	4,3	-0,9 ↑	-2,2 ↓	-2,4 ↑	-2,3
Indonesien	5,7 ↑	5,5 ↑	6,0	6,3	10,5	13,1 ↑	6,3 ↑	5,3	0,1 ↓	2,7 ↑	1,8 ↑	1,3
Korea	4,2 ↑	5,0	4,4 ↑	4,4	2,8 ↑	2,2 ↓	2,5 ↓	2,5	1,9 ↓	0,7 ↑	0,3	0,0
Thailand	4,5	5,0 ↑	4,5 ↓	4,8	4,5	4,6 ↓	2,5 ↓	2,5	-4,5 ↓	1,6 ↑	1,5 ↑	0,9
Lateinamerika	4,6 ↑	5,5 ↑	4,9 ↑	4,2	6,3	5,4 ↓	5,2	5,7	1,4	1,7 ↑	0,5 ↓	-0,2
darunter												
Argentinien	9,2	8,5 ↑	7,5 ↑	5,5	9,6	10,9 ↓	10,3 ↓	12,7	1,9	2,4 ↑	1,2 ↑	0,4
Brasilien	2,9 ↑	3,7 ↑	4,4 ↑	4,2	6,9	4,2 ↓	3,5 ↓	4,1	1,6 ↓	1,3 ↑	0,8 ↑	0,3
Chile	5,7 ↓	4,0 ↓	5,2 ↓	5,1	3,1	3,4 ↓	2,5 ↓	3,0	0,6	3,8 ↑	2,7 ↑	-0,2
Mexiko	2,8 ↓	4,8 ↑	3,4 ↓	3,5	4,0	3,6 ↑	3,9 ↑	3,5	-0,6	-0,2	-1,0 ↓	-1,4
Venezuela	10,3 ↑	10,3 ↑	6,2 ↑	2,0	15,9	13,6 ↑	21,6 ↑	25,7	17,8 ↓	15,0 ↓	7,0 ↓	6,2
Sonstige												
Türkei	7,4	5,5 ↑	5,0	6,0	8,2	9,6 ↓	8,0 ↑	4,3	-6,3 ↑	-8,0 ↓	-7,3 ↓	-6,8
Südafrika ²	5,1	5,0	4,7	4,5	3,4	4,7	5,5	4,9	-3,8	-6,4	-6,4	-6,0

¹ Prognosen des IWF [↑/↓= aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt].

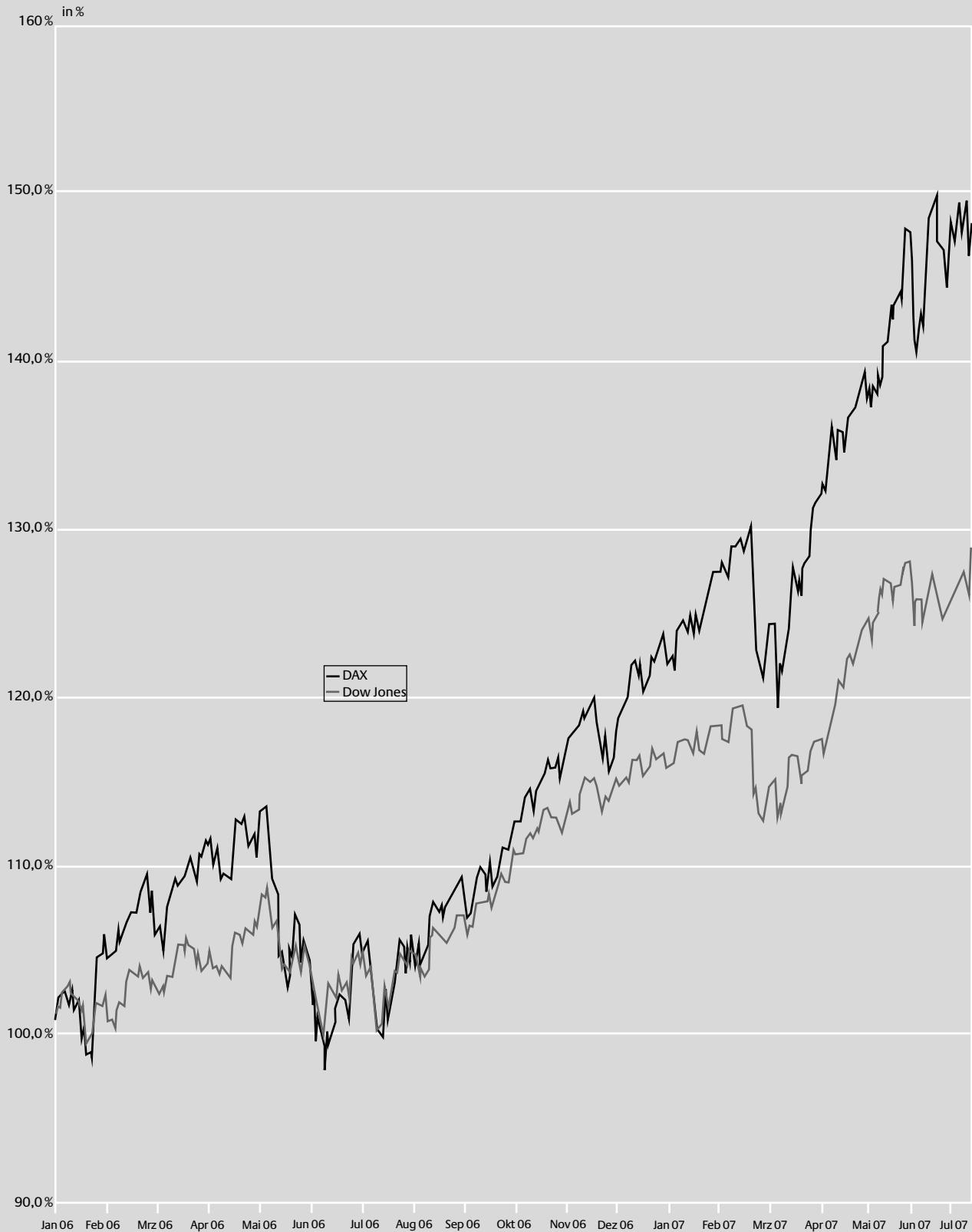
² Neu in diese Übersicht aufgenommen, daher noch keine Veränderungswerte.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2006 = 100 %

(2. Januar 2006 bis 12. Juli 2007)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 12.7.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dow Jones	13 862	12 463	11,22	10 667	12 511
Eurostoxx 50	3 975	3 697	7,51	3 204	3 739
Dax	8 053	6 597	22,08	5 292	6 597
CAC 40	6 103	5 542	10,12	4 615	5 618
Nikkei	17 984	17 226	4,40	14 219	17 563

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 12.7.2007	Anfang 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2006	Hoch 2006
			in %		
USA	5,13	4,70	–	4,33	5,25
Bund	4,62	3,95	– 0,51	3,26	4,12
Japan	1,90	1,68	– 3,23	1,43	2,00
Brasilien	10,67	12,57	5,54	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 12.7.2007	Anfang 2007	Änderung in % zu Anfang 2007	Tief 2006	Hoch 2006
Dollar/Euro	1,38	1,32	4,48	1,18	1,33
Yen/Dollar	122,36	119,00	2,82	110,00	120,00
Yen/Euro	168,78	157,00	7,50	138,00	157,00
Pfund/Euro	0,68	0,67	1,39	0,67	0,70

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	0,9	2,7	2,5	2,4	1,9	1,8	1,9	1,7	9,5	8,4	7,3	6,5
OECD	1,1	3,0	2,9	2,2	1,9	1,8	1,8	1,7	9,1	8,1	6,9	6,3
IWF	0,9	2,7	1,8	1,9	1,9	1,8	2,0	1,6	9,1	8,1	7,8	7,6
USA												
EU-KOM	3,2	3,3	2,2	2,7	3,4	3,2	2,3	1,9	5,1	4,6	4,7	5,0
OECD	3,2	3,3	2,1	2,5	3,4	3,2	2,6	2,6	5,1	4,6	4,6	4,8
IWF	3,2	3,3	2,2	2,8	3,4	3,2	1,9	2,5	5,1	4,6	4,8	5,0
Japan												
EU-KOM	1,9	2,2	2,3	2,1	-0,3	0,2	0,0	0,4	4,4	4,1	4,1	4,2
OECD	1,9	2,2	2,4	2,1	-0,6	0,2	-0,3	0,3	4,4	4,1	3,8	3,6
IWF	1,9	2,2	2,3	1,9	-0,6	0,2	0,3	0,8	4,4	4,1	4,0	4,0
Frankreich												
EU-KOM	1,2	2,0	2,4	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7	9,7	9,4	8,9	8,5
OECD	1,2	2,1	2,2	2,2	1,9	1,9	1,3	1,7	9,8	9,0	8,4	8,0
IWF	1,2	2,0	2,0	2,4	1,9	1,9	1,7	1,8	9,7	9,0	8,3	7,8
Italien												
EU-KOM	0,1	1,9	1,9	1,7	2,2	2,2	1,9	2,0	7,7	6,8	6,6	6,4
OECD	0,2	1,9	2,0	1,7	2,2	2,2	2,0	2,1	7,8	6,9	6,3	6,0
IWF	0,1	1,9	1,8	1,7	2,2	2,2	2,1	2,0	7,7	6,8	6,8	6,8
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	1,9	2,8	2,8	2,5	2,1	2,3	2,3	2,0	4,8	5,3	5,0	4,9
OECD	1,9	2,8	2,7	2,5	2,0	2,3	2,4	2,0	4,8	5,5	5,5	5,5
IWF	1,9	2,7	2,9	2,7	2,0	2,3	2,3	2,0	4,8	5,4	5,3	5,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	2,9	2,7	2,5	3,0	2,2	2,0	2,0	2,1	6,8	6,3	6,1	6,0
IWF	2,9	2,7	2,4	2,9	2,2	2,0	1,7	2,0	6,8	6,3	6,2	6,2
Euroraum												
EU-KOM	1,4	2,7	2,6	2,5	2,2	2,2	1,9	1,9	8,6	7,9	7,3	6,9
OECD	1,5	2,8	2,7	2,3	2,2	2,2	1,8	2,0	8,5	7,8	7,1	6,7
IWF	1,4	2,6	2,3	2,3	2,2	2,2	2,0	2,0	8,6	7,7	7,3	7,1
EU-27												
EU-KOM	1,7	3,0	2,9	2,7	2,3	2,3	2,2	2,1	8,7	7,9	7,2	6,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	1,1	3,1	2,3	2,2	2,5	2,3	1,8	1,8	8,4	8,2	7,8	7,6
OECD	1,4	3,0	2,5	2,3	2,5	2,3	1,1	1,8	8,4	8,2	7,4	7,1
IWF	1,5	3,0	2,2	2,0	2,5	2,3	1,9	1,8	8,4	8,3	7,8	7,6
Finnland												
EU-KOM	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,7	8,4	7,7	7,2	6,8
OECD	3,0	5,5	3,0	2,7	0,8	1,3	1,4	1,7	8,4	7,7	7,0	6,8
IWF	2,9	5,5	3,1	2,7	0,8	1,3	1,5	1,6	8,4	7,7	7,5	7,4
Griechenland												
EU-KOM	3,7	4,3	3,7	3,7	3,5	3,3	3,2	3,1	9,8	8,9	8,5	8,1
OECD	3,7	4,2	3,9	3,8	3,5	3,3	2,8	3,0	9,4	8,4	8,1	7,9
IWF	3,7	4,2	3,8	3,5	3,5	3,3	3,2	3,2	9,9	8,9	8,3	8,5
Irland												
EU-KOM	5,5	6,0	5,0	4,0	2,2	2,7	2,6	2,2	4,3	4,4	4,5	4,6
OECD	5,5	6,0	5,5	4,1	2,2	2,7	2,4	2,8	4,4	4,4	4,3	4,3
IWF	5,5	6,0	5,0	3,7	2,2	2,7	2,4	2,1	4,4	4,4	4,5	4,7
Luxemburg												
EU-KOM	4,0	6,2	5,0	4,7	3,8	3,0	2,4	2,7	4,5	4,7	4,6	4,4
OECD	3,9	6,2	4,8	5,2	3,8	3,0	2,0	2,4	4,6	4,4	4,2	3,7
IWF	4,0	5,8	4,6	4,1	2,5	2,7	2,1	2,1	4,2	4,4	4,6	4,8
Niederlande												
EU-KOM	1,5	2,9	2,8	2,6	1,5	1,7	1,5	2,1	4,7	3,9	3,2	2,7
OECD	1,5	2,9	2,9	2,9	1,5	1,7	1,4	1,8	5,0	4,5	3,7	2,8
IWF	1,5	2,9	2,9	2,7	1,5	1,7	1,8	2,1	4,7	3,9	3,2	3,1
Österreich												
EU-KOM	2,0	3,1	2,9	2,5	2,1	1,7	1,8	1,7	5,2	4,8	4,4	4,3
OECD	2,6	3,4	3,2	2,6	2,1	1,7	1,6	1,9	5,8	5,5	5,3	5,3
IWF	2,0	3,2	2,8	2,4	2,1	1,7	1,6	1,7	5,2	4,8	4,5	4,3
Portugal												
EU-KOM	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,3	2,3	7,6	7,7	7,7	7,5
OECD	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1	3,0	2,0	2,2	7,7	7,7	7,6	7,1
IWF	0,5	1,3	1,8	2,1	2,1	3,1	2,5	2,4	7,6	7,7	7,4	7,3
Slowenien												
EU-KOM	4,0	5,2	4,3	4,0	2,5	2,5	2,6	2,7	6,5	6,0	5,8	5,6
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,0	5,2	4,5	4,0	2,5	2,7	2,7	2,4	6,5	6,4	6,4	6,4
Spanien												
EU-KOM	3,5	3,9	3,7	3,4	3,4	3,6	2,4	2,6	9,2	8,6	8,1	7,8
OECD	3,5	3,9	3,6	2,7	3,4	3,6	2,5	2,7	9,2	8,5	8,2	8,1
IWF	3,5	3,9	3,6	3,4	3,4	3,6	2,6	2,7	9,2	8,5	7,8	7,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

11 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	6,2	6,1	6,1	6,2	6,0	7,4	4,2	4,3	10,1	9,0	8,2	7,4
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	5,5	6,2	6,0	6,0	5,0	7,3	5,3	3,6	–	–	–	–
Dänemark												
EU-KOM	3,1	3,1	2,3	2,0	1,7	1,9	1,9	2,2	4,8	3,9	3,3	3,3
OECD	3,1	3,2	2,2	1,7	1,8	1,9	1,8	2,6	4,8	3,9	3,4	3,5
IWF	3,1	3,3	2,5	2,2	1,8	1,9	2,0	1,9	5,7	4,5	4,7	4,9
Estland												
EU-KOM	10,5	11,4	8,7	8,2	4,1	4,4	5,1	5,3	7,9	5,9	6,6	6,2
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,5	11,4	9,9	7,9	4,1	4,4	4,8	5,3	–	–	–	–
Lettland												
EU-KOM	10,6	11,9	9,6	7,9	6,9	6,6	7,2	6,2	8,9	6,8	6,3	6,0
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	10,2	11,9	10,5	7,0	6,7	6,5	7,3	6,5	–	–	–	–
Litauen												
EU-KOM	7,6	7,5	7,3	6,3	2,7	3,8	4,7	4,4	8,3	5,6	4,8	4,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	7,6	7,5	7,0	6,5	2,7	3,8	3,5	3,4	–	–	–	–
Malta												
EU-KOM	3,0	2,9	3,0	2,8	2,5	2,6	1,4	2,1	7,3	7,4	7,4	7,3
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	2,2	2,5	2,3	2,3	2,5	2,6	2,4	2,3	–	–	–	–
Polen												
EU-KOM	3,5	6,1	6,1	5,5	2,2	1,3	2,0	2,5	17,7	13,8	11,0	9,0
OECD	3,6	6,1	6,7	5,5	2,2	1,3	1,8	2,3	17,7	13,8	11,2	9,7
IWF	3,5	5,8	5,8	5,0	2,1	1,0	2,2	2,9	–	–	–	–
Rumänien												
EU-KOM	4,1	7,7	6,7	6,3	9,1	6,6	4,6	4,5	7,2	7,4	7,2	7,1
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	4,1	7,7	6,5	4,8	9,0	6,6	4,5	5,0	–	–	–	–
Schweden												
EU-KOM	2,9	4,4	3,8	3,3	0,8	1,5	1,2	1,9	7,4	7,0	6,4	5,9
OECD	2,9	4,7	4,3	3,5	0,5	1,4	1,6	2,0	5,8	5,3	4,8	4,3
IWF	2,9	4,4	3,3	2,5	0,8	1,5	1,8	2,0	5,8	4,8	5,5	5,0
Slowakei												
EU-KOM	6,0	8,3	8,5	6,5	2,8	4,3	1,7	2,4	16,3	13,4	12,2	11,7
OECD	6,0	8,3	8,7	7,6	2,7	4,5	2,3	2,1	16,2	13,3	11,5	10,3
IWF	6,0	8,2	8,2	7,5	2,8	4,4	2,4	2,3	–	–	–	–
Tschechien												
EU-KOM	6,1	6,1	4,9	4,9	1,6	2,1	2,4	2,9	7,9	7,1	6,4	6,1
OECD	6,1	6,1	5,5	5,0	1,9	2,6	2,5	3,4	8,0	7,2	6,5	6,1
IWF	6,1	6,1	4,8	4,3	1,8	2,5	2,9	3,0	–	–	–	–
Ungarn												
EU-KOM	4,2	3,9	2,4	2,6	3,5	4,0	7,5	3,8	7,2	7,5	7,8	7,8
OECD	4,2	3,9	2,5	3,1	3,6	3,9	7,2	3,7	7,3	7,5	7,6	7,5
IWF	4,2	3,9	2,8	3,0	3,6	3,9	6,4	3,8	–	–	–	–
Zypern												
EU-KOM	3,9	3,8	3,8	3,9	2,0	2,2	1,3	2,0	5,2	4,7	4,8	4,8
OECD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
IWF	3,9	3,8	3,9	4,0	2,6	2,5	2,1	2,1	5,3	4,9	4,8	4,7

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
Stand: Juni 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G 7-Länder / Euroraum / EU-27

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Deutschland												
EU-KOM	-3,2	-1,7	-0,6	-0,3	67,9	67,9	65,4	63,6	4,2	4,7	5,6	5,7
OECD	-3,2	-1,7	-0,7	-0,4	68,0	67,8	65,3	64,0	4,6	5,1	6,7	7,0
IWF	-3,2	-1,7	-1,3	-1,3	66,4	66,8	66,5	65,9	4,6	5,1	5,3	5,2
USA												
EU-KOM	-3,7	-2,3	-2,6	-2,9	-	-	-	-	-6,2	-6,1	-5,8	-6,0
OECD	-3,7	-2,3	-2,7	-2,9	62,2	61,5	62,4	63,2	-6,4	-6,5	-6,1	-6,2
IWF	-3,7	-2,6	-2,5	-2,5	60,3	59,6	60,3	60,6	-6,4	-6,5	-6,1	-6,0
Japan												
EU-KOM	-6,4	-4,6	-3,9	-3,5	-	-	-	-	3,6	3,9	4,2	4,1
OECD	-6,4	-2,4	-2,7	-3,0	177,3	179,3	179,0	178,4	3,7	3,9	4,8	5,4
IWF	-4,8	-4,3	-3,8	-3,5	182,9	184,8	185,0	184,3	3,6	3,9	3,9	3,6
Frankreich												
EU-KOM	-3,0	-2,5	-2,4	-1,9	66,2	63,9	62,9	61,9	-2,1	-2,0	-1,9	-1,8
OECD	-3,0	-2,6	-2,3	-1,7	66,6	64,2	63,0	61,2	-1,2	-1,2	-1,0	-1,0
IWF	-2,9	-2,6	-2,6	-2,4	66,7	64,7	63,9	63,4	-1,6	-2,1	-2,2	-2,3
Italien												
EU-KOM	-4,2	-4,4	-2,1	-2,2	106,2	106,8	105,0	103,1	-1,2	-2,0	-1,7	-1,7
OECD	-4,3	-4,5	-2,5	-2,5	106,1	106,7	105,8	105,0	-1,6	-2,4	-2,5	-2,6
IWF	-4,1	-4,4	-2,2	-2,4	106,2	106,8	106,0	105,3	-1,6	-2,2	-2,2	-2,2
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-3,1	-2,8	-2,6	-2,4	42,2	43,5	44,0	44,5	-2,4	-3,4	-3,9	-4,1
OECD	-3,3	-2,9	-2,7	-2,6	43,0	44,3	45,0	45,6	-2,4	-3,4	-3,2	-2,7
IWF	-3,0	-2,5	-2,4	-2,2	42,7	43,2	43,6	43,7	-2,4	-2,9	-3,1	-3,1
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	1,4	0,8	0,8	0,7	70,8	68,5	66,8	64,9	2,3	1,7	1,9	2,0
IWF	1,4	0,9	0,6	0,7	78,6	74,1	70,7	66,5	2,3	1,7	0,7	0,6
Euroraum												
EU-KOM	-2,5	-1,6	-1,0	-0,8	70,5	69,0	66,9	65,0	0,0	0,0	0,2	0,1
OECD	-2,4	-1,6	-1,0	-0,7	70,3	68,7	66,8	65,1	0,3	0,1	0,4	0,4
IWF	-2,4	-1,6	-1,2	-1,1	70,5	69,3	67,9	66,7	0,1	-0,3	-0,3	-0,4
EU-27												
EU-KOM	-2,4	-1,7	-1,2	-1,0	62,9	61,7	59,9	58,3	-0,5	-0,7	-0,7	-0,8

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Belgien												
EU-KOM	-2,3	0,2	-0,1	-0,2	93,2	89,1	85,6	82,6	2,5	2,3	2,7	2,9
OECD	-	0,1	0,2	0,0	93,0	88,8	86,0	83,0	2,6	2,0	2,5	2,1
IWF	-2,3	-	-	-	-	-	-	-	2,5	2,5	2,4	2,5
Finnland												
EU-KOM	2,7	3,9	3,7	3,6	41,4	39,1	37,0	35,2	4,9	5,9	6,1	5,8
OECD	2,5	3,8	3,5	3,2	41,3	39,1	40,8	43,3	5,1	5,8	6,3	6,1
IWF	2,5	3,8	3,5	3,7	-	-	-	-	4,9	5,3	5,1	5,2
Griechenland												
EU-KOM	-5,5	-2,6	-2,4	-2,7	107,5	104,6	100,9	97,6	-9,2	-11,4	-11,0	-10,5
OECD	-4,5	-2,3	-1,9	-2,2	85,3	83,3	81,0	79,0	-6,3	-9,7	-9,4	-8,9
IWF	-4,2	-2,1	-2,0	-1,9	-	-	-	-	-6,4	-9,6	-9,3	-8,7
Irland												
EU-KOM	1,0	2,9	1,5	1,0	27,4	24,9	23,0	21,7	-3,1	-3,3	-3,9	-4,4
OECD	1,0	2,9	2,0	1,7	27,5	24,8	24,5	24,0	-2,6	-3,3	-1,5	-1,1
IWF	1,1	2,1	1,3	0,5	-	-	-	-	-2,6	-4,1	-4,4	-3,0
Luxemburg												
EU-KOM	-0,3	0,1	0,4	0,6	6,1	6,8	6,7	6,0	11,1	8,6	10,5	11,9
OECD	-0,3	0,1	0,5	1,1	6,1	6,8	9,7	8,9	11,1	10,6	8,8	9,7
IWF	-1,0	-1,4	-0,9	-0,8	-	-	-	-	11,8	11,7	11,7	11,4
Niederlande												
EU-KOM	-0,3	0,6	-0,7	0,0	52,7	48,7	47,7	45,9	7,1	9,9	9,2	9,0
OECD	-0,3	0,5	-0,7	0,3	52,7	48,7	48,1	46,6	7,7	9,0	8,1	7,6
IWF	-0,3	0,5	0,5	0,7	-	-	-	-	6,3	7,1	7,7	7,6
Österreich												
EU-KOM	-1,6	-1,1	-0,9	-0,8	63,5	62,2	60,6	59,2	2,9	3,7	3,2	3,1
OECD	-1,7	-1,2	-0,8	-0,6	63,5	62,1	60,8	59,5	2,1	3,2	4,1	4,5
IWF	-1,6	-1,2	-1,2	-1,0	-	-	-	-	1,2	1,8	1,9	1,6
Portugal												
EU-KOM	-6,1	-3,9	-3,5	-3,2	63,6	64,7	65,4	65,8	-9,6	-9,8	-9,5	-9,0
OECD	-5,9	-3,9	-3,3	-2,4	63,6	64,7	65,5	65,9	-9,7	-9,4	-8,8	-9,5
IWF	-5,7	-3,9	-3,3	-2,6	-	-	-	-	-9,7	-9,4	-9,1	-9,1
Slowenien												
EU-KOM	-1,5	-1,4	-1,5	-1,5	28,4	27,8	27,5	27,2	-2,0	-2,7	-2,4	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,1	-0,8	-0,9	-0,8	-	-	-	-	-2,0	-2,3	-2,6	-2,5
Spanien												
EU-KOM	1,1	1,8	1,4	1,2	43,2	39,9	37,0	34,6	-7,5	-8,5	-9,1	-9,7
OECD	1,1	1,8	1,5	1,5	43,2	39,9	35,8	32,4	-7,4	-8,7	-10,1	-10,5
IWF	1,1	1,8	1,3	1,1	-	-	-	-	-7,4	-8,8	-9,4	-9,8

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
Stand: Juni 2007.

12 Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008	2005	2006	2007	2008
Bulgarien												
EU-KOM	1,9	3,3	2,0	2,0	29,2	22,8	20,9	19,0	-12,0	-15,8	-16,6	-17,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-11,3	-15,9	-15,7	-14,7
Dänemark												
EU-KOM	4,7	4,2	3,7	3,6	36,3	30,2	25,0	20,0	3,6	2,5	1,9	2,3
OECD	4,6	4,2	4,3	3,7	36,3	30,2	26,1	22,4	3,8	2,4	1,8	1,8
IWF	4,6	4,2	3,4	2,5	-	-	-	-	3,6	2,0	1,7	1,9
Estland												
EU-KOM	2,3	3,8	3,7	3,5	4,4	4,1	2,7	2,3	-11,1	-14,2	-15,1	-14,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-13,8	-12,9	-12,2
Lettland												
EU-KOM	-0,2	0,4	0,2	0,1	12,0	10,0	8,0	6,7	-12,6	-21,1	-22,4	-21,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-12,7	-21,3	-23,0	-22,7
Litauen												
EU-KOM	-0,5	-0,3	-0,4	-1,0	18,6	18,2	18,6	19,9	-6,9	-10,7	-12,4	-13,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-7,1	-12,2	-12,3	-11,0
Malta												
EU-KOM	-3,1	-2,6	-2,1	-1,6	72,4	66,5	65,9	64,3	-8,3	-6,3	-5,6	-4,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-10,5	-11,2	-11,5	-11,0
Polen												
EU-KOM	-4,3	-3,9	-3,4	-3,3	47,1	47,8	48,4	49,1	-1,7	-2,3	-3,1	-4,3
OECD	-4,3	-3,9	-3,2	-2,4	47,1	47,8	43,8	40,4	-1,7	-2,3	-2,6	-2,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-1,7	-2,1	-2,7	-3,6
Rumänien												
EU-KOM	-1,4	-1,9	-3,2	-3,2	15,8	12,4	12,8	13,1	-8,7	-10,3	-12,1	-12,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,7	-10,3	-10,3	-9,8
Schweden												
EU-KOM	2,1	2,2	2,2	2,4	52,2	46,9	42,1	37,7	5,8	7,0	7,5	7,5
OECD	1,8	2,1	2,6	2,5	52,2	46,9	43,1	39,6	7,1	6,7	7,1	6,8
IWF	2,8	2,8	2,3	2,6	-	-	-	-	7,0	7,4	6,6	6,8
Slowakei												
EU-KOM	-2,8	-3,4	-2,9	-2,8	34,5	30,7	29,7	29,4	-7,9	-7,7	-4,2	-3,7
OECD	-2,8	-3,4	-2,7	-2,1	34,5	30,7	29,3	27,7	-8,7	-8,3	-3,1	-2,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-8,6	-8,0	-5,7	-4,6
Tschechien												
EU-KOM	-3,5	-2,9	-3,9	-3,6	30,4	30,4	30,6	30,9	-2,7	-4,1	-3,0	-2,7
OECD	-3,5	-2,9	-3,7	-3,5	30,4	30,4	30,1	30,7	-2,6	-4,2	-2,9	-2,5
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-2,6	-4,2	-4,1	-4,2
Ungarn												
EU-KOM	-7,8	-9,2	-6,8	-4,9	61,7	66,0	67,1	68,1	-6,8	-5,9	-3,5	-2,2
OECD	-7,8	-9,2	-6,7	-4,8	61,7	66,0	67,1	67,2	-6,9	-5,8	-3,6	-2,2
IWF	-	-	-	-	-	-	-	-	-6,7	-6,9	-5,7	-4,8
Zypern												
EU-KOM	-2,3	-1,5	-1,4	-1,4	69,2	65,3	61,5	54,8	-5,6	-5,9	-5,6	-5,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-2,4	-1,4	-1,6	-0,9	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-5,2	-5,1

Quellen: EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2007.
 OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2007.
 IWF: Weltwirtschaftsausblick, April 2007.
 Stand: Juni 2007.

HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT KOMMUNIKATION
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, JULI 2007

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90 (0,12 €/MINUTE)

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94 (0,12 €/MINUTE)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.